20000 Tote in 22 Minuten: Pforzheim, 23.2.1945, s. Seite 10

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 8 – 27. Februar 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Starke Zwischenbilanz: Zur Wochenmitte lag die deutsche Olympiamannschaft im Medaillenspiegel auf Platz 2. Zu den Schattenseiten der Winterspiele gehören der tödliche Unfall eines Rodlers und die immer durchdringendere Kommerzialisierung des Sports.

Foto: pa

Merkel – halb entrückt

Die Niederungen dieser Welt scheinen die Kanzlerin kaum mehr zu berühren

Drei große Streitthemen prägten zuletzt die politische Debatte: Hartz IV, die Kernkraft und das Vertriebenenzentrum. Die Kanzlerin erlaubt es sich, nur mit von ihren Sprechern vorgetragenen Halbsätzen daran teilzunehmen. Sie wirkt zunehmend entrückt.

Dass Schweigen ein Führungsmittel sein kann, wussten schon die alten Römer. Auch der eine oder andere Papst zog es vor, zurückgezogen von den Niederungen der Welt öffentliche Auftritte auf ein Minimum zu beschränken.

Allerdings waren weder römische Kaiser noch kirchliche Oberhäupter auf Wahlerfolg angewiesen, und so überrascht es schon, wie konsequent die Bundeskanzlerin sich aus allen aktuellen Debatten ausgeklinkt hat. Beispiel Hartz IV: Seit Wochen schon läuft ein Streit mitten durch die Koalition hindurch, ja mitten durch die Reihen der CDU, aber die Kanzlerin und Parteichefin begnügte sich zunächst mit zwei Halbsätzen einer stelllvertretenden Regierungssprecherin. Westerwelle habe da wohl als FDP-Vorsitzender gesprochen, und so wie er das gesagt habe, sei das nicht „die Sprache der Kanzlerin“, lässt sie über ihr Denken wissen. Wenig später wiederholte sie diese Floskel zwar persönlich, doch bei genauerem Hinsehen ist das eine Null-Aussage, denn womöglich ist Merkel mit Westerwelle sogar völlig einig und würde nur die selben Inhalte lieber in andere Worte kleiden.

> Der eine oder andere Papst schwieg ähnlich radikal

Auch die Debatte um die Kernenergie bestätigt die extreme Zurückhaltung der Regierungschefin. Hierzu gibt es ziemlich eindeutige Wortmeldungen Merkels, doch die sind mehrere Jahre alt. Seitdem sind die Kernkraftwerke noch sicherer und die Klimasorgen eher größer geworden. Nur ein klares Wort der Kanzlerin fehlt. Als der offene Dissens zwischen ihren Ministern Norbert Röttgen (Umwelt) und Rainer Brüderle (Wirtschaft) gar zu groß wurde, nahm sie nicht etwa klärend Stellung, sondern ließ wiederum nur einen Sprecher erklären, eine Festlegung auf diese oder jene Laufzeitverlängerung sei „verfrüht“. Auch hier hält sich Merkel also alle Optionen offen.

Dass noch radikaleres Schweigen möglich ist, zeigt die „Haltung“ Merkels in Sachen Vertriebenenzentrum. Noch nicht einmal eine Formulierung wie „vernünftiger Kompromiss“ war von ihr zu vernehmen, als kürzlich der monatelange Streit bereinigt wurde – sondern einfach nichts.

Nachdem Merkel bereits auf CDU-Parteitage vor und nach der Bundestagswahl verzichtet hatte, fragt der eine oder andere schon nach dem Befinden der Regierungschefin. Erinnerungen an Willy Brandt werden kolportiert, der als Kanzler immer wieder tagelang von der Bildfläche verschwand, um sich – so jedenfalls die hartnäckige Fama – in wiederkehrenden Depressionen mit Weib und Whisky zu trösten. Ähnliche Abstürze sagt der ziemlich asketischen Kanzlerin freilich niemand nach, und so ist die Abstinenz von sichtbarer politischer Aktivität die bisher einzige Parallele im Führungsstil der beiden. *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Die Spiele

Das erste Erschrecken über eine zu steil angelegte Rodelbahn, bei der gleich zum Beginn der Winterspiele ein Athlet tödlich verunglückt ist, hat die Olympischen Spiele in Vancouver nicht dauerhaft überschattet. Es sind harmonische Spiele geworden und für Deutschland auch sportlich sehr erfolgreiche. Der zweite Platz im Medaillenspiegel, gleich hinter den USA, kann sich sehen lassen angesichts der 82 Teilnehmerstaaten.

Dass vom viel beschworenen Olympischen Geist, von der Hoffnung gar, der sportliche Wettstreit der „Jugend der Welt“ könne politische Konflikte vermeiden helfen oder gar Kriege beenden, schon lange nicht mehr viel übrig geblieben ist, ist kein Nachteil. Das Ende von Illusionen muss den schönen Kern der Sache, also die Freude am Zuschauen und Mitfiebern bei Spitzenleistungen, nicht beeinträchtigen. Dass die Olympischen Winterspiele – bisher zumindest – kaum Doping-Schlagzeilen gemacht haben, ist sogar eine der besten Nachrichten.

Irritierend bleibt die durchdringende Kommerzialisierung des Spitzensports. Die Beträge sind schwindelerregend: Knapp acht Milliarden US-Dollar hat das Sepktakel insgesamt gekostet, die vorangegangenen Winterolympiaden kamen noch mit zwei bis drei Milliarden aus. Berücksichtigt man allerdings, dass rund zwei Milliarden Erdenbürger zumindest Teile der Spiele im Fernsehen verfolgen, schmilzt die gigantische Summe auf handliche vier Dollar pro Zuschauer zusammen. Größter Einzelposten von Vancouver war übrigens die Sicherheit mit glatt einer Milliarde Dollar. Was soll man sagen? Ein Anschlag oder großes Unglück blieb bislang Gott sei Dank aus.

Neue Grabenkämpfe

Anhaltender Führungsstreit bei der »Linken« – Satzungsänderung?

Mit Attacken gegen die FDP sucht die Linkspartei Entlastung in ihrem andauernden Führungsstreit. Tatsächlich ist der Nachfolgekampf für die beiden im Mai scheidenden Parteichefs Oskar Lafontaine und Lothar Bisky in vollem Gange. Noch gelten Klaus Ernst und Gesine Lötsch als Favoriten, doch beide sind nicht gerade Schwergewichte und WASG-Gründer Ernst muss zudem im Osten gegen Vorbehalte kämpfen. Der Bayer wird dort als derjenige angesehen, der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch kräftig mit demontiert habe, nachdem sich dieser nach Lafontaines Krebsdiagnose allerdings auch wenig loyal verhalten hatte.

Selbst dieser Streit vom Herbst ist noch nicht ausgestanden: Lafontaine warf Bartsch nun öffentlich „niederträchtiges“ Verhalten vor. Politisch irgendwie sinnvoll ist das nicht, denn Bartsch will im Mai gar nicht wieder kandidieren. Bei der SPD fühlte sich denn auch so mancher an Lafontaines Verhalten gegenüber seiner früheren Partei erinnert, die er ebenfalls mit einer Art privatem Rachefeldzug überzogen hatte. Bartsch widersprach geschickt: Er verbitte sich die „so nicht“ zutreffenden Vorwürfe, antwortete er trocken, und im Übrigen wolle er sich daran halten, was Lafontaine immer gefordert habe und öffentlich keine personelle Kritik äußern, stichelte er.

> Sarkasmus angesichts der Selbstdemontage

Der erbitterte Personalstreit wird von einer Satzungsdebatte überlagert: Die Doppelspitze ist als Erbstück der Fusion von PDS und WASG bis 2010 befristet. Sollte sie länger gelten, müsste mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Satzung geändert werden – neue Grabenkämpfe wären programmiert. Der designierte Parteichef Klaus Ernst ließ bereits einigen Sarkasmus erkennen: „Die Gegner kriegen uns nicht klein. Wenn, dann kriegen wir das nur selber hin.“ *PAZ*

Nächste Bankenrettung

Auch deutsche Investoren haben mit Griechen-Anleihen gezockt

Nachdem die Würfel gefallen sind zugunsten einer europäischen Rettungsaktion für Griechenland, melden sich kritische Stimmen hinsichtlich der tatsächlichen Motive der Helferländer. Nicht Griechenland werde aus der Patsche geholfen, sondern den schon einmal geretteten heimischen Banken und Versicherern.

Hintergrund: Allein deutsche Finanzkonzerne haben griechische Staatsanleihen im Gesamtwert von über 43 Milliarden Euro gekauft. Sollte Athen weiter in Richtung Zahlungsunfähigkeit treiben, verlören die Anleihen an Marktwert, die Investoren müssten Milliardenbeträge abschreiben. Französische und schweizerische Häuser sind noch stärker in griechische Anleihen investiert. Würden überdies, dem befürchteten Domino-Effekt folgend, auch Spanien, Portugal, Italien und Irland in Schwierigkeiten geraten, drohte den deutschen Investoren ein Desaster: Diesen Staaten haben sie zusammen 479 Milliarden Euro geliehen über den Ankauf von deren Staatsanleihen. Die deutschen Steuerzahler stünden also vor der Wahl, entweder jetzt die Griechen zu retten oder später die deutschen Banken.

> Noch im Januar ging es hoch her

Für Irritationen sorgt, dass viele Investoren bis zuletzt Griechen-Anleihen gekauft haben, um die hohen Zinsen zu kassieren. Die letzte Versteigerung griechischer Anleihen Anfang dieses Jahres war mehrfach überzeichnet. Hier war demnach erneut das klassische Zocker-Kalkül wie im Vorfeld der Finanzkrise am Wirken.

Der Direktor des Bonner Instituts für Internationale Wirtschaftspolitik, Jürgen Hagen, bezeichnete die griechischen Sparzusagen im „Deutschlandfunk“ als unrealistisch. Es sei unmöglich, ein Staatsdefizit von 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in zwei oder drei Jahren auf unter drei Prozent zu drücken. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Gelungener Start am Kiosk

Hamburg – Über einen gelungenen Start des freien Verkaufs der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* an rund 1000 Kiosken und anderen Verkaufsstellen zwischen Flensburg und Konstanz können sich Herausgeber und Redaktion dieser Zeitung freuen. Der nur mit wenig Werbung unterstützte „Sprung ins kalte Wasser“ fand bei Deutschlands Zeitungslesern Anklang, offenbar hat das Blatt als solches überzeugt. Vor allem an den Bahnhöfen findet die *PAZ* viele neue Leser, die durchschnittlichen Verkaufsquoten liegen hier bei exzellenten Werten von über 30 Prozent. Die Freunde der *PAZ* können unverändert etwas Gutes für „ihre“ Zeitung tun, indem sie immer wieder an Kiosken nach dem Blatt fragen und Freunde auf das journalistische Angebot der Zeitung „mit Ostpreußen in den Genen“ hinweisen. *PAZ*

Sanktionen gegen den Iran

Brüssel – Die Außenminister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union reagierten mit einem 13-seitigen Maßnahmenkatalog auf die Ankündigung Teherans, zwei weitere Anlagen zur Urananreicherung in Auftrag zu geben. Die in dem Katalog enthaltenden Sanktionen könnten den Iran relativ schnell in Bedrängnis bringen, doch ohne die Zustimmung Russlands und Chinas im Weltsicherheitsrat darf Europa nicht den Warentransport, Investitionen sowie Benzinlieferungen in den Iran einstellen. Vor allem das Ausbleiben der Lieferungen von Benzin und Diesel würde den Verkehr in dem Land schnell lahmlegen und den Unmut der bereits jetzt unzufriedenen Bevölkerung hervorrufen. Zwar ist der Iran reich an Öl, doch besitzt er nur wenige Produktionsstätten zur weiteren Verarbeitung. Deutsche Exporteure sehen Handelssanktionen mit äußerstem Unbehagen. Haben sie doch 2009 Waren für rund 3,7 Milliarden Euro in den Iran geliefert. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Teure Schlaglöcher

Mit der Nennung der aufsehenerregenden Summe von 25 Milliarden Euro gelangte der Auto Club Europa in die Schlagzeilen. So teuer soll es nach Berechnungen des Automobilclubs für die Kommunen werden, die durch Frost beschädigten Straßen zu reparieren. Auch wenn der Betrag extrem hoch erscheint, so sind die unzähligen neuen Schlaglöcher, die Haupt- wie Seitenstraßen zu Buckelpisten haben werden lassen, doch unübersehbar. Ein Sprecher des Bundesverkehrsministers kündigte an, der Bund prüfe, wie er zusätzliche Mittel zur Straßenreparatur zur Verfügung stellen könne. Dies beziehe sich allerdings nur auf Autobahnen und Bundesstraßen. Alles andere sei Sache der Länder und Gemeinden. *Bel*

1.675.587.530.015 €

Vorwoche: 1.672.887.010.313 €
Verschuldung pro Kopf: 20 496 €
Vorwoche: 20 453 €

(Dienstag, 23. Februar 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wird der Provokateur bald Premier?

Bei der Neuwahl im Juni in den Niederlanden könnte die islamkritische »Partei der Freiheit« punkten

Wie viel Islamkritik ist in einem freien Land erlaubt? Um diese Frage dreht sich eine Debatte in den Niederlanden, in der der politisch schwer einzuordnende Politiker Geert Wilders geschickt punktet. Wenn auch nicht gleich das Amt des Premiers, so könnte ihm nach der Wahl ein attraktives Ministeramt neue Bedeutung verleihen.

Eigentlich müssten Europas Medien dem niederländischen Politiker Geert Wilders dankbar sein, schließlich liefert er ihnen stets neuen Stoff. Doch nüchterne Sachlichkeit bestimmt selten die Berichterstattung über diese so polarisierende Persönlichkeit. Trotz aller Polemik von Wilders will das Etikett „Rechtspopulist“ an ihm nicht recht kleben bleiben. Schon viele haben versucht, den Niederländer hierauf zu reduzieren, doch seine Aussagen sind nicht als das zu greifen, was sich seine Gegner so wünschen.

So kam die Staatsanwaltschaft, die nach einer Anzeige wegen angeblicher Volksverhetzung gegen ihn ermittelte, zu dem Ergebnis, dass keine Straftat vorliege. Monatelang hatte sie Wilders' Auftritte und Reden analysiert und sich auch seinen umstrittenen Kurzfilm „Fitna“ angesehen, der im Wesentlichen aus Koran-Zitaten besteht und aus Bildern von islamistischen Terroraktaten, doch das Fazit lautete: kein Anfangsverdacht. Das konnten und wollten weder die holländischen Menschenrechtler noch die Vertreter muslimischer Organisationen, die Wilders angezeigt hatten, wahrhaben und gingen in die nächste Instanz. Im Januar begann dann doch ein Prozess, in dem Wilders vor allem wegen seiner antiislamischen Äußerungen die Verletzung der niederländischen Antidiskriminierungsgesetze vorgeworfen wird.

Darf man in einem freien Land den Islam eine „mörderische Ideologie“ nennen und den Koran mit „Mein Kampf“ vergleichen? An solchen Fragen scheint sich momentan die niederländische Justiz die Zähne auszubeißen, zumal Wilders als Abgeordneter weitgehende Immunitätsrechte genießt.

Der Prozess brachte dem 46-Jährigen laufend neue Aufmerksamkeit ein, und obwohl der Ausgang ungewiss ist, tangiert er Wilders nur noch am Rande. Seitdem die niederländische Regierungskoalition wegen der anstehenden Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes zerbrochen ist, wachsen Wilders Chancen auf eine Regierungsbeteiligung nach der Wahl im Juni.

Schon bei der Europawahl im vergangenen Jahr hat seine „Partei für die Freiheit“ (PVV) überraschend 15 Prozent erobert und wurde zweitstärkste Kraft. Seitdem hat sie weiter Boden gewonnen. Obwohl die meisten niederländischen Medien vor Wilders warnen, würde die PVV heute nach aktuelle Umfragen 23 der 150 Parlamentssitze erringen können. Was aus deutscher Sicht wenig erscheint, ist für niederländische Verhältnisse viel. Da das dortige Verhältniswahlrecht auch kleinen Parteien den Einzug ins Parlament ermöglicht, sitzen derzeit Abgeordnete von zehn Parteien in der Zweiten Kammer der Generalstaaten, dem Unterhaus des Parlaments. Die gescheiterte Regierung, bestehend aus den Christdemokraten (CDA) von Premierminister Jan Peter Balkenende, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (PvdA) und der Christenunion (CU), verfügte über 80 Abgeordnete. Doch bei der vorgezogenen Neuwahl, die am 9. Juni stattfinden soll, werden sie diese Mehrheit kaum mehr erreichen. Da die beiden großen Parteien ihre Chefs wieder zu Spitzenkandidaten gekürt haben, ist ein erneutes Zusammengehen von Balkenendes CDA und den Sozialdemokraten von Wouter Bos praktisch ausgeschlossen. Denn nicht nur die Uneinigkeit in der Afghanistan-Frage, auch wechselseitige persönliche Attacken haben zum Scheitern der Regierung geführt. Obwohl vor allem Bos ahnen konnte, dass seine Partei bei Neuwahlen nur verlieren würde, steuerte er auf den Bruch hin. 19 statt zuvor 33 Sitzen sagen die Umfragen ihm nun voraus. Damit ist kein Staat zu machen, doch offenbar hofft die PvdA durch die völlige Abkehr von ihrer vorherigen Politik der einschneidenden Sozialreformen wieder Fuß fassen zu können. Da die linkspopulistischen Sozialisten (SP) nach dem aus Gesundheitsgründen erzwungenen Rückzug ihrer Galionsfigur Jan Marijnissen an Einfluss verloren haben, will Bos jetzt hier auf Wählerfang gehen. Dass dieser Teich aber schon ziemlich leergefischt ist – und zwar von niemanden anderen als dem radikalen Rhetoriker Wilders –, hat offenbar nur Bos bisher noch nicht erkannt. Denn die niederländische Arbeiterschaft ist für die islamkritischen Töne von Wilders durchaus empfänglich. Und da dieser ebenfalls gegen die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes, die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und sogar gegen die EU ist, ist er auch trotz seiner teuren Anzüge und schnellen Autos für viele Arbeiter wählbar. Wilders zackige Parolen für eine Kopftuchsteuer und die Ausweisung von Millionen Muslimen aus Europa finden in der Arbeiterschaft Anklang. Das jahrzehntelang vor allem von den Sozialdemokraten gelobte Ideal der multikulturellen Gesellschaft hat sich als Trugbild erwiesen und Wilders spricht vielen Holländern aus der Seele, wenn er es desmaskiert. Vor allem die eskalierende Jugendkriminalität, Gewalt und Drogenmissbrauch sowie die Islamisierung ganzer Stadtviertel in den Großstädten Amsterdam und Rotterdam ängstigt die Einheimischen.

Prozess wurde für die Kläger zum politischen Eigentor

„Selbst die etablierten Parteien müssen heute zugeben, dass die liberale Einwanderungspolitik der Niederlande viel weniger erfolgreich war als gedacht“, versucht Friso Wielenga, Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien an der Uni Münster, Wilders Erfolg zu erklären, „Aber für viele Wähler ist es attraktiver, für diesen Kurs der harten Linie gleich für das ‚Original‘ zu stimmen.“

Das weiß auch Balkenende, dessen Partei nur noch mit knapp 26 der einst 41 Sitze rechnen kann. „Wir schließen niemanden von vornherein aus“, ließ er gleich nach dem Zerfall der Regierung verlauten. Wilders reagierte sofort und versprach Kompromissbereitschaft bei seinen umstrittensten Forderungen – darunter ein Einwanderungsverbot für Muslime und staatliche Maßnahmen gegen die „Islamisierung“ der Niederlande. „Ich verstehe, dass wir nicht in jeder Beziehung unseren Willen bekommen können“, sagte Wilders der konservativen Zeitung „De Telegraaf“.

Allerdings lehnt auch er eine Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes ab. Das kann Balkenende so nicht akzeptieren, würde es sich sein Land doch massiv mit den USA und den anderen Alliierten verscherzen. *Rebecca Bellano*



Vorfreude auf den 9. Juni: Der umstrittene Islam-Kritiker Geert Wilders hofft auf einen Wahlsieg. Bild: pa

Vom Saulus zum Paulus

Pakistan: Festnahme hoher Taliban-Funktionäre geglückt

Pakistanischen und US-Geheimdienstmitarbeitern sind in den vergangenen Wochen ein paar dicke Fische ins Netz gegangen. Mitte Februar fassten sie in der pakistanischen Hafenstadt Karachi Mullah Baradar. Der Militärchef der radikalen Islamisten gilt als Nummer zwei nach Taliban-Anführer Mullah Omar sowie als Vertrauter von Al-Kaida-Chef Osama Bin Laden.

Wenige Tage später wurde die Ergreifung zweier weiterer ranghoher Taliban-Funktionäre bekannt. Es handelte sich dabei um die Schatten-Gouverneure der nordafghanischen Provinzen Kundus und Baghlan: Mullah Abdul Salam und Mullah Mohammed. Salam ist für mehrere Angriffe auf die Bundeswehr in Nordafghanistan verantwortlich und steht ganz oben auf der Fahndungsliste der internationalen Schutztruppe Isaf. Robin Gibbs, Sprecher des Weißen Hauses, wertete die Festnahmen als „großen Erfolg für unsere gemeinsamen Anstrengungen in der Region“. US-Außenministerin Hillary Clinton pflichtete ihm bei und sagte, endlich hätten die Pakistaner die Taliban als eine Gefahr für ihr Land erkannt.

Vertreter der pakistanischen Regierung und Armee zeigten sich darauf verstimmt. „Das ist schon eine sehr verwunderliche Bewertung unserer Politik. Wer derlei behauptet, ignoriert unsere Bemühungen in den vergangenen zwölf Monaten“, bemerkte ein hochrangiger General.

Endlich engagiert im Kampf gegen den Terror dabei

Im Frühjahr und im Herbst 2009 startete Pakistan zwei erfolgreiche Militäroffensiven gegen die Taliban. Nach Angaben des Militärs sind rund 150 000 pakistanische Soldaten im inländischen Anti-Terror-Krieg eingesetzt – fünfmal so viel wie die internationalen Alliierten derzeit für die Isaf-Schutztruppe in Afghanistan bereitstellen. Täglich kommen Soldaten bei Schusswechseln und Bombenexplosionen ums Leben und auch die Zivilbevölkerung beklagt Hunderte von Opfern. Die Regierung in Islamabad wirft dem Westen vor, diese Leistungen bislang nur ungenügend gewürdigt und ihr als Verbündeter misstraut zu haben.

Dabei verschweigt Pakistan, wie es nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der US-Invasion in Afghanistan zahlreichen Extremisten Unterschlupf gewährte, um bei einem erneuten Machtaufstieg der Taliban Einfluss auszuüben. Spekulationen, Bin Laden und Mullah Omar hielten sich bis heute im Land auf, weist die Regierung entschieden zurück. Pakistan will bei der Gestaltung der politischen Zukunft Afghanistans mitreden. Dazu könnte es eine Schlüsselrolle als Vermittler zwischen den USA und ihren Nato-Verbündeten einerseits und der Taliban andererseits einnehmen. Radikale Taliban-Vertreter seien jedoch nicht dazu eingeladen, wie es aus Regierungskreisen hieß: „Wir gehen davon aus, dass es bald Gespräche mit den Taliban geben wird. Da müssen wir verhindern, dass bestimmte Leute als Verhandlungspartner am Tisch sitzen.“ *Sophia E. Gerber*

Das Sondergesetz

Risiko für Österreichs Präsidentenwahl

Für die Bundespräsidentenwahl in Österreich am 25. April steht als bisher einziger Kandidat Amtsinhaber Heinz Fischer (SPÖ) fest. Andere Parteien haben sich noch nicht entschieden – verständlich, denn gegen einen amtierenden Präsidenten war bisher noch niemand erfolgreich.

Doch schon im November hatte auch ein Kärntner Gutsbesitzer und grüner Gemeinderat angekündigt, kandidieren zu wollen. Das Besondere daran: Er heißt Ulrich Habsburg-Lothringen – und die Verfassung untersagt Mitgliedern regierender oder ehemals regierender Häuser eine Präsidentschafts-Kandidatur. Der Eindruck, dass es nur um Neuaufrollung der „Habsburger-Gesetze“ ging, wurde dadurch verstärkt, dass sein Rechtsanwalt der grüne Kärntner Slowene Rudolf Vouk ist, der mit Justament-Aktionen im Kärntner Sprachenstreit Aufsehen erregt hatte. So etwa erhob er Anspruch gegen eine Anzeige wegen Schnellfahrens damit, dass er wegen der nur einsprachigen Ortstafel nicht merken konnte, im Ortsgebiet zu sein. Das wurde zwar zurückgewiesen, doch Vouk ging bis zum Höchstgericht, das mit einem Grundsatzurteil den einvernehmlich fast schon gelösten Ortstafelstreit neu anfachte.

»Grüner Habsburger« nervt die SPÖ

Zu einer Änderung oder Aufhebung der „Habsburger-Gesetze“, die 1919 vor allem Konfiskationen und Landesverweisungen betrafen – Habsburger blieben Staatsbürger und können nach einer Loyalitätserklärung zur Republik auch heimkehren – zeigen sich ÖVP und FPÖ zwar schon seit langem bereit. In der SPÖ scheint man aber zu befürchten, dass damit ein Präzedenzfall für andere „Sondergesetze“ geschaffen werden könnte. Selbst bei bestem Willen wäre eine Verfassungsänderung aus Termingründen jetzt nicht mehr möglich. Habsburg will trotzdem die zur Kandidatur nötigen 6000 Unterschriften beibringen und die Wahl nachträglich anfechten. Eine Wahlwiederholung wäre für Fischer und die SPÖ aber erst recht peinlich. *RGK*

Haste mal ’n Maserati ?

Von HARALD FOURIER

Wer Bedürftigen in Not helfen will, der gibt ihnen am besten persönlich das, was sie benötigen. Dann kommt die Hilfe wirklich an. Hilfsorganisationen, egal wofür sie tätig sind und von wem sie gesteuert werden, arbeiten nicht zum Nulltarif. Niemand tut das. Wer für einen guten Zweck etwas spendet, sollte daran denken. Dabei gilt: Je größer die Institution, desto größer ist auch die Gefahr, dass zu viel abgezweigt wird für den aufwändigen Apparat. Wir müssen nicht bis nach Haiti gehen, um so etwas zu erleben.

Und manchmal gibt es sogar Fälle unverschämter Selbstbedienung. In Berlin gibt es einen Hilfsverein für Obdachlose, neudeutsch „Treberhilfe“, dessen Vorsitzender sich als Dienstwagen einen Maserati angeschafft hat. Die italienische Luxuslimousine (Listenpreis bei Grundausstattung 114 320 Euro) wird übrigens von einen Chauffeur gelenkt. Was kommt wohl als nächstes? Ein Ferrari als Fixerstube?

Harald Ehlert, der Chef des Vereins, erklärt die Sache so: „Der Schwache braucht Hilfe. Aber muss der, der Hilfe bringt, schwach daherkommen?“ Ehlert sieht sich selbst als „Sozialkapitalist“. Seine „gemeinnützige GmbH“ macht mit über 200 Mitarbeitern zwölf Millionen Euro Umsatz und mehr als eine halbe Million Euro Gewinn. Das Unternehmen betreibt Wohnhäuser für Obdachlose und schickt Sozialarbeiter herum, die nach Obdachlosen Aussicht halten, die sie dann unter ihre Fittiche nehmen können.

Ehlert ist kein Einzelfall. Längst ist eine millionenschwere Sozialindustrie entstanden, und Ehlert ist einer der größeren Fische in diesem Geschäft. Nun könnten wir sagen: Solange das Unternehmen genug Spenden eintreibt, kann es die Gelder nach Belieben verteilen – und sei es für einen Dienst-Maserati.

In Wirklichkeit stammt aber nur ein Bruchteil aus Spenden. Die Millionen für die Treberhilfe kommen aus dem Staatshaushalt. An das Geld heranzukommen, fällt Firmenchef Ehlert nicht schwer. Er hat schließlich vor seiner Karriere als „barmherziger Samariter“ zwei Jahre für die SPD im Abgeordnetenhaus gesessen. Wichtige Parteikontakte hat er also zuhauf, aber dafür kein schlechtes Gewissen. Denn die ganze Sache wurde nur ruchbar, weil der Dienstwagen in Mecklenburg-Vorpommern geblitzt worden ist. Ehlert weigerte sich hinterher, ein Fahrtenbuch zu führen und provozierte den Prozess, der in dieser Woche stattfand. So kam die ganze Angelegenheit ans Tageslicht.

Es ist Zeit für eine neue Definition: Gutmenschen sind Menschen, die sich selbst Gutes tun – mit fremder Leute Geld.

Italienisch an der Spree

Der Berlin-Tourismus wächst weiter: Ein Lichtblick für die schwache Wirtschaft der Hauptstadt



Arbeit und Einnahmen für die wirtschaftlich schwache Hauptstadt: Berlin-Touristen vor dem Reichstag

Bild: Getty

Trotz etlicher Rekorde in den vergangenen Jahren und trotz globaler Wirtschaftskrise wächst der Berlin-Tourismus kräftig weiter. Auf der Internationalen Tourismusbörse Mitte März wird die Metropole zum weltweiten Treffpunkt der Reisebranche.

Irgendwie war es zu spüren, dass die Italiener sich an die Spitze gesetzt haben. Immer öfter ist in der Bahn, im Restaurant und auf der Straße in Berlin Italienisch zu hören gewesen. Jetzt ist es amtlich: Italien gehört zu den wichtigsten Herkunftsländern der ausländischen Berlinbesucher, vor allem seit England, Amerika und Spanien so stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind. In den ersten elf Monaten 2009 kamen 226 000 Besucher von der Apenninhalbinsel und buchten 647 000 Übernachtungen. Damit hat sich die Zahl der Italiener seit dem Jahr 2000 mehr als verdreifacht.

Billigfluggesellschaften machen es möglich: Den Flug nach Deutschland kann sich jeder leisten. Aus Rom, Mailand, Neapel, Pisa, Bergamo, Venedig, Turin oder Olbia wird Berlin inzwischen direkt angeflogen, oft zum Preis eines Abendessens. Bei Städtereisen hat die Hauptstadt die Nase vorn. Mit 6,1 Millionen Gästen lag Berlin 2009 weit vor München (3,7 Millionen) und Hamburg (3,3 Millionen).

Das zahlt sich aus für die klamme Hauptstadt. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist der Beitrag der Touristen zum Volkseinkommen noch größer als in Berlin. Das Überraschendste angesichts von Berlins Ruf als billiges Reiseziel: Der Durchschnittsgast gibt in der deutschen Hauptstadt 197 Euro pro Tag aus. Das ist ein Drittel mehr als im Bundesdurchschnitt. Schätzungen zufolge geht schon ein Viertel des gesamten Umsatzes im Einzelhandel auf Touristen zurück. Deutsche und ausländische Gäste zusammen brachten es 2009 auf 19 Millionen Übernachtungen, dieses Jahr sollen es 20 Millionen werden.

Alle naselang werden neue Hotels eröffnet, um den wachsenden Zustrom bewältigen zu können – wie das „Intercity Hotel Berlin-Brandenburg Airport“, das in Kürze am Flughafen Schönefeld aufmacht. Die ganze Branche ist seit Jahren im Aufwind. „Chinesische Wachstumszahlen“, schwärmen Marktbeobachter angesichts des jährlichen Mehrs an Gästen und Umsätzen. Wenn in zwei Wochen vom 10. bis zum 14. März die Internationale Tourismusbörse (ITB) mit 11 000 Ausstellern aus 180 Ländern in Berlin ihre Pforten öffnet, dann geht es immer auch um die Gastgeberstadt der Ausstellung.

> Jeder vierte Euro im Einzelhandel von den Besuchern

Auf dem Arbeitsmarkt einer Millionenstadt, die kaum über Industrie verfügt, deren Finanz- und Handelsbranche ebenfalls nicht mithalten kann mit der vergleichbar großer Metropolen, ist der Fremdenverkehrsboom für viele die letzte Rettung. Hotels suchen insbesondere geringqualifizierte Arbeitskräfte, und von denen hat Berlin mehr als genug zu liefern. Das „Intercity Hotel“ vom Flughafen zum Beispiel sucht auch Lehrlinge, die es in der Branche zu etwas bringen wollen. Auch andere Hotels brauchen ständig Personal. Die Stellenanzeige für „Zimmermädchen/Roomboys“ fehlt in kaum einem Stellenteil.

Aber wird es immer so weitergehen? Es kursieren bereits Ängste, dass der Boom irgendwann ein jähes Ende nehmen könnte. Derzeit setzt alles auf die Fertigstellung des Großflughafens Schönefeld, der angeblich die internationale Erreichbarkeit erhöht. Schon jetzt ist Berlin über den alten Flughafen Schönefeld und über Tegel ausgezeichnet aus ganz Europa zu erreichen, wie das Beispiel der Italiener zeigt. Dass der neue Flughafen noch mehr Gäste bringt, erscheint da fraglich.

Wenn sich die hohen Erwartungen nicht erfüllen, dann könnte es zumindest vorübergehend bergab gehen mit der Berliner Fremdenverkehrswirtschaft. Kein Wirtschaftszweig bewegt sich immer nur in eine einzige Richtung. Schon jetzt gilt der Berliner Markt als „schwer umkämpft“. So jedenfalls der Chef von „Scandic“ Frank Fiskers. Die skandinavische Hotelgruppe will noch in diesem Jahr ihr Haus am Potsdamer Platz einweihen, wo sie eines der letzten leeren Baugrundstücke ergattert hat. Vor drei Monaten war Richtfest, Ende 2010 soll das 110-Millionen-Euro-Projekt mit 565 Zimmern in Betrieb genommen werden. Es wird dann Berlins viertgrößtes Hotel sein. Die Betreiber stellen 250 Arbeitsplätze in Aussicht.

2010 kommen weitere spektakuläre Neueröffnungen dazu: Die NH-Gruppe wird ein Hotel am Osthafen einweihen, die Ramada-Kette eines am Alexanderplatz. Noch mehr Luxushotels – beispielsweise ein Haus der Kette Waldorf Astoria – sind in Planung. Viele Bauprojekte haben aber eines gemeinsam: Sie liegen im Zeitplan einige Monate zurück. Es sieht so aus, als habe es seitens der Investoren in der Planungsphase vor ein, zwei Jahren, als die Finanzwelt unter Schock stand, ein kollektives Innehalten gegeben. Abgesagt wurde aber keines der großen Projekte.

Dafür ist etwas über die Geschäftsstrategie des Neulings Scandic durchgesickert: Die Skandinavier wollen mit Kampfpreisen ihre Konkurrenz das Fürchten lehren: Zimmer ab 99 Euro. Das ist günstig für ein Vier-Sterne-Haus, insbesondere direkt am Potsdamer Platz. Das unbequem abseits liegende „Maritim“ mit ebenfalls vier Sternen verlangt 135 Euro. Da kommt ein Preiskrieg auf die Branche zu. Und im Krieg gibt es immer auch Tote und Verletzte. *Markus Schleusener*

Internationale Tourismusbörse: 13. bis 14. März, Eintritt 14 Euro, Öffnungszeiten 10 bis 18 Uhr, Messegelände Berlin

Der Ku’damm erwacht

Das alte West-Berlin will wieder glänzen – Etliche Großprojekte

Seit dem Fall der Mauer rutschte das Zentrum von West-Berlin, in den 20er Jahren noch als „Neuer Westen“ gefeiert, in den Schatten. Doch das soll sich ändern: Nachdem am Potsdamer Platz die Hochhäuser in den Himmel wuchsen und in Mitte die Friedrichstraße in neuem Glanz erstand, ist nun der Ruf nach mehr Chic und innovativen Konzepten für den Kurfürstendamm und seine Umgebung laut geworden.

„Aufbau-West – Ost-Berlin hilft“ steht auf einem launigen Berliner T-Shirt in grellem Orange. Doch noch sehen vor allem die betroffenen Bezirke sowie private Initiativen eine Aufwertung des Zentrums im Westen als ihre Aufgabe an – darunter neuerdings auch Investoren aus dem Mittleren Osten. Händler, Eigentümer und Bauherren stellen jetzt im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft (AG) City ihre Ideen vor: Ein „Sommernachtsboulevard“ mit Vergnügungen soll Käufer anlocken – Markenprodukte als Kundenmagnet und Wettbewerbe im Dekorieren von Schaufenstern schlägt die AG vor. Doch auch neue Bauten wie die überdachte Einkaufsmeile „Zoobogen“ um das „Zoo-Palast“-Kino könnten auf Anregung privater Investoren das Areal für Touristen und Berliner attraktiver machen.

> Internationale Investoren bauen am Zoo

Das will jedenfalls der Eigentümer, die Bayerische Bau- und Immobiliengruppe. Sogar ein Riesenrad von 175 Metern Höhe ist nach wie vor möglich – bisher verzögerte sich dieses Großprojekt durch Unklarheiten über die Finanzierung. Das nötige Grundstück an der Hertzallee hat der Betreiber in spe, „Great Berlin Wheel“ (Großes Berliner Rad), bereits von der Stadt erworben. Das „Zoofenster“, ein Hochhaus mit integriertem Waldorf-Astoria-Hotel für gehobene Ansprüche, könnte schon 2011 fertig sein. Mit 118 Metern Höhe überragt es dann den Hardenbergplatz. Der Bau soll auch dem Einzelhandel dienen. Um den Plan zu realisieren, arbeitet der Kölner Grundstückseigner Ebertz & Partner mit der privaten Fondsgesellschaft Harvest United Enterprises aus Abu Dhabi zusammen.

Die von den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam umgesetzte Modernisierung der Tauentzienstraße stößt dagegen auf einigen Widerstand – weil Beete und Bänke dafür entfernt werden sollen, was indes sowieso nötig wäre für die U-Bahn-Sanierung darunter. 2012 soll dieses 620 000-Euro-Projekt abgeschlossen sein. *SV*

Prag vor Berlin

Höheres Pro-Kopf-Wirtschaftskraft als die deutsche Metropole

Wenn jemand vor 20 Jahren gesagt hätte, Prag werde bald eine höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf vorweisen als Berlin – es wäre als Aprilscherz abgetan worden. Doch schon 2007 – nach jahrelanger Stagnation in der deutschen Hauptstadt – ist dieser Zustand eingetreten, wie jetzt erst errechnet wurde: Berlin liegt mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 24 900 Euro deutlich hinter Prag mit 26 500 Euro. Damit ist die Metropole an der Spree nicht nur im Vergleich mit westeuropäischen Millionenstädten wie London, Paris oder Mailand abgeschlagen, sondern wird erstmals auch von einer ehemaligen Ostblock-Hauptstadt übertroffen.

Die Ursachen liegen auf der Hand: Prag ist mit seinen 1,2 Millionen Einwohnern mehr als nur das kulturelle und politische Zentrum Böhmens. Die Stadt an der Moldau ist auch der wirtschaftliche Mittelpunkt und beherbergt einen Großteil der tschechischen Industrie. Berlin dagegen hatte zwar auch viele Industriebetriebe in beiden Stadthälften, aber die waren nach der Einheit nicht mehr wettbewerbsfähig. Vorher waren sie es auch nicht, aber da wurden sie vom Rest des Landes subventioniert.

> München und Hamburg praktisch uneinholbar

Heute beherbergt Berlin keinen einzigen Dax-Konzern mehr, also keines der 30 größten börsennotierten deutschen Unternehmen. Das wirtschaftliche Zentrum Deutschlands liegt im Westen und Süden. Die einzige Branche, in der Berlin in den letzten Jahren mächtig aufholen konnte, ist der Tourismus (siehe auch den Artikel oben über die ITB). Aber hier kann Prag wiederum mit Berlin mithalten, denn auch die tschechische Hauptstadt ist sehr beliebt bei Touristen.

Wo liegt der Grund für den Absturz? Kritiker behaupten scharfzüngig, Berlin habe seit der Vereinigung alles falsch gemacht, was falsch zu machen war: Mit immer mehr Schulden seien wachsende Staatsausgaben finanziert worden, die keinerlei Wirtschaftswachstum bewirkt hätten. Tatsächlich lag das Wirtschaftswachstum Berlins seit 1995 fast immer unter dem Bundesdurchschnitt. Nur 2005 und 2008 war Berlin geringfügig besser als der Durchschnitt.

Es ist aber mitnichten so, dass Tschechien nun ganz Deutschland überholt. So liegt das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Oberbayern mit dem Zentrum München bei 42 000 und in Hamburg (ohne Umland, deshalb höher) bei 49 000 Euro. *M.S.*

Zeitzeugen



Guido Westerwelle – „Jeder, der jung und gesund ist und keine Angehörigen zu betreuen hat, muss zumutbare Arbeiten annehmen – sei es in Form von gemeinnütziger Arbeit, sei es im Berufsleben, sei es in Form von Weiterbildung“, so der FDP-Chef. Er betont, mit dieser Forderung „die Schwachen vor den Faulen schützen“ zu wollen.

Volker Kauder – „Auch ich habe mich gewundert, warum bei so viel Hartz-IV-Empfängern die Stadtwerke niemanden haben einsetzen können, um die Gehwege frei zu machen“, entgegnete der Unions-Fraktionschef auf den Vorschlag Westerwelles, junge Hartz-IV-Empfänger zum Schnee schippen abzustellen. Kauder war nicht der einzige aus den Reihen der CDU/CSU, der Westerwelle in einigen Punkten beipflichtete.



Andrea Nahles – „Guido Westerwelle ist ein Zyniker, weil er Geringverdiener gegen Arbeitslose in Stellung bringt, um von den wahren Sozialbetrügern abzulenken, die Millionen an der Steuer vorbei ins Ausland schaffen“, kontert die SPD-Generalsekretärin. Gerade Westerwelles FDP habe mit ihrer Blockade von flächendeckenden Mindestlöhnen dazu beigetragen, dass immer öfter Niedriglöhne unter Hartz-IV-Niveau gezahlt würden.

Michael Sommer – „Richtig ist, dass das Leistungsprinzip kaum mehr Gültigkeit hat. Das liegt jedoch nicht an zu hohen Sozialleistungen, sondern an zu niedrigen Löhnen“, erwidert der DGB-Chef Westerwelles Äußerungen. Die Gewerkschaft gibt der Energiewirtschaft, Banken und Versicherungen, Softwarefirmen, Rechtsanwälten, Notaren, Apothekern und selbständigen Ärzten die Schuld daran, dass sich Leistung in Deutschland für Geringqualifizierte nicht mehr lohne.



Heinrich Alt – „In den letzten Jahren ist die Konzessionsbereitschaft Arbeitsuchender deutlich gestiegen“, gibt das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit zu bedenken. So würde etwas mehr als ein Viertel von jenen, die aus der Grundsicherung in Beschäftigung gehen, unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten. Dies verdeutliche, dass diese Menschen sich nicht nur vom ökonomischen Kalkül leiten lassen würden, sondern dass sie etwas leisten wollten.

Kein Geld ohne Gegenleistung

Vorbild Niederlande: Was bei Hartz IV besser werden könnte

Guido Westerwelles polemischer Vorstoß von der „spätrömischen Dekadenz“ hat zumindest eines bewirkt: In Deutschland begann eine überfällige Diskussion über die Hartz-IV-Reformen. Konkrete Vorschläge müssen nun auf den Tisch, fordern auch Unions-Politiker. Wie es besser und billiger machbar ist, zeigt ein Blick auf unser Nachbarland Holland.

In Deutschland leben rund fünf Millionen Erwachsene (mit zusätzlich 1,8 Millionen Familienangehörigen) von Hartz-IV-Leistungen. Das kostet den Steuerzahler rund 40 Milliarden Euro pro Jahr. Während die Zahl der Arbeitslosen in den vergangenen Jahren um 1,5 Millionen sank, ist die Zahl der Hartz-IV-Bezieher fast konstant geblieben.

Das von Westerwelle gebrachte Beispiel eines verheirateten und arbeitenden Kellners (mit zwei Kindern), der monatlich 100 Euro weniger als ein vergleichbarer Hartz-IV-Empfänger zur Verfügung hat, trifft die Moral von 40 Millionen arbeitenden Bürgern. Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hatte schon im Januar von der „Perversion des Sozialstaatsgedankens“ gesprochen, wenn man ohne Arbeit das Gleiche wie mit Arbeit bekommen könne. Gleichzeitig machte sich Koch für das holländische Modell der „Arbeitsakademien“ stark. Galt früher in Holland – ähnlich wie bei uns heute – der Grundsatz „Anspruch auf Sozialhilfe“, so ist das vierstufige Förderprogramm der holländischen Jobcenter konkreter: „Der Kunde hat Anspruch auf Arbeit, und solange es ihm nicht gelingt, sie zu finden, hat er zeitweilig Anspruch auf ein Einkommen.“

Kommunen dürfen Überschüsse behalten

In der Praxis sind die „Kunden“ der holländischen Arbeitsakademien verpflichtet, 32 Stunde je Woche zu allgemeinen Einführungskursen, spezifischen Schulungen oder Praktika zu erscheinen. Ziel ist es, nach spätestens eineinhalb Jahren einen Arbeitsplatz zu erhalten – nicht unbedingt in der näheren Umgebung. Häufig werden auf diese Weise die in den Niederlanden gängigen Teilzeitstellen oder auch befristete Arbeitsverträge vermittelt.

Die Erfolge dieses Systems sind beeindruckend: 40 bis 50 Prozent der Arbeitssuchenden finden in den ersten Arbeitsmarkt zurück. Zwischen zehn und 15 Prozent der Teilnehmer verweigern sich allerdings einer aktiven Zusammenarbeit und werden als Folge aus dem Programm und von Geldleistungen ausgeschlossen.

„Wer Geld von der Gemeinschaft bekommt, muss auch etwas dafür tun“, das ist der holländische Grundsatz. In dem 120 000 Einwohner zählenden Dordrecht muss man sich spätestens am dritten Tag der Arbeitslosigkeit im „Werkplaats“ melden. Wer sich krank meldet, wird zum Amtsarzt geschickt. Wer nach sechs Wochen noch keine Arbeit gefunden hat, darf in einem städtischen Reintegrationsbetrieb arbeiten. Dort erhält er einen Praktikumsplatz oder eine Schulung. In Amsterdam gibt es für Lanzeitarbeitslose die „soziale Aktivierung“ in Form eines Sporttrainings oder einer gemeinnützigen Tätigkeit. Die Anreize zur Arbeitsaufnahme sind in Holland für die Arbeitssuchenden sehr konkret. Ohne Gegenleistung kein Geld.

Der Systemwechsel gelang in Holland übrigens erst, als die Verteilung der Gelder zwischen Staat und Kommunen eindeutig geklärt wurde. Seit die Kommunen die alleinigen Träger der Arbeitsakademien und Jobcenter sind, ist die Vermittlung wesentlich erfolgreicher. Die Kommunen erhalten ein vom Staat jährlich festgelegtes Budget für die Arbeitsvermittlung. Sind sie erfolgreich, dürfen die Kommunen überschüssige Beträge behalten. Im umgekehrten Fall zahlen sie drauf. Auch dieser Anreiz wirkt. *Hinrich E. Bues*



Küchenhilfe in der Schulkantine: Es gibt auch für Arbeitslose viele Möglichkeiten, der Gemeinschaft nützlich zu sein. Bild: imago

Erziehung zur Unmündigkeit

Aufmerksam lauscht der 30-jährige Markus seiner Dozentin bei der Grone-Schule. Obwohl dies nicht seine erste Weiterbildung ist und er sich auch nach Absolvierung des Kurses keine besseren Chancen am Arbeitsmarkt erhofft, freut sich der Koch doch jedes Mal, wenn er einen geregelten Tagesablauf und einen Grund hat, seine Wohnung zu verlassen.

Während der Pause kommt er mit der Dozentin ins Gespräch und erzählt ihr von der Ausweglosigkeit seiner Situation. Wegen seines Übergewichtes würde ihn keiner einstellen, doch trotz mehrerer Diäten könne er nicht abnehmen. Gerne würde er endlich wieder arbeiten und sich nützlich fühlen. Doch als die Dozentin nachfragt, ob er denn schon bei

Philosoph warnt vor Wohlfahrtsstaat

Schulen oder Jugendheimen angeboten habe, kostenlos Kochkurse zu erteilen, blickt er sie verdutzt an. Ehrenamtlich tätig sein? Auf die Idee ist er noch nicht gekommen. Wie so viele.

Der an der TU Berlin lehrende Philosoph Norbert Bolz warnte unlängst im „Cicero“: „Wohlfahrtsstaatspolitik erzeugt Unmündigkeit, also jenen Geisteszustand, gegen den jede Aufklärung kämpft.“ Und so wie es des Mutes bedürfe, um sich des eigenen Verstandes zu bedienen, so bedürfe es des Stolzes, um das eigene Leben selbständig zu leben, so der Medienwissenschaftler. Zahlreiche Interviews mit Hartz-IV-Empfängern der letzten Tage haben gezeigt, dass viele nicht erfassen, dass nicht der Staat sie unterstützt, sondern Deutschlands Steuerzahler und somit auch ihre Freunde und Nachbarn. Mit dem Verlust dieses Wissens und der Fähigkeit, sich diese Zusammenhänge selbst zu erschließen, hat sich bei vielen der Drang und die Idee, sich der Gesellschaft gegenüber erkenntlich zu zeigen, gar nicht ausgebildet. *Bel*

Vom Erwerbszwang befreit

Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test

Der Titel klingt verheißungsvoll: „100-mal neues Leben“ heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und – je nach Finanzlage – auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom „Zwang zur Arbeit“, wie es der Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. Werner leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, das an dem Projekt „100-mal neues Leben“ beteiligt ist.

„Wir sehen, dass es künftig Vollbeschäftigung, so wie wir sie kennen, nicht mehr geben wird. Trotzdem gibt es viel zu tun – oder anders ausgedrückt: Erwerbsarbeit gibt es nicht mehr für alle, Arbeit gibt es genug“, gibt die Breuninger-Stiftung zu bedenken. Sie will nun testen, was passiert, wenn man 100 Interessenten monatlich 800 Euro auszahlt und ihnen die Existenzsorgen nimmt. Hochschulabsolventen, Frührentner und Hartz-IV-Empfänger: Jeder kann sich bewerben. Die Karlsruher Wissenschaftler überprüfen dann, inwieweit die Projektteilnehmer die angebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen oder ehrenamtliche Tätigkeiten annehmen. Nutzen diese Menschen die Chance, Arbeit als Möglichkeit der Selbstverwirklichung zu sehen und bleiben aktiv? Wie wird ihre neue Tätigkeit anerkannt? Wenn ja, wie verändert das bedingungslose Grundeinkommen ihr psychisches Wohlbefinden?

Soziologie sagt, der Mensch ist kein Drückeberger

Dieses sehr philantrophisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus. Er geht davon aus, dass die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen – von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung – stimmen, dass der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.

Wie es dann jedoch kommt, dass die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.

Zudem ist anzunehmen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem. *Rebecca Bellano*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2764**

Es geht um mehr als nur um Düsseldorf

Liberale sehen sich in die Enge gedrängt – Merkel möglicherweise nicht für Bündnis mit FDP

Die Nervosität steigt: In nur zehn Wochen treten die Nordrhein-Westfalen an die Urnen und wählen einen neuen Landtag. Ihre Entscheidung wird die gesamte deutsche Politik bis zur nächsten Bundestagswahl maßgeblich beeinflussen.

Nach den jüngsten Umfragen könnte die schwarz-gelbe Mehrheit in Nordrhein-Westfalen verlorengehen. Was dann? Unklare Koalitionsaussagen haben die Unsicherheit in den vergangen Wochen weiter wachsen lassen. Nachdem Rot-Rot, Schwarz-Grün und „Jamaika“ (Schwarz-Gelb-Grün) andernorts auf Landesebene bereits Realität sind, scheint so gut wie alles möglich in Düsseldorf. NRW wird zum Spielfeld für strategische Manöver aller Art.

Dabei wankt bereits eines der letzten Tabus: Während SPD-Bundeschef Sigmar Gabriel eine Koalition mit der Linkspartei am Rhein noch einmal in weite Ferne gerückt hat, erklärt sein Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier die Koalitionsfrage kurzerhand zur reinen „Ländersache“. Damit hätte die nordrhein-westfälische SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft freie Hand. Ihr offizielles Hauptziel ist es, um jeden Preis zu verhindern, dass im bevölkerungsreichsten Bundesland noch einmal eine Landesregierung ohne die SPD gebildet werden kann.

Das schließt von Großer Koalition bis hin zu Rot-Rot-Grün oder gar Rot-Grün unter „Tolerierung“ durch die Ultralinken alles ein – nur ein Bündnis mit der FDP scheint für die Sozialdemokraten derzeit kaum denkbar.

Das ist Guido Westerwelle nicht entgangen. Neben dem aus seiner Sicht enttäuschend unkollegialen Auftreten von Angela Merkel in den ersten Monaten von Schwarz-Gelb im Bund prägt vor allem dieser Befund sein Verhalten. Der Chef-Liberale hat erkannt, dass seine Partei zunehmend ausgegrenzt wird von den übrigen Formationen. Im Unterschied zur Kanzlerin, die sichtlich bemüht ist, sich alle Bündnismöglichkeiten, auch mit SPD und Grünen, offenzuhalten und daher jede polemische Zuspitzung meidet, sucht Westerwelle gerade sie: die Zuspitzung und Abgrenzung. Auf andere zuzugehen, das hieße nach seiner Analyse unterzugehen in einer Parteienmasse, in der mittlerweile nahezu jeder auf jeden zuzugehen scheint.

Die Kanzlerin lässt ihre Präferenzen dagegen im Unklaren. Vom „Wunschpartner FDP“ hört man sie nicht reden. Doch wenn in Düsseldorf ab kommendem Mai CDU und Grüne unter einem

> Droht das Hickhack auch nach der Wahl in NRW weiterzugehen?

Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers das Heft in der Hand hielten, dann wäre die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat dahin. „Gemischte“ Landesregierungen enthalten sich traditionell bei strittigen Fragen. Also müsste ein Ende der CDU/FDP-Koalition in Düsseldorf die Kanzlerin schrecken. Doch tut es das auch? Darüber gehen die Meinungen in Berlin erstaunlicherweise völlig auseinander.

Die einen halten Schwarz-Grün am Rhein für den „Albtraum der Kanzlerin“. Dann könne auf Bundesebene vieles nicht mehr durchgesetzt werden, ohne SPD und Grüne ins Boot zu holen.

Andere behaupten hingegen: Genau dies käme Merkel gerade recht. In solch einem Umfeld könne sie jedes liberale Reformvorhaben einfach kurzerhand wegbügeln mit dem Hinweis auf die Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer. Merkel könnte dann ungestraft das tun, wofür ihr heute noch „mangelnde Führung“ und „inhaltliche Beliebigkeit“ vorgehalten wird: still aus dem Hintergrund präsidieren, statt lautstark die Richtung vorzugeben.

Für die Liberalen geht es am 9. Mai daher um einiges mehr als für die Union. Selbst wenn sie (entgegen den derzeitigen Umfragen) doch noch ein respektables Ergebnis in NRW einfahren sollten, ist nicht gesagt, ob es für Schwarz-Gelb reichen wird. Als kleiner Koalitionspartner in Berlin, dessen sämtliche Vorhaben mit Blick auf den Bundesrat schon am Kabinettstisch verworfen werden, dürfte sich das Bild eines machtlosen Schreihalses verfestigen, an dem Guido Westerwelle in den vergangenen Wochen bereits emsig gemalt hat.

Allerdings hat der FDP-Chef und Außenminister dieser Tage gelernt, dass sich polemische Angriffe auszahlen. Seit seinen Attacken gegen Fehlentwicklungen bei Hartz IV ist seine zuvor halbierte FDP in den Umfragen wieder im Aufwind.

Es steht also zu befürchten, dass sich Union und FDP am Kabinettstisch noch öfter und vielleicht sogar noch heftiger ins Gehege kommen, egal wie NRW ausgeht. Was sich derzeit noch als eine Erstarrung wegen des NRW-Wahlkampfes ausmachen lässt, könnte sich so zum Dauerzustand dieser Regierung bis 2012 auswachsen. Und das angesichts der gewaltigsten wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Herausforderungen seit den frühen 50er Jahren.

Der nächste Ärger ist schon programmiert: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wird bald nach dem NRW-Urnengang die sparpolitische Folterkammer öffnen, und zwar mit der Botschaft an die FDP: Nichts geht mehr bei Gesundheit oder Steuerpolitik. Die einzigen, die das freuen wird, sitzen in der Opposition. SPD-Chef Gabriel wird zahllose Gelegenheiten bekommen, die Bundesregierung wegen unumgänglicher Sparmaßnahmen als „unsozial“ zu brandmarken. *Hans Heckel*



Mit verdeckten Karten: Dass Merkel oft nicht Position bezieht, reibt auch Westerwelle auf. Bild: mauritius

MELDUNGEN

Trienekens vor Gericht

Köln – Etwa acht Jahre ist es her, dass der sogenannte Kölner Müllskandal Schlagzeilen machte. Das Entsorgungsunternehmen Trienekens hatte damals für die Genehmigung des Baus einer Müllverbrennungsanlage elf Millionen Euro Bestechungsgelder an die regierende SPD gezahlt. Erst jetzt begann am Freitag dieser Woche der Prozess gegen einen der damaligen Hauptakteure in dem großen Korruptionsskandal. Der frühere Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens führt ein CDU-Parteibuch, war aber mit Vertretern beider großer Parteien fett im Geschäft. Norbert Rüther, damals Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kölner Stadtrat, erhielt wegen Abgeordnetenbestechung 18 Monate Haft auf Bewährung. *PAZ*

»Niederlage für den Rechtsstaat«

Dresden – Die Verhinderung der genehmigten Demonstration rechter und rechtsradikaler Kräfte am 13. Februar in Dresden könnte ein juristisches Nachspiel haben. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob sie gegen die Teilnehmer der Blockade Ermittlungen einleitet. Möglicherweise liege ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor, weil diese Protestaktion (im Unterschied zur Menschenkette) nicht angemeldet und damit illegal war. Selbst die linke „taz“ schien über den Verlauf nicht ganz glücklich zu sein. Sie zitierte den Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, der von einer „Niederlage für den Rechtsstaat“ sprach, die Gegendemonstranten hätten sich über Recht und Gesetz hinweggesetzt. Jesse wunderte sich auch über die Darstellung der Ereignisse in den Medien und durch die Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU): „Es ist eine Legende, dass die Menschenkette die Demonstration verhindert hat.“ *K.B.*

Russki-Deutsch (56):

Bergatschow

Von Wolf Oschlies

Wolfgang Berghofer – geboren 1943, SED-Mitglied seit 1964, seit den 1970er Jahren als „IM Falke“ bei der Stasi aktenkundig, 1986 bis 1990 Oberbürgermeister von Dresden – war in seinem Elbflorenz so beliebt, dass man ihn mit Kenndey ver - glich oder ihn zum „Bergatschow“ umtaufte. Bergatschow klang wie Gorbatschow und war auch so gemeint, als Kompliment für einen, der nötige Reformen mutig anging.

Einer meiner Lieblingswitze aus der DDR: Was heißt ZDF ARD? Zentrales Deutsches Fernsehen außer Raum Dresden. In Dresden und Umgebung konnte man kein Westfernsehen empfangen, lebte also im „Tal der toten Augen“. Und ähnliche Witze mehr, die den Dresdnern und allen Sachsen ein gewisses Hinterwäldlertum attestierten. Die hüteten sich, dieses Image aufzubessern, denn es verschaffte ihnen gute Kontakte nach Westen, zum Beispiel Städtepartnerschaften mit Hamburg und Rotterdam, und verschonte sie vor übermäßiger Aufmerksamkeit der Ost-Berliner SED-Bonzen.

Und Bergatschow war immer an der Spitze. Im Fernsehen mäkelte er laut, warum sich eigentlich niemand für den Verfall Dresdens verantwortlich fühle, und das städtische Devisenkonto besserte er damit auf, dass er Dresdener Friseurabfälle an westdeutsche Perückenhersteller verhökerte. Solche Eskapaden machten den Oberbürgermeister populär, der selber am besten wusste, wie wenig sie bedeuteten. Dresden erstickte am Dreck und zerfiel in seiner Baussubstanz. Als im Winter 1988 keine Briketts für Schulen, Theater und Ämter vorhanden waren, ließ „Bergatschow“ die Winterferien vorziehen. Er machte sich längst keine „sozialistischen“ Illusionen mehr, wagte vielmehr im Oktober 1989 die Zusammenarbeit mit Gegnern des SED-Regimes, was offiziell Hochverrat war.

1992 wurde Berghofer wegen Teinahme an Wahlfälschungen zu einem Jahr Haft (auf Bewährung) und 36 000 D-Mark Geldstrafe verurteilt. Unsinnige Anklage und Strafe: Wann hat es jemals in der DDR eine „Wahl“ gegeben, die jemand „fälschen“ konnte? Berghofer hat es nichts geschadet, er lebt ohne Politik und im besten Ansehen seiner Stadt.

Käßmann in Not

Autorität verfällt – Bald vorbestraft?

Die bereits angeschlagene Autorität der Ratspräsidentin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, verfällt rapide. Nach dem unglücklichen Hin und Her in Sachen Afghanistan, als die Bischöfin sogar aus den Reihen der SPD kritisiert wurde und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ der obersten Vertreterin von noch rund 25 Millionen deutschen Protestanten in einem Leitartikel erkennbar peinlich berührt den Unterschied von politischer und prophetischer Rede erklären musste, hat die Theologin erneut in vier Tagen gleich zweimal negative Publizistik kassiert.

Als Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Käßmann Mitte Januar zu einer gemeinsamen Reise nach Kundus eingeladen hatte, sagte sie zunächst zu. Geplant war ein Gottesdienst mit den deutschen Soldaten dort. Ende vergangener Woche folgte der Rückzieher: „Ich werde auf jeden Fall nicht mit dem Minister fliegen“, sagte sie die Reise wieder ab. Ohne Nennung eines Termins kündigte sie stattdessen an, mit dem Militärbischof nach Afghanistan zu fliegen. Ihr sei einfach wichtig, „dass ganz deutlich wird, ich mache eine Reise als Seelsorgerin und keine organisierte Reise der Bundesregierung“.

> Absage an Guttenberg und Alkoholfahrt

Vermutlich noch mehr Kummer dürfte Käßmann die Alkoholfahrt machen, bei der sie am Samstag Abend in Hannover erwischt wurde. 1,54 Promille maßen die verduzten Polizisten bei der Würdenträgerin, nachdem diese eine rote Ampel überfahren hatte. Der Vorgang ist aus mehreren Gründen hochnotpeinlich für die Bischöfin: Ab 1,1 Promille beginnt die „absolute Fahruntüchtigkeit“, wer mit mehr Alkohol im Blut Auto fährt, verübt eine Straftat, auf die eine Geldstrafe oder bis zu einem Jahr Haft stehen. Wenn eine EKD-Sprecherin nun einen Wert von „nur“ 1,1 Promille nannte, hatte sie also ein klares Motiv, ihre oberste Chefin herauszupauken. Bischöfin Käßmann selbst hat in dieser Sache bereits offensichtlich die Unwahrheit gesagt. Wie „Bild“ berichtete, hatte sie gegenüber den Polizisten behauptet, nur ein Glas Wein getrunken zu haben. Davon aber bekommt man niemals 1,54 Promille (siehe Kommentar auf Seite 8). *K.B.*

Eine Entscheidung

Die Koalition kürzt die Solarförderung

Der Regierung Merkel ist wieder eine Entscheidung gelungen. Union und FDP haben sich am Dienstag auf die Kürzung der Förderung von Solaranlagen geeinigt.

Wirtschaftsexperten hatten dies seit längerem gefordert, weil die Solarenergie anders als die Windenergie in Deutschland immer noch weit von der Rentabilität entfernt sei. Die Zeitung „Wirtschaftswoche“ rechnete unlängst vor, dass allein die zwischen 2000 und 2008 installierten Solaranlagen während ihrer Nutzungsdauer mit sage und schreibe 35 Milliarden Euro subventioniert würden. Die Förderung geschieht allerdings nicht über den Bundeshaushalt, sondern indirekt über die Stromrechnung. Neben der hohen wirtschaftlichen Last werden auch immer wieder Zweifel am ökologischen Nutzen der Solarbooms geäußert: Die Produktion und Installation von Solaranlagen kostet nämlich selbst erhebliche Mengen Energie und setzt CO_2 frei.

> 35 Milliarden Euro in neun Jahren

Nun soll die Subvention für Anlagen auf Dächern ab 1. Juli um 16 Prozent sinken – einen Monat später als zuletzt gedacht. Wie ein Sprecher der Unionsfraktion mitteilte, wird die Förderung von Anlagen auf Ackerflächen ganz wegfallen. Nun solle die Regelung „zeitnah“, vorsaussichtlich am 3. März, im Kabinett beraten werden. Die Förderung für Anlagen auf sogenannten Freiflächen wird nach CSU-Angaben um 15 Prozent gekürzt. Darauf habe man sich im Koalitionsausschuss verständigt, erklärte CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich. Zu derartigen Flächen gehören auch Randstreifen an Autobahnen und Bahntrassen.

Auf Konversionsflächen, also rekultivierten Müllhalden oder früheren Truppenübungsplätzen, werde die Förderung um elf Prozent gekürzt, erklärte Friedrich. Außerdem soll offenbar bei starkem „Zubau“ von Solaranlagen eine weitere Kürzung greifen: Werden binnen Jahresfrist weitere 3500 Megawatt Solaranlagen neu installiert, sinkt die Förderung ab 2011 um weitere zwei Prozentpunkte. Ab 2012 sollen bei einem neuerlichen Zubau in dieser Größenordnung dann drei Prozentpunkte zusätzlich gekürzt werden. Vertreter von SPD und Linken kritisierten den Subventionsabbau. *PAZ*

MELDUNGEN

Al-Baradei als Hoffnungsträger

Kairo – Als am vergangenen Dienstag Mohammed al-Baradei, der ehemalige Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, sein Heimatland bereiste, herrschte große Aufruhr. 6000 Polizisten sperrten den Flughafen ab, um Anhänger des 67-jährigen Ägypters und Proteste gegen die Regierung von Präsident Husni Mubarak zu verhindern. Al-Baradei wird als Kandidat gegen Mubarak bei den Neuwahlen im nächsten Jahr gehandelt. Der 81-Jährige regiert seit über 30 Jahren das Land und ist für Korruption und Machtmissbrauch bekannt. Doch al-Baradei ließ noch offen, ob er selbst kandidiert oder nur die Opposition unterstützen will. *Bel*

Angst vor Schülern

Paris – Zusätzliches Sicherheitspersonal und weitere Metalldetektoren für Schulen in Problembezirken sind die Bilanz des Lehrerstreiks in Frankreich Mitte Februar. Die zunehmende Gewalt an französischen Vorortschulen hat die Lehrer des Landes zum Protest animiert. Selbst aus den ruhigeren Städten im Norden und Süden reisten sie in die Hauptstadt, um Erziehungsminister Luc Chatel ihren Unmut zu bekunden. Dieser zeigte sich jedoch zugeknöpft, räumte aber ein, dass Erpressung, gefährliche Spiele auf den Pausenhöfen und Bestrafungsaktionen zunehmen würden und er daher eine allgemeine Bestandsaufnahme der Sicherheit in den Schulen in Auftrag geben würde. Frankreichs Lehrer genügt das kaum. Allein in diesem Jahr sollen 16 000 Stellen gestrichen werden, dabei werde ihre Arbeit immer anstrengender und gefährlicher. An einigen Schulen schlössen sich die Lehrkräfte in den Pausen im Lehrerzimmer ein, da sie Übergriffe befürchteten. *Bel*

Lukaschenko bedrängt Polen

Minsk geht gegen die polnische Minderheit in Weißrussland vor – EU droht mit Sanktionen

Die politische Tauwetterperiode in Weißrussland neigt sich nach nur kurzer Zeit ihrem Ende entgegen. Spannungen zwischen Minsk und Warschau belasten auch das Verhältnis zur Europäischen Union. Brüssel droht der Regierung Lukaschenko mit neuen Sanktionen, sollte diese ihr diskriminierendes Vorgehen gegen Vertreter der polnischen Minderheit fortsetzen.

Scharfe Worte richteten die EU-Außenminister bei ihrem Treffen am 22. Februar in Brüssel an Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko und drohten, die noch zarten bilateralen Beziehungen wieder auf Eis zu legen, wenn die Menschenrechte in Weißrussland weiterhin verletzt würden. „Es ist ein Schritt zurück“, sagte EU-Außenministerin Catherine Ashton und kündigte an, die Situation zunächst beobachten zu wollen, um das Thema im April erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Warschau hingegen fordert sofortige Sanktionen gegen Weißrussland und die Unterstützung der EU-Partner. Die Polen sind verärgert, denn erst wenige Tage zuvor hatten sich die Außenminister Weißrusslands und Polens, Sergej Martynow und Radoslaw Sikorski, in Warschau getroffen, um die Vereinbarung über einen kleinen Grenzverkehr analog an das Schengener Abkommen zu unterzeichnen. Für Bürger, die in einem Gebiet von etwa 30 Kilometern auf beiden Seiten der Grenze leben und seit mehr als drei Jahren dort gemeldet sind, gelten erhebliche Erleichterungen im Grenzverkehr. Sie dürfen sich bis zu 90 Tagen im grenznahen Gebiet der jeweils anderen Seite aufhalten. In den vergangenen Monaten hatte sich Warschau dafür eingesetzt, seinen Nachbarstaat aus der politischen Isolation herauszuführen und Weißrussland in die neue EU-Initiative Östliche Partnerschaft aufzunehmen.

Während auf Ministerebene die Zeichen auf Partnerschaft standen, ordnete am 11. Februar das Gericht der weißrussischen Stadt Woloschin die Räumung des polnischen Kulturhauses in der benachbarten Ortschaft Iwiniec an. Mehrere Mitglieder des Minderheitenverbands „Union der Polen in Weißrussland“ wurden unter fadenscheinigen Anschuldigungen verhaftet, gegen die Vorsitzende Anschelika Borys eine Strafe über 350 US-Dollar verhängt. Zuvor waren bereits 30 Mitglieder der Union verhaftet worden. Weitere 40 Personen, die auf dem Weg in die 75 Kilometer nordwestlich von Minsk gelegene Stadt Woloschin waren, um an einer Wahl der dortigen Ortsgruppe teilzunehmen, wurden unter dem Vorwand, eine illegale Versammlung zu planen, festgesetzt. Einige erhielten Geldstrafen, andere mussten eine fünftägige Haft absitzen. Das rüde Vorgehen gegen die von Minsk nicht anerkannte, von Warschau aber unterstützte Minderheitenorganisation kam für die Polen überraschend und entsprechend heftig



Polnisches Kulturhaus in Grodno: Anschelika Borys wird seit 2005 von Lukaschenkos Behörden verfolgt. Bild: laif

> Lukaschenko fürchtet »Farbrevolution« in seinem Land

fiel die Reaktion aus. Umgehend beorderten sie ihren Botschafter in Minsk zu Beratungen nach Warschau zurück. Weißrusslands Außenminister Sergej Martynow reiste am 12. Februar nach Warschau und beschwichtigte, es handele sich um einen Streit zweier polnischer Minderheitenvereine, mit denen die Regierung nichts zu tun habe. Doch das nahm ihm in Warschau niemand ab, denn die Ursache für die Verfolgung der Union der Polen in Weißrussland reicht bis in die Zeit des Zerfalls der Sowjetunion zurück. In Weißrussland leben etwa 400 000 Polen bzw. Menschen polnischer Abstammung, das sind über 4,1 Prozent der 9,8 Millionen Bürger des Landes, ein Viertel der Polen lebt in der grenznahen Woblast Grodno mit der Hauptstadt Grodno, wo über 25 Prozent der Bevölkerung polnisch sind und wo die Union der Polen ihren Sitz hat. Der Verband zählt mit 25 000 Mitgliedern zu den größten Nichtregierungsorganisationen in Weißrussland. Er wurde 1990 gegründet. Die Organisation setzt sich für die Wiederbelebung der polnischen Sprache und polnischer Traditionen in der weißrussischen Heimat ein. Seit ihrer Gründung fürchtet Minsk, Unionsmitglieder könnten sich mit den örtlichen Behörden zur Durchsetzung ihrer Interessen verbünden. Sie tut deshalb alles, um entsprechende Kontakte zu verhindern. 2005, als Anschelika Borys zur Präsidentin gewählt wurde, spaltete die Regierung die Union unter Beteiligung des Geheimdienstes in einen genehmigten, der Regierung Lukaschenko gegenüber verpflichteten, und einen illoyalen und deshalb verbotenen Teil, der von Polen unterstützt wird.

Seit der Spaltung sieht sich Anschelika Borys ständiger Diskriminierung ausgesetzt: Repressionen und Angriffe, Einschüchterungen, Drohanrufe, Verleumdungen und Beleidigungen gehören zu ihrem Alltag. Von ursprünglich 16 polnischen Kultureinrichtungen der Union wurden seit 2005 bereits 14 geschlossen. Polens Präsident Lech Kaczynski nahm sich nun der Sache an und schickte seinem Amtskollegen Alexander Lukaschenko einen geharnischten Brief, in dem er ihm in zehn Punkten EU-Sanktionen, unter anderem Visa-Erschwernisse und eine Darlehensverweigerung des IWF, androhte.

Lukaschenko kennt jedoch keine Freunde, wenn es um seinen Machterhalt geht. Im April sind in Weißrussland Kommunalwahlen, die als Test für die Präsidentenwahl in einem Jahr gelten. Hinter der Drangsalierung der polnischen Minderheit stand stets die Furcht des autoritären Staatschefs, dass von diesen – mit der polnischen Regierung im Rücken – eine „Farbrevolution“ ausgehen könnte.

Manuela Rosenthal-Kappi

Hacker statt Bomben

Experten warnen vor Terroranschlag über den Computer

Der nächste Weltkrieg könnte eine Cyberspace-Schlacht sein. Niemand scheint gegen solche Attacken gefeit und das ist eine Katastrophe!“ So lautet die Überzeugung des Chefs der UN-Telekommunikationsagentur, Hamadoun Toure. Der Experte warnte während der kürzlich in Genf zu Ende gegangenen ITU-Telecom World-Ausstellung eindringlich vor den Gefahren einer mehr und mehr kritischen technologischen Abhängigkeit von Kommerz, Finanzsektor, Notdiensten, Gesundheits-, Energie- und Nahrungsmittelversorgung durch die Vernetzung von Computern, das Internet und den militärischen sowie politischen Missbrauch der immer vielfältigeren virtuellen Möglichkeiten.

Je mehr das Internet mit dem täglichen Leben vernetzt wird, desto mehr haben, so Toure, Hackerattacken und kriminelle Handlungen zugenommen. Mit „Phishing-Werkzeugen“ würden Passwörter erschlichen und Sicherheitsnetzwerke unterwandert. Die USA stellen aus diesem Grund, assistiere US-Heimatschutzministerin Janet Napolitano, gegenwärtig rund 1000 zusätzliche Experten zur Verteidigung ein. Vietnams Regierung beschloss zeitgleich, in den kommenden Jahren, rund 42 Millionen Dollar in die Sicherheit seiner Computernetze zu investieren. Grund dafür war ein Anstieg der Angriffe von 450 im Jahr 2008 auf 1050 ein Jahr später. Dabei wurden 47 000 verschiedene Virentypen lanciert, 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Bundesrepublik steht vor ähnlichen Herausforderungen. Sowohl ihre politischen als auch ihre militärischen Institutionen waren bereits Attacken ausgesetzt, ganz zu schweigen von ökonomisch

> Tanker können fehlgeleitet, Stromnetze lahmgelegt werden

motivierten Zugriffen auf die Industrie.

Dave DeWalt, Präsident der Viren-Abwehr-Firma McAfee im kalifornischen Santa Clara, etwa weist immer wieder darauf hin, dass China, Frankreich, Israel, Russland und die Vereinigten Staaten an vorderster Front sogenannte „Cyber-Systeme“ entwickelt haben. „Die Waffe der Zukunft“, so der Manager, „ist nicht nuklear, sondern virtuell. Der Cyber-Krieg ist längst Realität.“ So wurden Internetseiten des chinesischen Verteidigungsministeriums in nur drei Monaten Millionen Mal von Hackern attakkiert, allein in einem Monat nach Aussagen von Ji Guilin, dem Verantwortlichen für solche Webseiten, mehr als 2,3 Millionen Mal.

Nach dem jüngsten McAfee-Report sind Raffinerien, zentrale Einrichtungen der Trinkwasserversorgung und Kraftwerke die Hauptziele solcher Attacken. Die Spionage soll es ermöglichen, einen potenziellen Kriegsgegner schon vor Kriegsbeginn mit seiner Infrastruktur so lahmzulegen, dass er klein beigeben muss. Dazu gehören auch Attacken auf Computer der Flugsicherheit und Stromnetze. Und: Die Zugriffe erfolgen immer raffinierter. Craig Mundie von Microsoft hält nur zehn Nationen für fähig, solche „sophisticated attacks“ auszuführen und zudem so zu verschleiern, dass sie aus vielen anderen Ländern zu kommen scheinen. Ganz verheerend, darüber sind sich die Experten einig, wäre es, wenn Terroristen anstatt mit Bomben zu drohen, Hacker einsetzten, so Flugzeuge fehlleiteten, Stromnetze und Pipelines lahm legten oder Tanker auf Sandbänke krachen lassen würden.

Wie real die Gefahren bereits sind, zeigt sich derzeit mit der Aufdeckung einer Hackerattacke mit Zentrum in Deutschland: Innerhalb von 18 Monaten wurden rund 47 000 Computer in 196 Ländern geknackt.

Joachim Feyerabend

Spezielle Gegner aussortiert

Wahl im Irak: »Entbaathisierung« wird zur »Entsunnifizierung«

Wahlen werfen ihre Schatten voraus – in unseren Breiten meist nur als unhaltbare Wahlversprechen, anderswo auch als zuweilen blutiger Streit um Wähler- und Kandidatenlisten, doch in Ländern wie dem Irak auch durch Anschläge, um den Wahlgang überhaupt zu sabotieren.

Im nun eröffneten Wahlkampf für die zuletzt auf 7. März verschobenen Parlamentswahlen – 19 Millionen Stimmberechtigte vergeben 325 Mandate – wurde bereits eine Abgeordnete ermordet, und mehrere Wahlbüros laizistischer Parteien wurden durch Bomben verwüstet. Zur Verhinderung des Wahlgangs aufgerufen hat aber nicht nur al-Kaida. Auch andere Kräfte sind an einer Eskalation interessiert, und die Regierung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki hat die Lage angeheizt, indem etwa 500 angebliche Anhänger des einstigen Baath-Regimes unter Saddam Hussein von der Kandidatur ausgeschlossen wurden.

In der „unabhängigen“ Wahlkommission walten Schiiten, darunter welche, die sich wie der berüchtigte frühere Pentagon-Günstling Ahmed Chalabi selbst um Mandate bewerben. Vom Ausschluss betroffen sind daher vorwiegend Sunniten – aber auch einige Prominente von der Liste des laizistischen Schiiten und früheren Ministerpräsidenten Ayad Allawi. Selbst wenn – wie es heißt, auf Druck der USA – rund zwei Dutzend der zunächst Ausgeschlossenen doch antreten dürfen, kann ihnen, falls sie gewählt werden, das Mandat unter Vorwänden nachträglich aberkannt werden.

Bemerkenswerterweise wirft laut „New York Times“ General Ray Odierno, der ranghöchste

> Die Sunniten werden ausgegrenzt und wehren sich gewaltsam

US-Kommandeur im Lande, Chalabi nun vor, „eindeutig vom Iran beeinflusst“ zu sein und dort sich unter anderem auch mit Personen getroffen zu haben, die auf der US-Terrorliste stünden. Aus dem Nordirak gibt es inzwischen Berichte über Stimmenkauf. Al-Maliki wiederum redet seit Wochen von einer Verschwörung der Baathisten, die unbedingt verhindert werden müsse. Und prominente Sunniten werfen al-Maliki vor, dass die „Entbaathisierung“ zu einer „Entsunnifizierung“ verkommen sei.

Was das Wahlresultat betrifft, lässt sich risikolos voraussagen, dass die Gruppierung um al-Maliki die meisten Mandate erringen wird, nicht zuletzt dank offener und stiller Diskriminierung der Konkurrenten.

Ebenso sicher wird es zu Wahlanfechtungen durch Kandidaten wie durch Wähler und zu neuen Gewaltakten kommen. Die USA, die mehr und mehr die Verantwortung für den Irak an die dortige Regierung abgeben möchten, werden al-Maliki aber trotzdem auch weiterhin akzeptieren müssen, denn es zeichnet sich keine Alternative ab.

Wie die Regierung aussehen wird und wie lange die Bündnisstruktur hält, ist eine andere Sache. Denn mit dem Sturz des zwar von Sunniten getragenen, doch sonst eher laizistischen Regimes von Saddam Hussein ist die Stammesstruktur wieder stärker in den Vordergrund gerückt, und das erklärt auch die fast unüberschaubare Zahl wahlwerbender Parteien und Gruppen. Die Stammeszugehörigkeit ist schließlich das einzige, was dem Individuum ein wenig Sicherheit bieten kann. Einer solchen Gesellschaft, ob im Irak oder anderswo, von außen Demokratie aufzuzwingen, muss daher ein fragwürdiges Unterfangen bleiben – und war ohnehin nur Vorwand für ganz andere Ziele.

Richard G. Kerschhofer

Gescheiterte Vereinheitlichung

Eine Währung ist der Spiegel einer Wirtschaftskultur – Welten zwischen Griechenland und Deutschland

Sind Wettbewerbsfähigkeit und die Bereitschaft zum Sparen „unverantwortlich“? Die Debatte um „Ungleichgewichte“ in Europa wirft groteske Fragen auf.

Der rasche und geräuschlose Tarifabschluss in der Metall- und Elektrobranche hat allgemeines Lob geerntet: Bescheidene Einmalzahlungen von zusammen 320 Euro in diesem Jahr, eine Gehaltserhöhung von 2,7 Prozent erst im April 2011. Dazu Arbeitsplatzgarantien und flexiblere Arbeitszeiten, um sich auf die weiterhin holprige Marktlage so gut es geht einzustellen.

Die Leistung der Tarifpartner wird kaum geschmälert durch den Einwand, dass beide gerade jetzt besonders auf einander angewiesen sind. Die IG Metall muss sich ernste Sorgen machen um die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder – und mithin um die Gewerkschaftsbeiträge. Schon 640 000 der 3,4 Millionen Beschäftigten der Branche sind in Kurzarbeit.

Die Arbeitgeber gaben zudem zu bedenken, dass sie ob der miserablen Auftragslage zur Zeit sogar auf jeden Vierten verzichten könnten. Doch auch sie sitzen in der Klemme. Beim letzten Konjunktureinbruch um 2003 trennten sich Arbeitgeber von Beschäftigten in großer Zahl. Als die Konjunktur dann wieder anzog, fehlten Fachkräfte. Der demographische Wandel – immer weniger Auszubildende und junge Fachkräfte drängen auf den Markt – könnte dieses Problem bei einem kommenden Aufschwung noch verschärfen.

In ihrer Not schielen daher Metallarbeitgeber wie -gewerkschafter auf den Staat. Am liebsten wären ihnen Sonderregelungen etwa bei der Kurzarbeit für ihren Wirtschaftszweig. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zeigte sich indes zugeknöpft: Beihilfe für einzelne Branchen würden wettbewerbsrechtliche Fragen aufwerfen. Außerdem seien die zur Metallbranche zählenden Autobauer per Abwrackprämie bereits überdurchschnittlich bedacht worden.

Insgesamt jedoch zeigt sich in dem Tarifabschluss die Entschlossenheit beider Partner, den Karren mit vereinten Kräften aus dem Dreck zu ziehen. Ziel ist es, dass sich die deutschen Hersteller nach der Krise in der gleichen starken Wettbewerbsposition wiederfinden wie zuvor.

Genau das aber dürfte andernorts eher für Kopfschmerzen denn für Erleichterung sorgen. Der neue EU-Ratspräsident Herman van Rompuy hat gerade die starke Exportorientierung der Deutschen als einen der Verursacher der „Ungleichgewichte“ zwischen den europäischen Volkswirtschaften gebrandmarkt. Er droht ganz offen, mit dem vom Lissabon-Vertrag erlaubten Maßnahmen gegen die „unverantwortlichen Deutschen“ vorzugehen. Die Rede ist

EU-Ratspräsident kritisiert deutsche Exportorientierung

abermals von einer Art europäischer „Wirtschaftsregierung“, welche in Berlin auf verbale Ablehnung stößt.


Foto: Visum

Fröhliche 95-Prozent-Rentner: Deutsche übten in den letzten Jahren Verzicht, die Griechen streikten, wenn Verzicht drohte.

Was genau van Rompuy im Schilde führt, ist bislang kaum absehbar. Richtig ist jedoch: Nachdem Deutschland in den 90er Jahren ein brisantes Kostenproblem hatte (die Produktionskosten waren zu hoch), haben die hiesigen Tarifpartner mittels Innovation und moderaten Lohnabschlüssen ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv verbessert. Da konnten schwächere Länder wie etwa Spanien oder erst recht Griechenland nicht mithalten. Da sie ab 1999 auch ihre Währung nicht mehr abwerten konnten, waren sie der deutschen Konkurrenz ungeschützt ausgesetzt. Ergebnis: Spanien ächzte 2009 unter einem Leistungsbilanzdefizit von zehn Prozent, während Deutschland einen Überschuss von acht Prozent verbuchte. In der Leistungsbilanz sind die Handels- und Dienstleistungsbilanz (Exporte minus Importe) sowie der Saldo der Transfers zusammengefasst.

Die Euro-Gemeinschaft wie auch die einzelnen Mitgliedstaaten wie Deutschland stehen nun vor einem Dilemma: Euro-Skeptiker hatten stets darauf verwiesen, dass eine Währung der „Spiegel der Wirtschaftskultur eines Landes“ sei. Die Möglichkeit auf- oder abzuwerten sei daher das notwendige Korrektiv, damit die Ungleichgewichte, die durch diese kulturellen, sprich Mentalitätsunterschiede, entstehen, ausgeglichen werden könnten. So werteten Spanien oder Griechenland in Abständen ihre Währung ab, um angesichts höherer Inflationsraten ihre Wettbewerbsposition etwa gegenüber Deutschland halten zu können. Der Preis dafür war oft ein geringerer Außenwert ihrer Gehälter, doch das wurde billigend in Kauf genommen.

Die Hoffnung, jene Mentalitätsunterschiede schwänden unter dem Dach der gemeinsamen Währung, hat getrogen. Während die Metaller des EU-Nettozahlers Deutschland die schwierige Lage als Aufforderung akzeptieren, den Gürtel enger zu schnallen, werden die Straßen des bankrotten Nettoempfängers Griechenland von Demonstranten bevölkert. Sie denken nicht daran, Einschränkungen hinzunehmen. Dabei geht es ihnen schon jetzt oft besser als ihren deutschen Kollegen: Griechen demonstrieren dagegen, dass das reguläre Renteneintrittsalter von 61 auf 63 Jahre hochgesetzt wird. Deutsche Rentner erhalten ab 65, bald 67 Jahren kaum 40 Prozent ihres Durchschnittsgehalts als Rente, die Griechen dürfen sich über satte 95 Prozent freuen.

Die deutsche Schuldenbremse dürfte die „Ungleichgewichte“ übrigens noch weiter verschärfen: Sie bremst staatliche wie private Nachfrage, was den heimischen Konsum zugunsten des Exports weiter einschränken wird. Aber welche Alternative bliebe den Deutschen? Mitmarschieren in den Pleitestaat, damit die Südländer den Anschluss nicht noch weiter verlieren? Vorsätzlich weniger wettbewerbsfähig sein?

Die EU und Deutschland stehen hier vor Problemen, auf die sie keine Antwort haben. Denn wirtschaftliche Auswirkungen unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten haben die Europapolitiker bislang nicht interessiert. Das rächt sich nun. *Hans Heckel*

KURZ NOTIERT

Großbritannien vor Inflation? Nachdem die Verbraucherpreise im Januar um 3,5 Prozent gestiegen sind, versucht die britische Zentralbank zu beschwichtigen: Im Jahresdurchschnitt gebe es höchstens eine Rate von zwei Prozent. Der Ökonom David Blanchflower begrüßt hingegen die Geldentwertung. „Vier Prozent Inflation würden es uns erlauben, einen Teil der Schulden wegzuinflationieren“, so das Ex-Mitglied des Geldpolitischen Ausschusses der Bank von England. Eine Inflation würde auch überschuldeten Hausbesitzern helfen. *Bel*



Gold auf Rekordkurs: Mit gut 830 Euro pro Unze hat der Goldpreis einen Rekord erreicht – jedenfalls in Euro gerechnet. Auf Dollarbasis schwankt des Edelmetall derzeit um 1100 Dollar pro Feinunze, der Rekord lag hier am 3. Dezember bei 1226 Dollar.

Commerzbank muss Pleitebank kaufen: Dem vom deutschen Staat mit Milliarden unterstützten Kreditinstitut wird eine ukrainische Beteiligung zum Verhängnis. 2007 erwarb die Commerzbank für 435 Millionen Euro 60 Prozent der zehntgrößten Bank in der Ukraine. Diese hat inzwischen extreme Zahlungsprobleme und kann nur mit neuen Krediten gerettet werden. Doch bevor die Commerzbank sich weiter engagiert, will sie offenbar zum Alleineigentümer werden. *Bel*

Osteuropa will den Euro: Estland hat gute Chancen, 2011 der Währungsgemeinschaft beizutreten. Auch Ungarn dürfte im „Konvergenz-Bericht der Europäischen Zentralbank“ mit Lob für seine Anstrengungen bedacht werden, womit der Euro für Ungarn in greifbare Nähe rücken würde. Selbst Bulgarien wird demnächst dem Wechselkursmechanismus II beitreten, einer Vorstufe zum Euro. Derzeit nehmen Dänemark, Lettland, Estland und Litauen an diesem Mechanismus teil. Da der EU-Vertrag einen Anspruch zum Beitritt vorsieht, sobald ein Land die Kriterien erfüllt, dürfte sich die Zahl der Euro-Länder trotz aller Probleme in der Währungsgemeinschaft bald erhöhen. *Bel*

Noch droht der Bankrott

Isländer wollen nicht mehr in die EU

Island ist eine Insel der Extreme – eisige Winter, vulkanische Hitze, einst hohes Wachstum, jetzt eine Krise, die das Leben des rund 320 000 Einwohner zählenden Landes nachhaltig verändert – auf Kosten seiner Steuerzahler. Zugleich wächst der Einfluss der Gläubiger-Staaten, allen voran der der EU. Der finanzielle Paria-Status drohe, warnt der britische Finanzstaatssekretär Lord Paul Myners. Island ist ohne fremde Hilfe zahlungsunfähig.

Allein Briten und Niederländer fordern 3,8 Milliarden Euro. Grund sind Geldanlagen ihrer Sparer in Island – das Geld ist verloren, Großbritannien entschädigte selbst und will nun Island haftbar machen. Vor allem der Zusammenbruch der Internetbank Icesave verbreitet nach der Verstaatlichung der wichtigsten isländischen Banken eisige Stimmung in den Beziehungen zu Europa. Die Briten aktivierten kurzerhand für den Anti-Terror-Kampf verabschiedete Gesetze, um Islands Banken am Abzug von Geld aus Großbritannien zu hindern – ein Faustpfand. Die Rückzahlung der Einlagen britischer Sparer hat das Parlament in Reykjavik zwar bewilligt, doch in der Bevölkerung gärt es seither – sie muss die Rechnung begleichen. Jeder zehnte Isländer hat gegen die Rückzahlung unterschrieben. Politiker, die im Dezember dafür stimmten, werden als „Verräter“ beschimpft. Staatspräsident Ólafur Ragnar Grímsson verweigerte seine für den Beschluss nötige Unterschrift, erzwang so, dass die Isländer in einem Referendum

Ohne neue Kredite ist das Land pleite – harte Bedingungen

über die Rückzahlung abstimmen dürfen. Dies will die EU verhindern. Im Fall eines „Nein“, steht Island der Ausstieg aus dem internationalen Finanzsystem bevor, aber auch das Veto einzelner EU-Mitglieder gegen eine Mitgliedschaft der Insel in der Gemeinschaft. Zumindest könnten die Niederlande und Großbritannien die Bedingungen diktieren.

Laut Meinungsumfragen hat sich die Stimmung der Isländer daher längst gedreht: Über die Hälfte der Wahlberechtigten könnte gegen einen EU-Beitritt stimmen. Der sozialdemokratischen Regierung unter Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurdardóttir steht neben Demütigungen auf internationalem Parkett jetzt das Versiegen fremder Geldquellen bevor. Sie hatte sich gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als Haupt-Kreditgeber als Voraussetzung weiterer Kredite verpflichtet, die Icesave-Krise mit einer Einigung zu beenden. Noch hält Sigurdardóttir am EU-Kurs fest, doch längst sind es nicht mehr nur Fischerei-Beschränkungen aus Brüssel, die den Isländern den Geschmack am Beitritt verderben. In den vorgezogenen Neuwahlen im Mai entscheiden die Bürger indirekt über den Beitritt. Zusätzlich wird es nach dem Willen der Sozialdemokraten eine Volksabstimmung zur EU-Frage geben. Schnell solle Island sich jetzt bewerben, sagt EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn – der Finne sieht die Chancen auf Island als künftigen EU-Netto-Zahler schwinden. Manchem Isländer wäre es lieber, angesichts der Inflation von 6,6 Prozent stattdessen den Euro mit dem Rest Europas gemeinsam zu haben. Die EU lehnt derartige Pläne jedoch ab. Ob Islands Politik den Beitritt dem eigenen Volk noch vermitteln kann, ist daher fraglich. *SV*

Deutscher Alleingang?

Wachsende Verwirrung in der Berliner Atomenergie-Politik

Ausstieg oder Ausstieg aus dem Nichtausstieg oder gar Wiedereinstieg – in der Berliner Atomenergiepolitik scheint derzeit alles möglich. Im Wahlkampf hatten die schwarz-gelben Koalitionäre versprochen, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke deutlich zu verlängern, was trotz massiver Angstkampagnen den Wahlsieg nicht verhinderte.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann … Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern … In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen (unter anderem Betriebszeiten der Kraftwerke, Sicherheitsniveau, Höhe und Zeitpunkt eines Vorteilsausgleichs, Mittelverwendung zur Erforschung vor allem von erneuerbaren Energien).“

Der vor knapp zehn Jahren von Rot-Grün erzwungene Ausstiegsplan hatte vorgesehen, dass die 17 deutschen Kernkraftwerke nach einer durchschnittlichen Betriebsdauer von rund 33 Jahren bis spätestens 2021 abgeschaltet werden. Die Betreiber sollten aber Restlaufzeiten älterer Reaktoren auf jüngere, modernere übertragen dürfen.

Im letzten Herbst, also im Wahlkampf und während der Koali-

Andere Länder bauen neue Reaktoren mit Laufzeit 60 Jahre

tionsverhandlungen, schienen sich FDP, CDU und CSU einig, dass die Laufzeiten dem internationalen Standard angenähert werden sollten. Leider versäumten sie im Koalitionsvertrag aber präzisere Festlegungen.

Weltweit sind zur Zeit in 31 Ländern 438 Reaktorblöcke mit einer Gesamtleistung von über 392 Gigawatt in Betrieb. Weitere 42 Kernkraftwerke sind im Bau, 80 in Planung oder im Antragsverfahren. Zudem gibt es laut „International Journal for Nuclear Power“ Vorplanungen für 122 AKW. Die meisten dieser Reaktoren sind für 60 Jahre Laufzeit ausgelegt.

Den Luxus eines Totalausstiegs leistet sich allein Deutschland. Und dies, obwohl deutsche Reaktorsicherheitstechnologie jahrzehntelang in aller Welt als führend galt. Noch heute liegen in den jährlichen Zuverlässigkeitsstatistiken der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien die deutschen Meiler stets auf den vordersten Rängen.

So spricht nichts gegen und alles für eine deutliche Laufzeitverlängerung, auch über das Jahr 2030 hinaus, das Umweltminister Norbert Röttgen jetzt ohne jeden sachlichen Hintergrund ins Spiel gebracht hat. Denn auch bis dahin werden alternative Energieträger – trotz Milliardensubventionen – nicht in der Lage sein, die stillgelegten 21 Gigawatt aus Kernkraftwerken bezahlbar und zuverlässig zu ersetzen. Als längerfristige Alternative wäre die Fusionsenergie aus der Verschmelzung von Wasserstoff- zu Helium-Atomkernen zu nennen. Da würde sich dann auch die Laufzeit-Diskussion völlig neu stellen: Das „Kraftwerk Sonne“ ist seit rund fünf Milliarden Jahren in Betrieb.

Hans-Jürgen Mahlitz

Die Unzufriedenen

Von Hinrich E. Bues

Kennen Sie unzufriedene Menschen? Oft sind es solche, die nichts Richtiges zu tun haben. Arbeitslose sind selten glücklich, in der Regel sogar recht unzufrieden und zuweilen auch unerträglich. Gleiches gilt auch für Staaten oder Völker. Dort, wo seit Jahren Hilfeleistungen hingeflossen sind, schlägt einem selten Zufriedenheit oder gar Dankbarkeit entgegen.

Griechenland beispielsweise erhält seit Jahrzehnten hohe Subventionen aus Europa, vorrangig aus Deutschland. Wer durch das Land der Hellenen reist, entdeckt überall an Straßen oder Bauten die Schilder: „Gefördert mit Hilfe der EU.“ Kommt Griechenland dadurch auf die Füße? Nein, es hat sich an die Hilfe gewöhnt. Wenn jetzt von den Griechen Einschnitte im Staatshaushalt und höhere Steuern verlangt werden, reagieren viele trotzig wie ein 30-Jähriger, der aus dem „Hotel Mama“ ausziehen soll. Selber arbeiten, die Wäsche waschen, kochen und putzen? Das geht zu weit, denn es ging ja bisher auch ohne. Man tut Menschen und ganzen Völkern keinen Gefallen, wenn man sie in diesen Teufelskreis von vermeintlichen Wohltaten ohne Gegenleistungen hineingeraten lässt.

Nicht nur Geldfrage

Von Rebecca Bellano

Es ist die einfachste Lösung und macht jegliches Hin- und Hergerechne bei der Höhe der Regelsätze für Kinder von Hartz-IV-Empfängern sowie Debatten um Bildungsgutscheine und ähnliches hinfällig. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat vorgeschlagen, dass Hartz-IV-Empfänger in ihrem Jobcenter einen Stadtausweis erhalten sollen. Dieser würde kostenlose Standardleistungen beinhalten wie zum Beispiel die Mitgliedschaft in einem Sportverein, die Nutzung von öffentlichen Bibliotheken, einige Stunden in der Musikschule und den vergünstigten Eintritt in Schwimmbäder und Museen.

Damit wäre die Sorge, dass Kinder aus Familien, die ausschließlich auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, vom kulturellen Leben ausgeschlossen würden, hinfällig. Zumindest theoretisch. Denn das Problem ist nicht immer nur finanzieller Art. Es gibt bereits Museen in Deutschland, in denen beispielsweise Kinder bis zwölf Jahre freien Eintritt haben. Doch haben jene Eltern dieses Angebot genutzt und ihrem Nachwuchs den Besuch ermöglicht? Selbst wenn der Eintritt auch für Eltern kostenlos wäre, würden viele die Möglichkeit nicht nutzen, ihren Kleinen ein Stück weit die Welt zu erklären.

Die Rede ist von Angehörigen der sogenannten bildungsfernen Schichten, der ein großer Teil der Hartz-IV-Empfänger angehört. Diese Kinder werden nur mit dem Kindergarten und der Schule Museen besuchen und Sport treiben. Das ist eine traurige Realität, auf die es aber zu reagieren gilt.

Erschrocken über Käßmann

Von Konrad Badenheuer

Nicht nur konservative Christen taten sich von Anfang an schwer mit einer Geschiedenen an der Spitze des deutschen Protestantismus: Dass Ehen heute massenhaft zerbrechen, ist eine bedrückende Tatsache. Aber welche Botschaft geht davon aus, wenn eine Kirche nicht mehr Persönlichkeiten an ihre Spitze beruft, die mit ihrer Lebensführung zeigen, dass Gottes Gebote erfüllbar sind, und die vorleben, dass der Segen Gottes sich primär nicht in der Vergebung von Schuld ausdrückt, sondern dort wirkt, wo Sein Wille treu befolgt wird?

Die Wenigen in der Kirche, die Frau Käßmann öffentlich von einer Kandidatur (und der Synode von ihrer Wahl) zur EKD-Ratspräsidentin abgeraten hatten, taten dies denn auch weniger wegen Uneinigkeit über die Ehe: Frau Käßmann bestreitet ja nicht deren prinzipielle Gültigkeit auf Lebenszeit, und ihre Kritiker räumen ein, dass dies nicht immer gelingt und Gott bereute Schuld vergibt. Der Schreiber dieser Zeilen wird aus seinem eigenen Glashaus niemanden mit Steinen bewerfen.

Wer sagt ihr liebevoll, dass sie nicht mehr tragbar ist?

Der Dissens bestand und besteht im Verständnis des Bischofsamtes. Jenseits des bereits eingetretenen Flurschadens im Dialog mit Katholiken und Orthodoxen, für die eine Frau im Bischofsamt nicht in Frage kommt, stellt sich auch für bibeltreue evangelische Christen die dringende Frage, ob Geistliche in Leitungsämtern nicht schlicht Vorbilder sein müssen. Die Gefahr ist doch übergroß, dass bei Millionen Talkshow-Zuschauern mit Blick auf Frau Käßmann eben nicht die Botschaft hängenbleibt, dass Gott auch schwere Schuld vergibt, sondern dass die Ehe nicht mehr verbindlich sei.

Aus den Sorgen über die Wahl Käßmanns wurde nach ihren ungelenken Wortmeldungen zu Afghanistan (denen zuletzt eine stillose Reiseabsage an den Bundesverteidigungsminister folgte) Irritation. Und schließlich, nach der Alkoholfahrt vom vergangenen Samstag Erschrecken.

Auf ihrer Internetseite wirbt die EKD – ausdrücklich unter Beteiligung von Margot Käßmann – für die Fastenaktion „Sieben Wochen Ohne“. Die Aktion richte sich „an alle, die die Passionszeit bewusst erleben und gestalten wollen“. Zwischen Aschermittwoch und Ostersonntag „versuchen die Teilnehmer, auf Alkohol … zu verzichten.“ Datiert vom 19. Februar. – Nur einen Tag später, am 20., vier Tage nach Aschermittwoch, gefährdet Frau Käßmann Menschenleben, indem sie in Hannover mit 1,54 Promille sturzbesoffen eine rote Ampel überfährt. Wenn die Darstellung der „Bild“-Zeitung stimmt, hat sie die Polizisten angelogen, sie habe „nur ein Glas“ getrunken.

Wer aus der EKD legt Frau Käßmann, der ein Strafverfahren droht, liebevoll, aber offen und eindringlich nahe, dass sie sich nun rasch von ihrem hohen Amt zurückziehen muss?



Foto: ddp

Millionen Deutschen ist Bischöfin Margot Käßmann als charmante Talkshow-Besucherin in Erinnerung, die über ihre Ehescheidung als eine Art spirituelle Selbsterfahrung spricht. Vor einem Jahr bekannte sie freimütig, dass ihr der Verzicht auf Alkohol in der Fastenzeit schwerfalle („Ich merke auf einmal, wie sehr ein Glas Wein am Abend zur Gewohnheit werden kann.“) Nun wurde Käßmann nach einem solchen Gläschen mit 1,54 Promille am Steuer von der Polizei gestellt.

Gastbeitrag

Zwischen Anpassungsdruck und Selbstpolonisierung

Von Enno Eimers

Ein Journalist in Westpolen prägte den Begriff „Selbstpolonisierung“ für die Tendenz einzelner Deutscher in Polen, auch nach dem Zurücktreten der staatlichen Unterdrückung die Pflege der eigenen Kultur in den Hintergrund treten zu lassen zugunsten einer Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft. Im Alltag stellt sich den Deutschen in Polen von Zeit zu Zeit die Frage, ob sie dem immer noch lebendigen gesellschaftlichen Druck der Mehrheit nachgeben oder ihre eigene Identität leben sollen.

Vor einiger Zeit lieferte eine Hochzeit in Oberschlesien ein typisches Beispiel für das Problem. Die Brautleute waren beide deutsche Akademiker, die Brautmutter eine bekannte deutsche Schriftstellerin aus Oberschlesien, und der die beiden trauende Priester war der für die Deutschen in Oberschlesien zuständige Pfarrer Globisch. Dennoch fiel bei der kirchlichen Trauung kein deutsches Wort, weder bei der Predigt noch beim Gesang. Der übliche Assimilationsdruck war kurz vor der Hochzeit zum Ausdruck gekommen, indem die Braut einen Anruf erhielt mit der Andeutung, dass bei einer deutschsprachigen Trauung ihre Stelle an der Universität nicht mehr gesichert sei. So verzichteten das Brautpaar, dessen beide Familien und der sonst so standhafte Globisch auf das offene Bekenntnis zu ihrer deutschen Identität.

Assimilationsdruck selbst auf eine deutsche Hochzeitsfeier

Die alteingesessene deutsche Bevölkerung in Oberschlesien durfte ihre deutsche und schlesische Sprache ab 1989 nach 44 Jahren Unterdrückung offiziell wieder verwenden. Tausende nutzen sie seitdem täglich privat und beruflich und bemühen sich um die Verbesserung ihrer Sprachkompetenz in Sprachkursen. Es gibt insbesondere im Oppelner Oberschlesien eine Vielzahl von Kindergärten, Grundschulen, Gymnasien und Lyzeen (sie entsprechen in der Bundesrepublik unseren gymnasialen Oberstufen), in denen Deutsch unterrichtet wird. Aber zugleich gibt es die gegenläufige Tendenz bei denen, die doch 1990 so froh waren, nun ihre Muttersprache nutzen zu dürfen. Nach über 40 Jahren erweist sich der aufrechte Gang schwieriger als zunächst erwartet.

Heute ist die Lage der deutschen Sprache in Oberschlesien allerdings nicht so desolat wie in Ostpreußen. Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, berichtete am 7. November 2009 vor der ostpreußischen Landesvertretung nach seinem Besuch von deutschen Vereinen in Ostpreußen, dass selbst in diesen Vereinen überwiegend Polnisch gesprochen werde und es nur in Landsberg anders sei. Es ist im Grund bequemer, der so lange mit so viel Druck eingetrichterten Weise zu reden. Bei den gemischten Ehen ist es in der Regel der deutsche Part, der sich der Sprache des Partners anpasst. Das gilt selbst für eine Reihe von Vertretern der deutschen Minderheit. Aber eine Sprache, die man nicht dauernd nutzt, verfällt.

Die kulturelle Selbstbestimmung der Deutschen durchzusetzen ist umso schwieriger, als sich auch die Polen in der Umgebung der Deutschen, die wieder den aufrechten Gang suchen, ändern müssten. In einem Feuerwehrverein beim Turawa-See in Oberschlesien ist bei den Versammlungen in der Regel nur ein Pole anwesend. Bisher verzichteten die deutschsprachigen Teilnehmer mit Rücksicht auf den einen Polen darauf, ihre Muttersprache zu verwenden.

Dass es bei den heimatverbliebenen Deutschen nicht nur darum geht, die Muttersprache zu retten, sondern insgesamt um ihre deutsche Tradition, soll ein weiteres Beispiel verdeutlichen. Kürzlich fand die erste deutsche Wallfahrt aus Oberschlesien nach Rom statt. Dazu gehörte auch ein Besuch des Klosters Monte Cassino. Dabei wünschte der polnische Reiseleiter unbedingt den Besuch des Friedhofs der etwa 1000 polnischen Gefallenen, wie das sonst bei Pilgerfahrten aus Polen üblich sei. Die Deutschen, unter ihnen jemand aus dem Vorstand im Oppelner Schlesien, bestanden darauf, dass der deutsche Soldatenfriedhof mit seinen etwa 20 000 Gefallenen besucht werde, obgleich der Bus so hielt, dass sie drei Kilometer durch die Dunkelheit stapfen mussten. Aber sie setzten durch, dass sie ihren Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niederlegen konnten. Für den Besuch des polnischen und des amerikanischen Friedhofs bestand am Abend keine Zeit mehr.

Es gibt neben der Selbstpolonisierung auch immer wieder das Bekenntnis der Deutschen zu ihrer Herkunft. Dazu dienen in Westpolen besonders die kulturellen Aktivitäten in den Deutschen Freundschaftskreisen, deren Gründung sich nun zum 20. Mal jährt. Sie bildeten in vielen Orten Chöre, die das deutsche Liedgut pflegen. Dazu gehört jetzt auch gelegentlich das Singen der dritten Strophe des Deutschlandliedes, was bei der polnischen Mehrheitsgesellschaft nicht die geringste Aufregung verursacht hat. Liegt es daran, dass sie das alte polnische Gebet kennen „Herr, lass mich nicht lauwarm sein…“? Deutsche in Polen versichern mir, dass die Polen Personen mit klarem Standpunkt mehr achten als die „Lauwarmen“ vom Schlage Krolls. Aber wie viele gibt es noch von den Standhaften? Im Augenblick zählen die Deutschen Freundschaftskreise des Oppelner Oberschlesien 45 000 zahlende Mitglieder; das heißt von den dort lebenden etwa 300 000 Deutschen unterstützt nur noch ein Bruchteil die Tätigkeit der deutschen Institutionen, auch wenn weit mehr ihre Angebote nutzen.

Ein einziger Pole und schon spricht der ganze Feuerwehrverein polnisch

An die Spitze des „Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG) sind nun mit Oberschlesiern wie Robert Gaida und Norbert Rasch Persönlichkeiten gerückt, die sich gegen die Selbstpolonisierung der Deutschen stemmen. In diesem Vorstand des VdG ist endlich Deutsch Verhandlungssprache.

Die Nagelprobe für die Deutschen in Polen wird die polnische Volkszählung 2011 sein, bei der wieder nach der nationalen Zugehörigkeit gefragt wird. Bei der letzten Volkszählung 2002 gelang es, die größte Gruppe der Deutschen, nämlich die in Schlesien, zu spalten. Eine breit angelegte Kampagne veranlasste die Deutschen, sich entweder als Deutsche oder als Schlesier zu erklären, auch wenn es keine schlesische Nation gibt. Werden es die deutschen Vertreter in Polen im nächsten Jahr durchsetzen, dass nicht wieder mit diesem Trick gearbeitet werden kann? Werden die Deutschen in den einzelnen Ortschaften Schlesiens so auf der Hut sein, dass nicht erneut die vielfachen Manipulationen vorkommen wie beim letzten Mal? Werden die in der Bundesrepublik arbeitenden Oberschlesier mit polnischem Pass ihren Landsleuten zu Hilfe kommen?

Bei der Selbstpolonisierung helfen leider auch Deutsche aus der Bundesrepublik. Zum neuesten Angriff auf das deutsche kulturelle Gedächtnis Ostmitteleuropas scheint sich das Deutsch-Polnische Schulbuch auszuwachsen, da es der obskuren Ausstellung zur deutsch-polnischen Geschichte von 2009 nahe kommt. Dass deutsche Bundesländer dieses Geschichtsbuch einführen, ist nicht so wahrscheinlich, wie dass es im Deutschunterricht in Polen und damit in Schlesien und in Masuren in die Schulen gedrückt wird. Aber beteiligt sind die Deutschen in Polen bisher nicht an der noch laufenden Arbeit. Es ist zu hoffen, dass die Deutschen in Polen gegen ein solches Danaer-Geschenk aus der Bundesrepublik entschieden Front machen und ihnen auch westlich der Oder und Neiße der Rücken gestärkt wird – trotz des Jungelefanten in unserem außenpolitischen Porzellanladen und trotz Politikern wie Wolfgang Thierse, Claudia Roth und Gesine Schwan mit ihrem von keiner Kenntnis der deutschen Kultur östlich von Oder und Neiße getrübten Sendungsbewusstsein.

Vom Schönsten das Beste

450 Jahre Dresdner Kunstsammlungen – Zum Jubiläum werden die Schätze in Sonderschauen gezeigt

Vor 450 Jahren wurden die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden begründet. Das wird in diesem Jahr mit Sammlungseröffnungen und einer großen Sonderschau gefeiert.

„Vater August“, wie ihn seine Landeskinder nannten, war ein praktisch veranlagter Mann. Der Kurfürst von Sachsen richtete sich anno 1560 im dritten Obergeschoss seines Dresdener Residenzschlosses repräsentative Studienräume mitsamt Werkstatt ein. In ihr prägte er höchstselbst Medaillen, bearbeitete Holz und Horn oder produzierte aus Elfenbein an der Drechselbank kunstvolle Objekte. In diesen als „Kunstkammer“ bezeichneten Räumlichkeiten wurden Werkzeuge, Gartengeräte und Waffen, astronomische und geometrische Instrumente, Uhren und Automaten sowie von Mensch und Natur hervorgebrachte Kostbarkeiten und Kuriositäten aufbewahrt.

Die von Kurfürst August I. (1526–1586) vor 450 Jahren eingerichtete Kunstkammer gilt als Keimzelle der heutigen Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Mit ihren elf Museen sind sie der älteste und zweitgrößte Museumsverbund Deutschlands. Verzeichnete die von Anfang an unter bestimmten Voraussetzungen für die Öffentlichkeit zugängliche Kunstkammer beispielsweise im Jahre 1642 rund 120 Besucher, ziehen die heutigen Kollektionen jährlich ein internationales Millionenpublikum an.

August der Starke legte die Basis für die Museumsstruktur

Entscheidenden Anteil an der Vielfalt der Sammlungen hat August der Starke (1670–1733) gehabt. Der Kurfürst von Sachsen und König von Polen „legte die Basis für die komplexe Museumsstruktur, die im Wesentlichen bis heute zu erkennen ist und in der Welt kaum ihresgleichen hat“, wie Jens Uwe Sommerschuh im anlässlich des Gründungsjubiläums herausgegebenen Band „Vom Schönsten das Beste« schreibt. August dem Starken verdanken wir zum Beispiel die Gründung des mit Schatzkunst reich gefüllten Grünen Gewölbes im Residenzschloss und der im Zwinger ausgestellten Porzellansammlung. August III. (1696–1763), der Sohn Augusts des Starken, hat sich besonders um die im Semperbau untergebrachte Gemäldegalerie Alte Meister verdient gemacht. Zu ihren Prachtstücken gehört auch Raffaels „Sixtinische Madonna«.

Mit der großen Schau „Zukunft seit 1560“, die am 18. April im Residenzschloss eröffnet wird (bis 7. November zu sehen), feiern die Kunstsammlungen ihr Gründungsjubiläum. Deren Reichtum werden Bilder und Skulpturen, historische Waffen und Kostüme, Porzellane, Schatzkunst, Werkzeuge, wissenschaftliche Instrumente, Bücher sowie naturhistorische und ethnografische Objekte veranschaulichen.

„Die Ausstellung deckt in fünf großen Kapiteln Phänomene auf, welche die Entwicklung und Geschikke der Dresdner Sammlungen über 450 Jahre maßgeblich bestimmt haben“, kündigt Kuratorin Karin Kolb an. In der Abteilung „Schöpfung“ geht es um die Gründung der Kunstkammer durch Kurfürst August.

Ein anderer Bereich wird dem „Verlangen“ gewidmet sein: „Zum einen ist dies das Verlangen nach Macht und Position, das sich in der höfischen Repräsentation zeigt, zum anderen die Sammelleidenschaft, das Verlangen nach den schönsten, bedeutendsten und besten Kunstwerken“, erläutert Kolb.



Schönes Dresden: Kleiner Schlosshof mit Membrandach, seit 2009 Besucherfoyer des Residenzschlosses Bild: Jörg Schöner Dresden / Peter Kulka Architektur Dresden GmbH

Am 7. März wird im Residenzschloss die „Türckische Cammer“ eröffnet. Sie enthält etwa 600 orientalische Prunkreitzeuge, Waffen, Fahnen und Gewänder sowie nach ihrem Vorbild in Europa gefertigte Stücke. Sie kamen im 16. bis 18. Jahrhundert als Staatsgeschenke, Ankäufe und Beutegut an den sächsischen Hof. Ursprünglich handelte es sich bei ihnen um eine Gebrauchssammlung. Unter August dem Starken dienten die Objekte der Repräsentation bei prachtvollen Festen. Nun aber werden sie selbst die Hauptrolle spielen:

„So wird der Wechsel von Bereichen mit funkelnden Edelsteinen und Gold in glänzendem Licht und geheimnisvoll abgedunkelten Bereichen ein spannungsvolles Bild erzeugen«, beschreibt Holger Schuckelt die von ihm konzipierte Präsentation. Hauptattraktion wird das 20 Meter lange und sechs Meter hohe osmanische Staatszelt sein, das in den vergangenen Jahren für 3,6 Millionen Euro restauriert worden ist. Für Juni schließlich ist die Wiedereröffnung des Albertinum angekündigt. Bei der Hochwasserkatastrophe im August 2002 stand das Wasser in den unterirdischen Depoträumen des im späten 19. Jahrhundert zum Museum umgerüsteten Renaissancegebäudes.

Daraufhin verkündete Martin Roth, Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden: „Bellotto kommt nicht mehr ins Aquarium. Wichtig ist, dass die Schätze unserer Depots nicht mehr unterirdisch gelagert werden.“ Dafür sorgt nun das Zentraldepot. In 17 Metern Höhe „schwebt“ die auf zwei Träger und einen Aufzugsschacht gestützte 60 Meter lange stählerne Fachwerkkonstruktion über dem Innenhof des Museums.

Schätze von Caspar David Friedrich bis Georg Baselitz

Das Albertinum selbst wird in neuer Aufstellung Gemälde und Skulpturen vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart beherbergen. Der Rundgang in der Galerie Neue Meister wird mit Caspar David Friedrichs „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ sowie weiteren Gemälden des Greifswalders und anderen Romantikern beginnen. Es folgen Werke von französischen und deutschen Impressionisten, von Ernst Ludwig Kirchner und den anderen Mitgliedern der in Dresden gegründeten expressionistischen Künstlergemeinschaft „Brücke«. Die zeitgenössischen sächsischen „Weltstars“ A. R. Penck und Georg Baselitz erhalten jeweils einen eigenen Raum, Gerhard Richter sogar zwei.

Moritz Woelck, Direktor der Skulpturensammlung, freut sich: „Bisher gab es keinen generellen Überblick über die Kunst der Moderne in einem Haus und nicht ein so großes Museum für die Skulpturen der Moderne von Rodin bis heute.“ Generaldirektor Roth ergänzt: „Die Museumsarchitektur Dresdens ist im 21. Jahrhundert angekommen und erreicht somit gewiss auch mehr Freunde des Zeitgenössischen.“

Veit-Mario Thiede

IN KÜRZE

Tag des offenen Denkmals

Wer am 12. September, dem Tag des offenen Denkmals, historische Gebäude der Öffentlichkeit präsentieren möchte, kann ab sofort seine Teilnahme daran anmelden. Das teilt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz in Bonn als bundesweite Koordinatorin mit. Der Tag des offenen Denkmals ist der deutsche Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter der Schirmherrschaft des Europarats. Mit ihm werden einmal im Jahr selten oder nie zugängliche Kulturdenkmäler einem breiten Publikum geöffnet. 2009 erlebten bundesweit rund 4,5 Millionen Besucher mehr als 7500 offene Denkmäler. Der Denkmaltag steht in diesem Jahr unter dem Motto „Kultur in Bewegung – Reisen, Handel und Verkehr“. Gezeigt werden können Bahnhöfe, Straßen, Kanäle, Kaufmannshäuser oder historische Verkehrsmittel. Auch historische Orte der Migration und kulturellen Begegnung sollen im Mittelpunkt stehen. Eine Anmeldung erfolgt unter www.tag-des-offenen-denkmals.de oder schriftlich bei der Stiftung. Anmeldeschluss ist der 31. Mai. *DSDS*

Exkursionen in den Osten

Auch in diesem Jahr bietet die Denkmal Akademie in der Deutschen Stiftung Denkmalschutz ein interessantes Angebot an beruflicher Weiterbildung für Architekten, Restauratoren und Handwerker an. Darüber hinaus veranstaltet sie wieder zahlreiche Exkursionen, Seminare und Reisen für kulturinteressierte Bürger, wie zum Beispiel Reisen in das Hirschberger Tal, in Städte und Burgen im Zipserland sowie zu den Schlössern und Burgen in West- und Ostpreußen. Nähere Informationen und das aktuelle Programm können im Veranstaltungssekretariat der Akademie angefordert werden. Denkmal Akademie, Bei der Peterskirche 5a, 02826 Görlitz, Telefon (03581) 407423, Telefax (03581) 407424, E-Mail: info@denkmalakademie.de oder im Internet unter www.denkmalakademie.de *PAZ*

Dialog der Interpreten

Historische Fotografie und Filmkunst treffen in einer Berliner Austellung auf zeitgenössische Fotoarbeiten

In einer Zeit, in der – nicht nur wirtschaftlich – die Orientierungsmaßstäbe zu einem großen Teil verlorengegangen sind, schien mir eine Rückbesinnung auf die Kraft der minimalistischen Fotografie mit ihrer Konzentration auf das Wesentliche ein mentaler Anker zu sein“ sagte Jens Ehrhardt, Vorstandsvorsitzender und Gründer der Alfred-Ehrhardt-Stiftung. Die Stiftung, die im Dezember von Köln nach Berlin gezogen ist, widmet sich der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Nachlasses von Alfred Ehrhardt (1901–1984). Der im thüringischen Triptis geborene Fotograf und Kulturfilmer gilt als einer der herausragenden Vertreter der Neuen Sachlichkeit.

Die Natur steht im Mittelpunkt

Christiane Stahl, Leiterin der Alfred-Ehrhardt-Stiftung, sieht in der Gegenüberstellung von zeitgenössischen Fotografen und Fotografinnen, die sich mit dem Begriff der „Natur“ und den „Konstruktionen des Natürlichen“ auseinandersetzen, und historischer Fotografie und Filmkunst von Alfred Ehrhardt den besonderen dialogischen Ansatz der Ausstellungstätigkeit in Berlin.

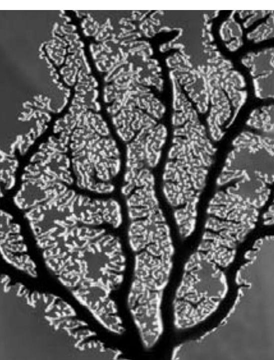
Zur Zeit sind die Serie „Paradise Now“ von Peter Bialobrzeski und Fotografien und Filme zum Themenkomplex der „Naturdinge“ von Alfred Ehrhardt zu sehen.

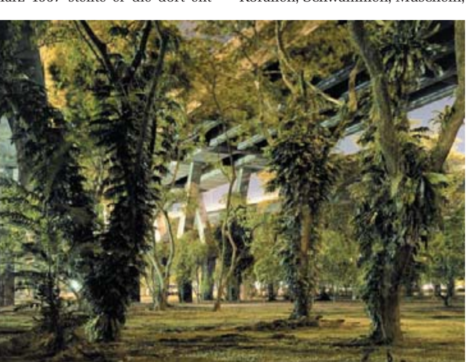
In „Paradise Now“ thematisiert der 1961 in Wolfsburg geborene Bialobrzeski die sowohl vom Menschen gepflanzte als auch vom Stadtwachstum unberührt gelassene, urwaldartige Natur in den asiatischen Metropolen Jakarta, Singapur, Bangkok und Kuala Lumpur.

Der Betrachter fühlt sich an eine ferne Zukunft erinnert, in welcher der Mensch von der Erde wieder verschwunden sein wird und sich die Natur ihren Platz zurück erobert.

Alfred Ehrhardt stellt die Natur als eine den Menschen überdauernde, überzeitliche Kraft dar. „Gewiss, die Welt ist schön“, hat er einmal gesagt, „aber sie ist noch viel, viel mehr, und auf dieses ‚Viel mehr‘ sollte es uns ankommen, nämlich auf die Erscheinung der Welt als unvergängliche Lebendigkeit …“ Der Schüler von Josef Albers, Oskar Schlemmer und Wassily Kandinsky am Dessauer Bauhaus ist auch für seine 1934 entstandenen Fotografien von der Kurischen Nehrung bekannt. Im März 1937 stellte er die dort entstandenen Fotos unter dem Titel „Wind und Sand“ im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe aus. 1938 erschien auch ein Bildband „Kurische Nehrung“.

Ehrhardts in Berlin gezeigte Studien von Naturdingen, von Korallen, Schwämmen, Muscheln, Schnecken, Seeigeln, Seesternen, Kristallen und Gesteinen, zeugen von einem großen Respekt vor den vielfältigen Formen der Natur. Der Dialog mit Peter Bialobrzeskis „Paradise Now“ verdeutlicht, dass die Natur den Kampf gegen die vom Menschen geschaffenen Welten aufzunehmen und sich zu behaupten weiß.





Gegenübergestellt: Alfred Ehrhardt (Hornkoralle / Südsee, 1940er Jahre), Peter Bialobrzeski (Paradise Now, 2005) Bild: VG-Bild-Kunst Bonn, Peter Bialobrzeski, LA Galerie Frankfurt / Robert Morat Galerie Hamburg

Respekt vor den vielfältigen Formen

Die fotografische Ausstellung wird ergänzt durch die Vorführung der drei preisgekrönten Dokumentarfilme „Spiel der Spiralen“ (1951), „Tanz der Muscheln“ (1956) und „Korallen, Skulpturen der Meere“ (1964).

Silke Osman

Die Ausstellung in der Alfred-Ehrhardt-Stiftung, Auguststraße 75, Berlin, ist bis zum 18. April dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet.

Der »Vater der Volksaktie« war ein Preuße

Hermann Lindrath kam am 29. Juni 1896 in Eisleben zur Welt, wo er das Luthergymnasium besuchte. Nach dem Abitur im Jahre 1914 nahm er ein Studium der evangelischen Theologie auf, meldete sich nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges aber gleich als Kriegsfreiwilliger. Dort erhielt er das Eiserne Kreuz beider Klassen und geriet als Unteroffizier 1916 in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst 1920 entlassen wurde.

Danach studierte er weiter, diesmal Rechts- und Staatswissenschaften in Halle. Nebenbei absolvierte er eine Bankkaufmannslehre. Nach Studium und Promotion arbeitete er bei einer Privatbank, 1926 wechselte er über Halles Stadtbank in dessen Kommunalverwaltung. Dort reorganisierte er die städtischen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe und gründete die Werke der Stadt Halle AG. In der Weltwirtschaftskrise übernahm er 1930 die städtische Steuerverwaltung. Während des Krieges wurde er Stadtkämmerer und Leiter des Treuhandamtes der Stadt. Daneben war er in Halle auch in der Lehre tätig. 1925 bis 1932 war er Dozent an der Handelsfachhochschule, ab 1929 an der Verwaltungsschule und Verwaltungsakademie und nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten auch an der Universität.

Nach dem Krieg versetzten die sowjetischen Machthaber den Verwaltungsbeamten, der von 1928 bis 1933 der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) angehört hatte und über dessen Zugehörigkeit zur NSDAP nach deren „Machtergreifung“ die Quellen auseinander gehen, in den Ruhestand und entzogen ihm seinen Lehrauftrag an der Uni. Fortan arbeitete Lindrath freiberuflich als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Er wurde CDU-Mitglied, und bevor nach drei vorausgegangenen Verhaftungen eine vierte folgte, floh er 1951 in die Bundesrepublik.



Hermann Lindrath Bild: Internet

Lindrath ging als Prokurist der Portland-Zementwerke Heidelberg AG in die Großindustrie und wurde 1953 in den zweiten Bundestag gewählt. Als bei der Regierungsbildung 1957 ein Bundesschatzministerium gebildet wurde, wurde der ausgewiesene Finanz- und Wirtschaftsfachmann als Kompromisskandidat zu dessen Chef. In dieser Funktion widmete er sich vor allem der Privatisierung von Staatsbetrieben. Dabei lag ihm eine breite Streuung des Aktienbesitzes am Herzen, was ihm den Titel „Vater der Volksaktie“ einbrachte. An der Privatisierung des Volkswagenwerkes war er ebenso beteiligt wie an jener der Preussag. Eine vergleichbar breite Streuung von Aktien der Howaldtswerke lehnte er ab, da ihm diese zu spekulativ erschienen.

Lindrath gehört zu den wenigen Mitgliedern der Bundesregierung, die im Amt verstarben. Nach einer Nierenoperation erlag er vor 50 Jahren, am 27. Februar 1960, einer Lungenembolie. *Manuel Ruoff*

»Ein später Rückkehrer«

Polnische Ausstellung über einen Deutschen in Polen wird in Deutschland gezeigt

Die derzeit im Oberschlesischen Landesmuseum gezeigte Ausstellung des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz „Eduard Pant – ein später Rückkehrer“ stellt den „Politiker und Menschen einer deutsch-polnischen Grenzregion“, so der Untertitel, als einen Visionär und Verfechter der deutsch-polnischen Verständigung in den Mittelpunkt.

Pant gehörte zu den wenigen führenden Minderheitendeutschen in Polen und Ostmitteleuropa, die zu Beginn der 1930er Jahre öffentlich vor den Gefahren des Nationalsozialismus warnten und sich der (Selbst-)Gleichschaltung nach der „Machtergreifung“ und dem Ermächtigungsgesetz von 1933 widersetzten. 1887 in Witkowitz bei Mährisch-Ostrau geboren, wuchs Pant in einer katholischen Arbeiterfamilie auf. Dies wirkte sich prägend auf sein weiteres Leben und politisches Wirken aus.

Pant war promovierter Gymnasiallehrer und leidenschaftlicher gesellschaftlicher und politischer Aktivist. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Pant zur österreichisch-ungarischen Armee einberufen und erlebte an der italienischen und der russischen Front den grausamen Kriegsalltag. Nach Kriegsende arbeitete er wieder als Lehrer in Bielitz. Gleichzeitig nahm er seine christdemokratischen politischen Aktivitäten auf: Zuerst engagierte er sich im Christlich-Sozialen politischen Verein, dessen Vorsitzender er von 1924 bis 1926 war, und dann in der Deutschen Katholischen Volkspartei (DKV).

Im Jahr 1926 verlegte er seinen Wohnsitz nach Kattowitz, wo er ein Jahr später zugleich DKV-Vorsitzender und Vertrauensperson aller Deutschen in Schlesien wurde. In den Jahren von 1928 bis 1935 war er Senator der Republik Polen und von 1922 bis 1935 Abgeordneter im Schlesischen Sejm.

Von Deutschen wie Polen angefeindet

Die Tafelausstellung widmet sich den verschiedenen Lebensabschnitten Pants, der von polnisch-nationalen Gruppen verfolgt und von deutschen Nationalsozialisten als Verräter angesehen wurde. Ein Schwerpunkt liegt auf dem politischen Engagement des oberschlesischen Politikers in den 1920er und 1930er Jahren.

Die deutschen Katholiken Polens gerieten nach der „Machtergreifung“ durch Adolf Hitler in eine heftige Auseinandersetzung über den Kurs gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschen Reich. Im Mittelpunkt des Konflikts stand die Frage, ob die deutsche Minderheit in Polen im Allgemeinen und deren katholischer Teil im Besonderen die verdeckte finanzielle Förderung durch das Reich verlieren würden, wenn sie sich vom Nationalsozialismus offen distanzierten. Die deutschen Katholiken Polens spalteten sich über diese Frage – die weit überwiegende Mehrheit kooperierte mit NS-nahen Institutionen und beugte sich dem Druck aus dem Reich. Sie hofften, mit einem solchen Verhalten auch die nationalsozialistische Führung als Fürsprecherin für die Interessen der deutschen Minderheit in Polen erhalten zu können.

Eduard Pant wehrte sich gegen die Entmachtung und Entrechtung der deutschen Katholiken wie auch der deutschen Minderheit in Polen. Er setzte sich für eine engere Zusammenarbeit mit Polen ein. Dazu gründete er auch die katholisch-konservative Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ (1934–1939). Sie wurde weit über Polens Grenzen hinaus zu einem wichtigen Sprachrohr der christlichen Emigranten, der Opposition gegen den Nationalsozialismus und der nicht gleichgeschalteten Minderheiten in Ostmitteleuropa.

Den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und den Einmarsch der Deutschen in Polen hat Eduard Pant nicht mehr erlebt. Er starb 1937 in Kattowitz. *PAZ*

Die Ausstellung ist vom 14. März bis 25. April 2010 im Oberschlesischen Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Hösel), Telefon (02102) 9650, Fax (02102) 965400, E-Mail: info@oslm.de, Internet: www.oslm.de, zu sehen. Das Museum ist mit Ausnahme des 2. und 3. April dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr geöffnet.



Bild: Schmeja

Bild: Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz

Erfreut sich großen Interesses: Tafelausstellung über Eduard Pant (links oben)

»Es gibt Wichtigeres als den Frieden«

Nach der Schulausbildung absolvierte der am 2. Dezember 1924 als Sohn eines Juristen in Philadelphia zur Welt gekommene Alexander M. Haig junior eine militärische Ausbildung in West Point und eine zivile, akademische an der Georgetown University in Washington. Nach Auslandseinsätzen in Japan, Korea und Vietnam kehrte der Soldat 1969 in die USA zurück, um erst als militärischer Assistent und ab 1970 als Stellvertreter im Team von US-Sicherheitsberater Henry Kissinger mitzuarbeiten.

Nachdem US-Präsident Richard Nixon Bob Halderman wegen dessen Verwicklung in die Watergate-Affäre entlassen hatte, wurde Haig 1973 dessen Nachfolger als Stabschef des Weißen Hauses. Dort versuchte er sich im Krisenmanagement und übernahm in den letzten Amtsmonaten Nixons die Rolle einer „grauen Eminenz“.

Nach Nixons Rücktritt wurde Haig von dessen Nachfolger Gerald Ford 1974 als Nato-Oberbefehlshaber nach Europa geschickt. Aus Unzufriedenheit mit der Politik des demokratischen US-Präsidenten Jimmy Carter nahm er 1979 seinen Abschied und wechselte in den Vorstand eines Rüstungskonzerns. Zum Ende seiner Amtszeit war er durch ein auf ihn verübtes erfolgloses Attentat auch der militärisch nicht interessierten Öffentlichkeit in Europa bekannt geworden.

Als Carter 1981 vom Republikaner Ronald Reagan abgelöst wurde, machte dieser ihn zu seinem Außenminister. Neben dem Präsidenten selber wurde Haig zu einem der bekanntesten „Falken“ der Reagan-Ära. Empörung löste Haig in einer friedensbewegten mitteleuropäischen Öffentlichkeit mit der Behauptung aus, es gäbe Wichtigeres als den Frieden. In einer Gesellschaft, in der „Nie wieder Krieg!“ ebenso zum Grundkonsens gehörte wie die Überzeugung, dass ein Krieg der Systeme angesichts der Fähigkeit zum nuklearen Overkill das Ende der Menschheit bedeute, wurden solche Worte unabhängig von allen theoretischen philosophischen Erörterungen als Zündeln empfunden. Hier fand das hässliche Bild einer chauvinistischen Nation von Kriegsgewinnlern und Kriegsexporteuren, die gar nicht mehr weiß, was Krieg auf eigenem Boden bedeutet und zwei Weltkriegen ihren Supermachtstatus verdankt, neue Nahrung.



Alexander Haig Bild: pa

Im eigenen Land zog Haig die Kritik auf sich, als er sich 1981 nach dem Attentat auf Reagan den Medien als neuer starker Mann präsentierte. Im darauffolgenden Jahr trennten sich die Wege der beiden Politiker. 1982 wechselte Haig aus dem Außenministerium in die Wirtschaft und Wissenschaft. Seine Hoffnung, als Präsidentenkandidat der Republikaner auf die politische Bühne zurückkehren zu können, erfüllte sich nicht. Letzten Sonnabend, am 20. Februar, verstarb Alexander Haig an den Folgen einer Infektion. *M.R.*

Zu einem Drittel ausgelöscht

23./24. Februar 1945: Die Brandnacht von Pforzheim – Mörderischer Feuersturm

Die badische Stadt Pforzheim – ein Zentrum der Uhren- und Schmuckindustrie – wurde in der Nacht vom 23. zum 24. Februar 1945 Ziel eines Großangriffs der britischen Bomberflotte. Das Ergebnis waren die völlige Zerstörung dieser mittelgroßen Stadt und mehr als 20000 zu Tode gekommene Zivilpersonen. Ein Drittel der Einwohner Pforzheims – Säuglinge, Kinder, Jugendliche, Frauen, Mütter, Greise – verloren in dieser Nacht ihr Leben.

Der Angriff auf Pforzheim war ein Kriegsverbrechen. Er wurde zur Katastrophe für die Menschen in der Stadt, da während und nach der Bombardierung der gefürchtete Feuersturm aufkam. Pforzheim brannte flächendeckend auf einem Gebiet von 4,5 Quadratkilometern. Auch in Hamburg, Kassel, Dresden und einem knappen Dutzend weiterer Städte entstand der gefürchtete Feuersturm nach der Bombardierung.

Dieser Feuersturm konnte zwar planerisch durch den Abwurf großer Mengen Brandbomben angestoßen werden. Die tatsächliche Ausbreitung eines Höllenfeuers am Boden hing jedoch von vielen örtlichen Zufällen ab. Jörg Friedrich schreibt: „Beim Feuersturm paart sich menschliche Vernichtungswut mit dem Vulkanismus der Natur“ („Der Brand“, 2004, Seite 109).

In England waren während des Krieges Dutzende Wissenschaftler damit beschäftigt, die theoretischen Grundlagen für die gezielte Produktion eines Feuersturmes zu ermitteln. Den Briten war der Feuersturm eine willkommene Zugabe zum Zerstörungswerk der Bomben. Der Feuersturm entwickelt sich, wenn viele kleine Brandherde der bombardierten Stadt sich zu einem Großfeuer vereinen. „Die erhitzte Atmosphäre schießt wie ein Riesenkamin nach oben. Die längs dem Erdboden nachströmende Luft erzeugt den Feuersturm, der wiederum die kleinen Brände zur vollen Entfaltung bringt“ („Der Brand“, 2004, Seite 109).

Ein Bombardement von 22 Minuten tötete 20000 Zivilisten

Der Feuersturm entfacht Temperaturen von über 1000 Grad Celsius und er gilt ausschließlich der Vernichtung des menschlichen Lebens. Er ist das Fegefeuer der Moderne. Ein entstandener Feuersturm lässt die Opferzahlen in den fünfstelligen Bereich hochschnellen, in Dresden war sie aufgrund der dortigen Menschenkonzentration sechsstellig.

Ein einmal in Gang gekommener Feuersturm vernichtet gewissermaßen dreidimensional menschliches Leben. Durch die Erhitzung der Atmosphäre auf 1000 Grad Celsius ist kein Überleben möglich. Die Windgeschwindigkeit im Brandgebiet beträgt 15 Meter pro Sekunde. Damit einher geht ein Luftzug, der die Menschen buchstäblich in die Feuerbrunst hineinzieht. Der Luftstrom erlaubt kein Gehen oder Stehen, gleich einem Transportgebläse werden die Menschen in den Brandherd befördert. Darüber hinaus fehlt der stark erhitzten Luft der für das menschliche Leben notwendige Sauerstoff.

In Pforzheim wurde jeder dritte Einwohner in dieser Schreckensnacht Opfer des britischen Bombenterrors. Die militärische Niederlage des Deutschen Reiches war bereits besiegelt. Das Verbrechen von Pforzheim hat den Zweiten Weltkrieg nicht einen einzigen Tag eher zum Ende gebracht. Der britische Luftwaffenoffizier Swales, in jener Nacht Führungsnavigator des britischen Bomberverbandes, erfüllte seine Aufgabe exzellent. Dies war eine von mehreren Voraussetzungen für die Entstehung des Feuersturmes. Beim Rückflug wurde er durch einen deutschen Nachtjäger abgeschossen. Er erhielt posthum das Viktoriakreuz.

Wilhelm v. Gottberg



Ort des Grauens: Das Zentrum von Pforzheim nach dem Angriff Bild: pa

Es gab auch ein rotes Ostpreußen

Entgegen allen Klischees gab es in der Provinz eine bunte Parteienlandschaft mit einer lebendigen Arbeiterbewegung

In den Köpfen vieler Leute gilt das alte Ostpreußen als eine von reaktionären Gutsbesitzern regierte Provinz des einstigen Deutschen Reiches. Doch die Parteienlandschaft im historischen Ostdeutschland war weitaus bunter als vielfach angenommen.

„Wer in der SPD weiß heute schon, dass einige der profiliertesten Köpfe der Sozialdemokratischen Partei in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus Ostpreußen, insbesondere Königsberg kommen?“ Die Zeilen waren im November 2009 dem „Vorwärts“, der Parteizeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu entnehmen. Männer wie Otto Braun, Arthur Crispien, Hugo Haase, Gerhard Brandes und Alfred Gottschalk setzten sich weit über die ostpreußischen Grenzen hinaus für ihre sozialdemokratischen Ziele ein.

Der 1872 in Königsberg geborene Otto Braun war gar durchgehend von 1920 bis 1932 preußischer Ministerpräsident. Doch der als „roter Zar von Preußen“ Bekannte war keineswegs der einzige prominente ostpreußische Sozialdemokrat. Mehr als nur Parteigeschichte schrieb auch Hugo Haase, der von 1912 bis 1917 zeitweise neben Friedrich Ebert SPD-Vorsitzender war und zum tragischen Helden wurde, als er zu Beginn des Ersten Weltkrieges gegen seine Überzeugung im Reichstag das Ja seiner Partei zu den Kriegskrediten verkünden musste.

Als der gebürtige Allensteiner diese Politik 1917 nicht mehr mittragen wollte, gründete er mit Gleichgesinnten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) als Abspaltung der SPD.

Doch die Geschichte der Sozialdemokraten in Ostpreußen beginnt viel früher. Die Wurzeln der Arbeiterbewegung und somit auch der Sozialdemokratie reichen hier bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurück, wie der 1903 in Königsberg geborene Wilhelm Matull 1970 in seinem Buch „Ostpreußens Arbeiterbewegung“ belegt. Schon in der auf mehr politische Mitbestimmung drängenden Versammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848 saßen mit dem späteren sozialdemokratischen Arzt Johann Jacoby sowie dem nationalliberalen Juristen Eduard von Simson auch Söhne der Pregelmetropole.

Königsberg war das wirtschaftliche Zentrum des östlichen Preußens und zur Zeit der Reichsgründung 1871 eine der größten Städte Deutschlands. Und auch wenn die Industrie hinter dem Handel in der Hafenstadt stets eine weniger bedeutende Rolle spielte, so lebte in der Stadt doch eine wachsende Arbeiterschicht. Ob beim Schiffsbau, in der Holzverarbeitung oder beim Landmaschinenbau: Mit der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs auch in Ostpreußen die Zahl der Arbeiter, von denen immer mehr die ihnen zugemuteten Arbeitsbedingungen nicht mehr einfach hinnehmen wollten und sich organisierten.

Konspirative Arbeit in der »Skatrunde« während der NS-Zeit

Wie der Journalist Matull in seinen Ausführungen aufzeigt, waren einige Blätter der Stadt den Interessen der Arbeiter durchaus gewogen und berichteten dementsprechend. Auch gründeten die Sympathisanten immer wieder eigene Zeitungen. Allerdings mussten auch sie wie die Arbeiterbewegung als Ganze immer wieder Rückschläge wie Versammlungs- und Organisationsverbot oder sogar Verfolgung in Kauf nehmen. Und dies keineswegs nur während der zwölfjährigen Verbotszeit unter Bismarck.

„Viele Königsberger Arbeiter enthielten sich aus Furcht vor Entlassung der Beteiligung“, ist Matulls Dokumentation zu entnehmen. Dies verdeutlicht den Druck, den das Engagement der Arbeiter zu allererst von nicht-politischer Seite erhielt. Allerdings ist es auch falsch, von „der“ Arbeiterbewegung zu sprechen. Es gab zahlreiche Bewegungen, die von Vereinen, die Suppenküchen betrieben, über sozialdemokratische Gruppierungen bis hin zu radikal-sozialistischen Zirkeln reichten und teilweise auch untereinander verfeindet waren.

Verhängnisvoll wurde die antidemokratische Haltung der Kommunisten in den frühen 30er Jahren: „Der ‚revolutionäre Elan‘ der Königsberger kommunistischen Bezirksleitung scheint sich darin zu erschöpfen, den demagogischen Einheitsfrontrummel durch Störung sozialdemokratischer Versammlungen unter Beweis zu stellen, dagegen nichts zu tun, um praktisch die Einheitsfront der Arbeitenden zu schaffen, und vor allen Dingen darin, sich zu hüten, dem faschistischen Gegner der gesamten Arbeiterschaft ernsthaft die Stirn zu bieten. Denn bisher haben sich die Kommunisten gehütet, faschistische Versammlungen zu stören.“ Diese Zeilen stammen aus den „Königsberger Neuigkeiten“, der Beilage der 1893 von Otto Braun und Hugo Haase als sozialdemokratische Zeitung für Ostpreußen gegründeten „Königsberger Volkszeitung“ vom 18. Februar 1933.

Nur wenige Tage später, nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933, ließ Adolf Hitler mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ auch die „Königsberger Volkszeitung“, bei der auch Matull arbeitete, verbieten. Stück für Stück wurden die Freiheiten der Sozialdemokraten und der Arbeiterbewegung eingeschränkt. Es erfolgten Verhaftungen, am 1. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser gestürmt und deren Finanzen der am 10. Mai gegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF), die 1934 der NSDAP angeschlossen wurde, übertragen. Politisch Missliebige und jüdische Mitarbeiter nicht nur der Gewerkschaften sondern auch der öffentlichen Einrichtungen wurden entlassen. Einige Zeit lang konnte die SPD über das unter Völkerbundmandat stehende Danzig den Kontakt mit ihrem dort angesiedelten Exilvorstand und ihren Widerstand aufrecht erhalten, doch mit dem Anschluss Danzigs 1939 war auch diese Möglichkeit genommen.

Aber Sozialdemokraten wie Gerhard Brandes und Alfred Metz gaben nicht auf. Bei als „Skatrunde“ getarnten Treffen versuchten sie so gut wie möglich, ihre Arbeit – Unterstützung der Familien Verhafteter und Kontakte mit den Genossen – aufrecht zu erhalten. Doch immer wieder drangen Nachrichten über Verhaftungen in die Runde, die einmal um ein Haar enttarnt worden wäre.

Einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sowie Flucht und Vertreibung aus der ostpreußischen Heimat trafen sich viele Teilnehmer der geheimen Skatrunde in Hamburg wieder. Brandes, der 1965 Finanzsenator in der Hansestadt wurde, aber auch andere, engagierten sich bis zu ihrem Tode für die SPD.

Rebecca Bellano

Wer sich auf unterhaltsame Weise mit der Geschichte der Königsberger Arbeiterschaft beschäftigen möchte, dem ist das Buch „Königsberger Kreuzwege – Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten (1923-1945)“ von Helga Kutz-Bauer zu empfehlen. Hier wird auch die „Königsberger Skatrunde“ immer wieder erwähnt.

Der wohl bekannteste ostpreußische Sozialdemokrat war Preußens Ministerpräsident Otto Braun: Hier bei seiner Rede auf dem SPD-Parteitag in Magdeburg Ende Mai 1929 im Ehrenhof der Stadthalle Bild: Ullstein

Der Vater von »Persil«, »Ata«, und »IMI«

Das Streben nach Fertigungstiefe zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben des Unternehmensgründers Friedrich Karl Henkel

Der spätere preußische Kommerzienrat und Ehrenbürger der preußischen Stadt Düsseldorf Friedrich Karl Henkel ist ein sogenannter Beutepreuße. Erst nach dem Deutschen Krieg von 1866 wurde seine hessische Geburtsstadt Vöhl preußisch. Da war Henkel jedoch schon 18 Jahre alt. Am 20. März 1848 kam er als fünftes Kind des aus Wallau an der Lahn stammenden Lehrers Johann Jost und dessen Ehefrau Johanette geborene Jüngst zur Welt. Schon „als Knabe“ verspürte Henkel nach eigenem Bekunden einen Hang zur Chemie. Nach dem Schulbesuch machte er ab 1865 bei einer Farben- und Lackfabrik eine kaufmännische Ausbildung und brachte es dort bis zum Prokuristen.

1874 machte er sich als Kaufmann selbständig. Er wurde Teilhaber einer Großhandlung für Chemikalien und Farbwaren. Dort übernahm er den Alleinverkauf der Produktion der Rheinischen Wasserglasfabrik in Herzogenrath. Als Wasserglas werden aus einer Schmelze erstarrte, glasartige, also amorphe, wasserlösliche Natrium- und Kaliumsilicate oder ihre wässrigen Lösungen bezeichnet. Das abgekühlte Glas wird zu einem Pulver gemahlen. Daraus wird durch Lösen in Wasser bei hohen Temperaturen flüssiges Wasserglas (Flüssigglas) als klare, kolloide alkalische Lösung oder auch als alkalisches Gel gewonnen. Wasserglas findet in sämtlichen Bereichen der Chemieindustrie Anwendung, beispielsweise als Wasserschutz, Klebstoff oder Bleichmittel.

Mit den Besitzern dieser Fabrik gründete er 1876 das Wasserglas weiter verarbeitende Waschmittelunternehmen Henkel & Cie. Das erste Produkt „Universal-Waschmittel“ wurde zwei Jahre später durch „Henkel's Bleich-Soda“ abgelöst. Dieses Produkt verkaufte sich ungleich besser als sein Vorgänger und noch im selben Jahr wurde die Fabrik wegen besserer Verkehrs- und Absatzsituation von Aachen nach Düsseldorf verlegt.

Das Streben nach Fertigungstiefe führte zu Diversifikation

Schon frühzeitig bemühte sich Henkel um einen Ausbau der Fertigungstiefe, der wie ein roter Faden durch seine Geschichte und die seines Unternehmens läuft. Mit der Begründung, dass er seiner „Kundschaft gegenüber eine größere Bürgschaft für die Güte und Gleichmäßigkeit des Fabrikates geben könne, wenn“ er „das Wasserglas herstellte“, kaufte er 1884 die Rheinische Wasserglasfabrik in Herzogenrath und verlegte deren Produktion nach Düsseldorf. Da er für seine Waschmittelproduktion nicht den gesamten Wasserglasausstoß benötigte, verkaufte Henkel außer Waschmitteln nun auch Wasserglas. Wegen Platzmangels und um eines Eisenbahnanschlusses willen wechselte das Unternehmen 1899 in den Düsseldorfer Vorort Holthausen, wo es heute noch seinen Sitz hat. Dort konnte die Fertigungstiefe durch eine 1900 fertiggestellte Bleichsodafabrik vergrößert werden, entsprechend dem Grundsatz, dass sämtliche Grundstoffe aus eigenen Produktionsanlagen kommen und man mit den Grundstoffen, die man nicht selber verbraucht, die Angebotspalette erweitern und diversifizieren kann.



Friedrich Karl Henkel Bild: Henkel

Henkels wohl bekanntestes Produkt ist „Persil“, dessen Name sich aus den wichtigsten Bestandteilen Perborat und Silikat zusammensetzt. 1907 kam das weltweit erste „selbsttätige Waschmittel“ auf den Markt. Musste früher die Wäsche durch Einseifen, zweimaliges Kochen sowie durch Reiben mit Waschbrett und Bürste umständlich und mit körperlicher Anstrengung behandelt und dazu noch zur Rasenbleiche ausgelegt werden, genügte es nun, nach dem Einweichen die Wäsche einmalig mit „Persil“ zu kochen. Dieser Vorteil überzeugte die Kundschaft und mit „Persil“ gelang Henkel der Durchbruch.

Auch bei diesem Produkt bemühte sich Henkel wieder um größtmögliche Fertigungstiefe. 1908 errichtete das Unternehmen eine eigene Seifenproduktion und 1911 eine Ölextraktionsanlage, die durch Spaltung Öle in Fettsäuren und Rohglycerin zerlegte. Während die Ölrückstände zu Futter- und Düngemitteln verarbeitet wurden, dienten die Fettsäuren zur Seifenherstellung. Das Rohglycerin wurde dann in einer eigenen Glycerinfabrik weiterverarbeitet. So wurde der Waschmittelproduzent quasi nebenbei auch noch zum größten Glycerinhersteller Europas.

1917 gelang es Henkel dann auch noch, durch den Kauf seines wichtigsten Soda-Lieferanten Matthes & Weber auch hier die Fertigungstiefe zu erweitern. Trotz dieses Erfolges war der Erste Weltkrieg für Henkel eher mit Rückschlägen verbunden. Neben dem Verlust qualifizierter Arbeitskräfte durch Einberufungen und Hungersnot schadete ihm vor allem die britische Fernblockade zur See, die das Unternehmen vom Weltmarkt abschnitt. Denn trotz der großen Fertigungstiefe blieb Henkel von Rohstoffimporten abhängig. So musste 1918 schließlich die Produktion des Flaggschiffes „Persil“ eingestellt werden. Nach Kriegsende brachten dann die Rheinland- und die Ruhrbesetzung neue Schwierigkeiten, so dass die „Persil“-Produktion erst 1920 wieder begann.

Durch die Behinderung des Handels durch die Besatzer wurde Henkel in seinem Streben nach Fertigungstiefe und damit Unabhängigkeit noch bestärkt. Um für die Verpackung seiner Produkte unabhängiger zu werden, erwarb er nicht nur Papier- und Pappenfabriken sowie Holzwerke, sondern nahm auch 1922 die Produktion von Klebstoffen auf, wobei auch in diesem Falle über den Eigenbedarf hinaus gleichfalls für den Markt produziert wurde.

1930 wurde für ihn zum schwarzen Jahr

Neben Klebstoffen wie beispielsweise „Henkel-Kleister“ kamen auch bei den Waschmitteln neue Produkte hinzu. Nachdem bereits 1918 „Sil“ als überarbeitetes Kriegsprodukt zum Bleichen und Nachspülen der Wäsche herausgebracht worden war, wurde 1920 das Scheuerpulver „Ata“ auf den Markt gebracht. Mit „P3“, dessen Name von der chemischen Verbindung Trinatriumphosphat abgeleitet wurde, bot Henkel ab 1929 auch einen Industriereiniger an. Noch im selben Jahr kam mit „IMI“, dessen Name angeblich die Abkürzung von „In meinem Interesse“ ist, eine Allzweckreiniger-Variante von „P3“ auf den Markt.

1930 war dann für Henkel ein schwarzes Jahr. Die Weltwirtschaftskrise belastete sein Unternehmen und es verlor in kürzester Zeit sowohl seinen Junior- als auch seinen Seniorchef. Nachdem Fritz Henkel 1879 bereits den Tod seines erstgeborenen Sohnes August hatte miterleben müssen, verstarb unerwartet im Januar 1930 auch sein Zweitgeborener Fritz an einem Herzleiden. Wenige Wochen später, am 1. März 1930 verschied auch Friedrich Karl Henkel. Der in Rengsdorf im Westerwald Verstorbene wurde auf dem Nordfriedhof in Düsseldorf beigesetzt.

Manuel Ruoff

Die Griechen verlangen den Schlendrian

Zu: „Hat das Faß einen Boden?" (Nr. 6)

Die Griechen sind nette Menschen, aber sie mögen ihre Regierung nicht. Verständlich. Immer wenn der griechische Staat mit unbequemen Maßnahmen versucht, einen Missstand zu korrigieren, gibt es landesweite Streiks. Das wurde oft und erfolgreich praktiziert; Ruhe kehrte erst dann ein, wenn der alte Schlendrian weiterging. Auch jetzt, wo die Existenz auf dem Spiel steht, scheint dasselbe Prozedere abzulaufen. Solange das griechische Volk nicht begreift, dass es den anderen Europäern nicht ewig auf der Tasche liegen kann, wird jeder Besserungsansatz im Keim erstikken.

Dauerhaft leiden wird unsere Euro-Währung, wenn Politik und Währungshüter beim Schmusekurs bleiben, anstatt endlich laut und krass die Lügen und den Betrug herauszustellen, mit denen Griechenland von Anfang an die EU über den Tisch gezogen hat. Helfen wird nur ein knallharter Schnitt, nämlich keine EU-Milliarden, keine Garantien und raus aus der Währungsunion.

Übrigens: Ein auf Basis von Lügen und Betrug erschlichener Vertrag ist ungültig, nichtig. Griechenland war nie rechtswirksam ein Mitglied der Währungsunion und ist es auch heute nicht; das kann ein Gerichtsverfahren problemlos feststellen. Alle nur erdenklichen Konsequenzen lassen sich daraus zum Wohl des übrigen Europa und letztlich auch zum Wohl Griechenlands ableiten.

Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg

Wo bleibt der Protest der Biologen und Co.?

Zu: „Rätsel Klima" (Nr. 2)

Wohl selten stürzte ein politisches Lügengebäude so schnell zusammen wie die sogenannte Erderwärmung: Eine Woche nur nach der aufwendigen Klimakonferenz von Kopenhagen schlug der Winter auf der gesamten Nordhalbkugel eisig zu. Der Schneewinter 2009/2010 begann schon Mitte Oktober, aber man wollte nichts daraus lernen. Vielmehr wollte man das unschuldige CO_2 als „Giftgas" teuer einfangen und vernichten – ein Schildbürgerstreich!

CO_2 ist zu nur 0,04 Prozent in der Luft, also fast nichts. Dieses Wenige aber reicht gerade aus, um die Pflanzenwelt dieser Erde zu ernähren. Die Pflanzen atmen dafür Sauerstoff aus, den Tier und Mensch zum Atmen brauchen.

Ohne Kohlenstoffdioxyd also wäre unsere Erde eine öde Mondlandschaft ohne organisches Leben. Und im Erdzeitalter Karbon sorgte die zehnfache CO_2-Konzentration für Riesenwachstum, dem wir unsere heutigen Kohlelager verdanken.

Wo bleibt eigentlich der Protest der Fachwissenschaften von Biologie, Physik und Meteorologie gegen den politisch gesteuerten Unsinn „Klimakatastrophe"? Klimaschutz durch den Menschen ist Unsinn. Die Wahrheit lautet ganz anders: Wegen der launischen Sonnenaktivität stehen wir derzeit im Beginn einer vermutlich längeren Kaltzeit, auch mit kühlen Sommern und dichten Wolkendecken, die eine schwächere Sonne kaum vertreiben kann. Die Welt wäre dann lebensfeindlicher.

Karl-H. Dittmar, Bad Arolsen

Andere Migranten

Zu: „Der Heimatbezug ist wichtig" (Nr. 5)

Zum Interview mit Herrn Ippen müssen einige korrigierende Anmerkungen erfolgen. Es bürgert sich eine falsche Parallelsetzung ein zwischen der „Migration" der durch den Krieg aus ihrer Heimat vertriebenen deutschen, deutschsprachigen und christlichen Mitbürger des Deutschen Reiches und der freiwilligen Einwanderung von fremdsprachigen, ethnisch und kulturell ganz anders geprägten Einwanderer, die weitgehend das soziale Netz Deutschlands suchen.

Auch die meist wegen religiöser Verfolgung nach Preußen Eingewanderten können in keiner Weise mit heutigen Migranten verglichen werden. Erstere waren arbeitsam und qualifiziert und bemühten sich so rasch wie möglich um eine Integration. Und sie beachteten die herrschenden Landesgesetze.

Friedrich des Großen Toleranz hätte nie einem Großteil der heute nach Deutschland strömenden Migranten gegolten. Im Übrigen hat er keine Moscheen erbauen lassen.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main





Damals und heute: Das historische Abstimmungsdenkmal in Allenstein wurde ersetzt. Bild: privat

Wie steht Warschau zum Denkmal?

Zu: „Schatten über der Selbstbestimmung" (Nr. 6)

Das Denkmal, das an die Abstimmung über den Verbleib der Stadt Allenstein in Ostpreußen am 11. Juli 1920 erinnerte, stand bis 1945 am Georg-Zülch-Platz im Stadtpark Jakobsberg. Das zerstörte Denkmal wurde im Jahr 1972 durch ein sozialistisches ersetzt. Es trägt die polnische Inschrift „Der heldenhaften Befreiung von Ermland und Masuren" (siehe Foto).

Für Ostpreußen war und ist die „Befreiung" nicht nur mit erlebtem Leid durch Flucht und Vertreibung, sondern auch mit andauerndem Verlust der Heimat verbunden – denn „Befreiung" scheint hier nicht nur im politischen Sinne gemeint zu sein, sondern im ethnischen – und daher steht das neue Denkmal nicht von ungefähr am Platz des alten.

Wenn die Geschichte der unter internationaler Aufsicht erfolgten Abstimmung von 1920 einschließlich der des Abstimmungsdenkmals nicht geleugnet oder verdrängt werden soll, sollte die politische Führung Polens ihr Verhältnis zum neuen Denkmal klären, wenn denn auf der Basis der Wahrheit Dialog und Verständigung zwischen Deutschen und Polen überhaupt Zukunft haben sollen.

Hartmut Klingbeutel, Hamburg

Die Wahrheit stirbt mit uns

Zu: „Ein seltenes Bilddokument" (Nr. 6)

Zu dem „seltenen Bilddokument aus dem Jahre 1945" schreiben Sie: „Bis heute weiß die politische Klasse der Bunderepublik Deutschland nicht recht, wie sie mit solchen Verbrechen an Deutschen angemessen und würdig umgehen soll." Haben Sie vielen Dank für diese Aussage. Man könnte sie noch ergänzen durch das Wort „ehrlich".

Was wird dem Volk noch alles erzählt werden, wenn demnächst diejenigen ausgestorben sind, die auch in Ihrem Leserforum ihre Erlebnisse und ihre klare Meinung zu Papier bringen?

Otto Kremer, Limburg

Vertriebene taten so viel für die Versöhnung

Zu: „Das ‚Zentrum' wird größer" (Nr. 7)

Etwa 15 Millionen Deutsche, überwiegend Frauen, Kinder und Alte, wurden bei und nach Kriegsende unter furchtbaren Umständen (Raub, Misshandlung, Folter, Vergewaltigung, Mord) aus ihrer Heimat vertrieben. Weit mehr als zwei Millionen kamen ums Leben. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden mehr als eine Million Deutsche von Polen und Tschechen aus ihrer Heimat verdrängt. Viele von ihnen verloren 1945 zum zweiten Mal ihr Eigentum. Ich habe einige gekannt; sie waren ausnahmslos keine Nazis.

Schon 1950 haben die Vertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichtet. Sie haben mit ihrer Präsidentin Erika Steinbach für die Versöhnung mit den Polen, den Tschechen, den Slowaken und anderen gearbeitet und auf der unteren Ebene oft viel erreicht. Nicht zuletzt muss festgehalten werden, dass sie mit hohem finanziellen Aufwand zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung von vielen Bauten und anderen Kulturgütern in ihren Heimatgemeinden in Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen, dem Sudetenland beigetragen haben.

Deutschland hat seine Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und bestraft. Polnische und tschechoslowakische Verbrechen sind bis heute nicht gesühnt worden. Gerade jetzt haben diese Vertreiberstaaten bei der EU durchgesetzt, dass die Menschenrechte in der EU nicht für die damaligen deutschen Verbrechensopfer gelten (Benesch- und Bierut-Dekrete).

Der US-Historiker Alfred M. de Zayas schreibt: „Ein bis zur Selbstverleugnung reichendes Entgegenkommen Deutschlands hat es nicht vermocht, das unaufgearbeitete Trauma von Vertreibung, Enteignung und Grenzverschiebung als beherrschendes Thema der deutsch-polnischen Beziehungen zu überwinden ... Ohne eine wahrhaftige und völkerrechtlich saubere Aufarbeitung der Vertreibung gibt es nur Verdrängung, aber keine Versöhnung, die diesen Namen verdient."

Ludwig Klock, Langenlonsheim

Gerhard Schröders taktlose Gedenkpose

Zu: Kriegsgräber

Die Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. weist in ihrem Mitteilungsblatt auf ihre Gedenkfeier am 1. August anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kriegsgräberstätte Sologubowka, südlich von St. Petersburg/Leningrad, hin. Als zweite „wichtige Nachricht" teilt sie mit, dass der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, dessen Vater 1944 in Rumänien fiel, seine Teilnahme an dieser Gedenkfeier zugesagt hat.

Ich selber habe nach so genannter Genesung von einem Gesichtsschädelsteckschuss Ende August 1941 von Januar 1942 bis Dezember 1943 an den Abwehrkämpfen im Wolchowkessel und bei Leningrad unter Generaloberst Lindemann teilgenommen. Ich bin sicher, dass viele meiner dort gefallenen Kameraden ihre letzte Ruhe in Sologubowka gefunden haben. Ich hoffe, dass es mir noch vergönnt sein möge, dort in stiller Zwiesprache ihrer zu gedenken. Genauso sicher weiß ich, dass meine Kameraden der 1. I.D. nicht für das Hitler-Regime oder die Parteibonzen kämpften und starben, sondern für die Verteidigung des Vaterlandes und der Heimat. Ganz sicher bin ich außerdem, dass sie auf ihrer Ruhestätte einen Mann nicht sehen möchten, der als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland dem Volksbund nicht die 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen ließ, welcher dieser benötigte, um über 4000 Gebeine in der Tschechei nach dem Kriege oder bei Kriegsende umgekommener Deutscher, die jahrelang in Lagerhäusern aufbewahrt wurden, auf dem ehemaligem deutsch-evangelischen Friedhof in Prag zu bestatten. Auch akzeptierte Schröder die so genannten Benesch-Dekrete, wonach Verstöße gegen Völker- und Menschenrecht, begangen an Deutschen bei und nach Kriegsende, ohne Folgen blieben.

Wenn Schröder seines gefallenen Vaters gedenken möchte, so finde ich das mit meinen noch lebenden und gefallenen Kameraden sehr gut; der geeignete Ort dafür wäre eine Kriegsgräberstätte in Rumänien, aber keinesfalls Sologubowka.

Hans-Henning Plock, Kittlitz

Sudetendeutsche unterdrückt

Zu: „Zerrissener Grenzgänger" (Nr. 4)

In der Rezension des Buches von Fritz Stern „Fünf Deutschland und ein Leben" bezeichnet Sophia E. Gerber den Autor als „einen der bedeutendsten US-Historiker deutscher Geschichte" und als „intellektuelle Instanz Nachkriegsdeutschlands". Dem mag so sein. Allerdings hat Fritz Stern mit seinem Buch zumindest da nicht recht, wo er von den „angeblich" durch die Tschechoslowakei unterdrückten Sudetendeutschen schreibt (siehe Seite 163). Denn die Sudetendeutschen wurden in diesem Staat, in den sie durch den 1919 abgeschlossenen Friedensvertrag von Saint Germain gegen ihren Willen hineingepresst worden waren, nicht „angeblich", sondern tatsächlich massiv unterdrückt und waren von Anfang an Bürger zweiter Klasse. So wurden sie unter anderem in der Schulpolitik, bei der Bodenreform sowie mit dem Zweisprachigkeitsgesetz im öffentlichen Dienst benachteiligt. Sudetendeutsche Firmen erhielten kaum Staatsaufträge. Die Versuche der Sudetendeutschen im tschechoslowakischen Parlament mitzuarbeiten, wie etwa durch die Sozialdemokraten Ludwig Czech und Wenzel Jaksch, ließen die Tschechen weitgehend ins Leere laufen. Im März 1919 erschoss tschechoslowakisches Militär 54 Sudetendeutsche, nur weil diese friedlich für ihr Selbstbestimmungsrecht demonstrierten. Übrigens hat der von Fritz Stern in seinem Buch fast hymnisch verehrte erste Staatspräsident der nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Tschechoslowakei, Tomas Masaryk, bereits am 10. Januar 1919 – also lange vor Hitler und den Nationalsozialisten – in einem Interview mit der Pariser Zeitung „Le Matin" von einer „sehr raschen Entgermanisierung" der sudetendeutschen Gebiete schwadroniert.

Dr. Walter Kreul, Germering

Patenschaft für die Gräber verdienter Ostpreußen

Zu: „Trauer braucht Platz" (Nr. 47)

Über Ihren Artikel zur Grabstätte meines Ururgroßvaters Ernst Wichert habe ich mich gefreut und danke insofern. Jedoch muss ich da etwas verbessern. Ich bin, wie schon telefonisch gesagt, nicht die Nichte von Ernst Wichert.

Es ist zwar richtig, dass die Ost- und Westpreußenstiftung von Bayern im Jahre 1989 die Grabstätte restaurierte. Die Stiftung hatte auch nach dem Tod seines Enkels den gesamten Nachlass von Wichert erhalten. Die Kreisgemeinschaft Insterburg war nach meinen Informationen hier nicht involviert und in den 20 Jahren danach hat sich da niemand mehr um das Grab gekümmert. Ich habe vor gut zehn Jahren mich des bewucherten Grabes angenommen, als ich von seiner Existenz erfuhr. Man hatte derzeit leider auch versäumt, ein Ehrengrab zu beantragen.

Ihre Ausführungen zu Patenschaftsgräbern möchte ich auch etwas präzisieren. Natürlich kann ich hier nur für den Raum Berlin sprechen. Gräber, die abgelaufen sind und keine Pflege mehr haben, werden abgeräumt und neu verpachtet oder verkauft. Dies geschieht frühestens nach 20 Jahren der Erstübernahme und wird dann für erneut 20 Jahre neu belegt. Weitere fünf Jahre können als Mindestzeitraum nachgekauft werden. Dies ist bei allen Gräbern so. Patenschaftsgräber sind jedoch alte Grabstätten, die nicht abgeräumt werden können, weil sie in der Zwischenzeit unter Denkmalschutz stehen. Hier besteht für den jeweiligen Friedhofseigner sogar eine Erhaltungspflicht, die aber meist nicht finanziert werden kann. Nur diese Gräber können als „Patenschaftsgräber" zu sehr günstigen Konditionen übernommen werden, zur eigenen späteren Belegung. Dies ist von meiner Seite mit dem Grab von Otto Drengwitz so geschehen, aber nicht von Friedrich Schröder-Sonnenstern. Sein Grab unterliegt nämlich den ganz normalen Modalitäten und ich bin hier lediglich als Nutzungsberechtigte eingetreten mit allen Rechten und Pflichten. Der vorherige Nutzungsberechtigte, Drengwitz' Vormund, verstarb und von den verbliebenen Freunden, die in einer Sammlung die Grabstelle und die Pflege bis 2014 finanzieren konnten, lebt auch keiner mehr. Ich habe die Aufarbeitung des Steins übernommen und das Gießen. Durch die Genehmigung der Friedhofsverwaltung, dort zwei Skulpturen von Otto Drengwitz aufzustellen, hat sich wieder ein Kreis schließen können.

Ihre Anmerkungen zur Friedhofskultur, der Verdrängung der Menschen dem Tod gegenüber, fand ich sehr aufschlussreich und interessant, stimme Ihnen auch zu, dass eine Friedhofskultur zum Ansehen eines Landes gehört, kann aber Ihre Vorstellungen zu bizarren Auswüchsen nicht teilen. Es sollte jedem selbst überlassen sein, wie er das entscheiden möchte und seine Asche ganz schmucklos ins Erdreich zu legen kommt der christlichen Vorstellung wesentlich näher, als Körper in opulenten Marmormonumenten aufzubewahren. „Asche zu Asche, Staub zu Staub ...", so beginnt Gottes Wille, der unsere toten Körper wieder dem Kreislauf der Natur zurückgeben möchte, was letztlich den früheren Brauch der einfachen Erdbestattung erfüllt. Teure Särge, die die Vernichtung des Körpers weitmöglichst verhindern sollen, oder die Herausstellung der eigenen Person über den Tod hinaus mögen sicher zur Kultur gehören, aber nicht so zur Bedeutung des Willens Gottes.

Hella Leuchert-Altena, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 8 – 27. Februar 2010

MELDUNGEN

Betrug am Bau boomt

Königsberg – Im „Leningrader Bezirk“, früher Kalthof, entstand ab Ende 2007 ein Mehrparteien-Mietshaus, an dem sich 350 Anteilseigner finanziell beteiligten. Im Herbst 2008 sollte es bezugsfertig sein, aber daraus wurde nichts, vielmehr musste im Herbst 2009 eine Bauruine aufgegeben werden. Erfolgreich klagten die geprellten Bauherren vor dem Bezirksgericht Eigentumsrecht und Entschädigung ein. Königsberger Gerichte haben inzwischen Erfahrungen mit Baubetrug. 2008 gab es rund 70 Prozesse, 2009 waren es bereits 120, in denen Verwaltungsentscheide angefochten und Verantwortliche aus Behörden und Baufirmen bestraft wurden. Die häufigsten Vergehen waren Terminverzug, Unterschlagungen und Mehrfachverkauf geplanter Wohnungen. Betrüger wollen von der Wohnungsnot profitieren, Betroffene wehren sich, denn (so ein Protestplakat) „ohne diese Wohnungen sind wir Obdachlose“.

Wolf Oschlies

Neue Indizien für CIA-Flüge

Warschau/Groß Schiemanen – Die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte hat in Warschau amtliche Flugdaten der polnischen Flugaufsicht präsentiert, die gemäß der Interpretation der Stiftung erstmals offiziell belegen, dass mutmaßliche Flugzeuge des US-amerikanischen Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) mit den Nummern N63MU, N379P und N313P auf dem Militärflughafen Groß Schiemanen gelandet seien. Laut der Stiftung kamen entsprechende Maschinen zwischen Februar und September 2003 alleine sechsmal aus Afghanistan und einmal aus Marokko. Damit verdichten sich die Indizien, dass die USA tatsächlich auf dem Boden der Republik Polen Geheimgefängnisse betrieben haben, in denen möglicherweise auch gefoltert wurde. Dazu passt die Aussage von Chalid Scheich Mohammed, der als Chefplaner der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA gilt, er habe bei einem Verhör an einem ihm unbekannten Ort eine Mineralwasserflasche mit polnischer Aufschrift gesehen.

PAZ

Zugverbindung gestrichen

Gdingen/Königsberg – Der Zug Gdingen (Gdynia)–Königsberg, der über Danzig, Elbing und Braunsberg fährt, wird bis zu den Osterferien vom Fahrplan gestrichen. Die Verbindung wird am 29. Mai wieder hergestellt. Ihre Auslastung war so gering, dass sich ihr Erhalt nicht lohnte. Die Strecke hat eine Länge von 261 Kilometern. Sie wird von der PKP Intercity (Polnische Staatsbahn) und der russischen Eisenbahn betrieben.

PAZ

Den Opfern auf den Flüchtlingsschiffen

Gedenktafel erinnert an die Opfer der »Wilhelm Gustloff«, der »Goya« und der »Steuben«

Nach mehrjährigen Bemühungen des Vorsitzenden der deutschen Volksgruppe in Gdingen, Benedikt Reschke, wurde in der Meereskirche in Gdingen eine Gedenktafel zu Ehren der Opfer der versenkten Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff“, „Goya“ und „Steuben“ enthüllt.

Am 65. Jahrestag des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“, dem 30. Januar 2010, machten sich einige Mitglieder der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM), ihr Chor „Vaterhaus“ und der Seelsorger und Domherr André Schmeier auf den Weg nach Gdingen. Dort wurden sie im Pfarrhaus der Stella-Maris-Gemeinde empfangen, die sich besonders um Seeleute aus aller Welt kümmert.

Nach der Begrüßung durch Raschke als dem Vorsitzenden der deutschen Volksgruppe vor Ort begaben sie sich in die nahe liegende Kirche. Den ökumenischen Gottesdienst zelebrierten Pater Edward Pracz vom Redemptoristenorden, der auch Seelsorger der Seeleute ist, Domherr Schmeier, Pastor Wojciech Froehlich aus Stolp und der Kantor Karol Kolodziej. Während der Trauerveranstaltung sangen der Chor „Vaterhaus“ und der Gemeindechor zusammen. Der deutsche Generalkonsul in Danzig, Joachim Bleicker, und Sybille Dreyer von der Landsmannschaft Westpreußen sprachen, anschließend wurde ein Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, verlesen, die sich an der Finanzierung der Gedenkplatte beteiligt hat.

Nach dem Gottesdienst gingen die Versammelten in eine Kapelle der Kirche, wo sich zahlreiche Gedenktafeln für Opfer von Seekatastrophen befanden. In Anwesenheit von Vertretern der Medien enthüllten der Generalkonsul und Frau Dreyer eine Bronzetafel, die an die ums Leben gekommenen Passagiere der deutschen Schiffe „Wilhelm Gustloff“, „Goya“ und „General Steuben“ erinnert. Insgesamt gedachte man zirka 30000 Menschen, die zwischen Januar und April 1945 den Torpedos sowjetischer U-Boote zum Opfer gefallen sind. Die Tafel wurde schließlich von Pater Pracz geweiht.

Aus der Kirche brach man bei grimmig kaltem Wind an die Ostsee auf. Nach dem Totengedenken durch Frau Dreyer stimmte Kantor Kolodziej das Kaddisch (das jüdische Heiligungs- und Totengebet) an. Auch denen, die unberührt blieben, trieb der Wind die Tränen in die Augen. An der Veranstaltung nahmen auch der Abgeordnete der deutschen Volksgruppe Ryszard Galla, der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD), Bernard Gaida, und Lucja Bagiński, eine Überlebende der „Wilhelm Gustloff“-Katastrophe, teil. Diesmal waren die Tischgespräche im Freundeskreis ernster als sonst, da jeder der Tausenden Opfer gedachte.

Neidhart Bartonski



Mitfinanziert von der Landsmannschaft Ostpreußen: Gedenktafel für die Opfer der versenkten Flüchtlingsschiffe

Das Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen

Sehr verehrte Damen, meine Herren, liebe ost- und westpreußische Schicksalsgefährten,

in diesen Tagen und Wochen jährt sich zum 65. Mal der Untergang etlicher Flüchtlingsschiffe, die ost- und westpreußische Menschen, meist Frauen und Kinder und alte Personen, vor der heranrückenden Roten Armee in den Westen Deutschlands bringen wollten. Stellvertretend für diese Schiffskatastrophen steht die Versenkung des Schiffes „Wilhelm Gustloff“ durch ein russisches Unterseeboot.

Rund 10000 Menschen gingen mit der „Gustloff“ im wahren Sinne des Wortes zu Grunde. Insgesamt kamen damals mehr als 30000 Menschen durch Schiffsversenkungen zu Tode. Allerdings konnten mehr als zwei Millionen Menschen auf dem Seeweg über die Ostsee gerettet werden. Hunderte deutsche Marinesoldaten verloren dabei ihr Leben. Auch an sie soll heute erinnert werden.

Zahlreiche Angehörige der Opfer der Schiffskatastrophen, auch Angehörige der Opfer der „Gustloff“ sowie Überlebende trauern heute noch über die Opfer, die auf dem Ostseeboden ruhen.

Wir Überlebende und Nachgeborene empfinden mit Ihnen Ihre Trauer und Ihren Verlustschmerz. Unsere Frage nach dem „Warum“ kann niemand befriedigend beantworten. Einhergehend mit unserer Trauer für die Opfer gilt unsere Trauer auch unseren Völkern. Wir alle haben einen entsetzlichen Preis für einen Krieg bezahlen müssen, an dem Deutschland gewiss nicht unschuldig war.

Als Konsequenz aus dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg ergibt sich unsere nachdrückliche Forderung: Nie wieder Krieg!

Ich danke den Verantwortlichen des Deutschen Vereins Gdingen für die Initiative zur Aufstellung der Gedenkplatte. Gerne wäre ich an diesem Tag unter Ihnen gewesen, aber eine Sitzung des Bundesvorstandes am heutigen Tag verhindert mein Hiersein.

Ich grüße alle Teilnehmer an dieser Veranstaltung. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen bleibt allen Menschen in Ost- und Westpreußen im heutigen nördlichen Polen verbunden.

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Die Promenade von Cranz wird erweitert

Umbau des Restaurants »Priboj« in einen Konzertsaal oder einen Erholungstempel geplant

Während in Cranz ein stürmischer Wahlkampf tobt, in dem der Leiter des Kreises und seine Abgeordneten gewählt werden, verändert die Stadt ihr Gesicht. Die für jeden Kurort wichtige Promenade wird erneuert. Die über zwei Kilometer lange Strandpromenade wurde 1977 nach über zehnjähriger Planung gebaut. Das Bauinstitut „Lengiprogor“ legte damals einen Generalplan für die Uferbefestigung von Cranz vor, die Fußgängerpromenade wurde auf 600 Meter Länge vergrößert.

Zur Zeit ist die Cranzer Promenade wegen Erweiterungsarbeiten geschlossen. Der Umbau soll bis Dezember 2011 dauern, über ein Kilometer der Promenade soll für voraussichtlich 242 Millionen Rubel (rund 5,8 Millionen Euro) erneuert werden. Dabei wird die Promenade zum Meer hin um fünf Meter erweitert, womit sie dann insgesamt 15 Meter breit sein wird. Die Erweiterung geschieht zum Schutz des Ufers, das seit Jahren sehr stark der Erosion ausgesetzt ist. Der obere Teil der Küstenschutzanlage ist gleichzeitig die Promenade. Man hofft, durch deren Erweiterung den Abtrag des verbliebenen Sandstreifens zu verringern. Darüber hinaus soll ein Pier gebaut werden, der 150 Meter ins Meer hineinreicht.

Mit der Promenaden-Erneuerung taucht auch die oft gestellte Frage auf, was mit der Ruine des Restaurants „Priboj“ geschehen soll. Das Gasthaus wurde 1976 eröffnet, es war damals das größte an der nordostpreußischen Küste und ein Publikumsmagnet. Das Restaurant überragt die Promenade und „hängt“ praktisch über den Wellen. Anstelle von gewöhnlichem Glas waren die Fenster mit bunten Malereien verglast. Über 400 Besucher fanden in dem Prestigeobjekt Platz. Anfang der 90er Jahre wechselte der Besitzer und 1993 wurde das Restaurant geschlossen. Danach überließ man es seinem Schicksal und es verfiel zusehends. Heute ragen seine Ruinen wie einst über die Promenade bis ans Wasser, doch ihr Anblick beeinträchtigt das Strandbild erheblich und die baufälligen Reste gefährden die auf der Promenade flanierenden Menschen, da jederzeit Teile auf sie herabstürzen könnten.

Es gibt Pläne, das Restaurant „Priboj“ in einen Konzertsaal oder einen Erholungstempel umzuwandeln. Damit könnte die sowjetische Bauruine im Zuge der Promenaden-Erneuerung zu neuem Leben erwachen.

Jurij Tschernyschew

Zwei deutsche Jubiläen in Siebenbürgen

Bürgermeister Klaus Johannis als Gastgeber der 20-Jahr-Feier des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien

In Hermannstadt (Sibiu) wurden am 23. Januar gleich zwei Jubiläen gefeiert: der 40. Geburtstag der Deutschen Sendung im rumänischen Staatsfernsehen und die Gründung des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) vor 20 Jahren.

Das jeden Sonnabendnachmittag ausgestrahlte halbstündige deutsche TV-Programm, das zu kommunistischen Zeiten vor allem propagandistischen Charakter hatte, erfreut sich heute breiter Unterstützung offizieller Stellen. Klaus Johannis, der Landesvorsitzende des DFDR und Bürgermeister von Hermannstadt, bezeichnete die deutsche Presse des Landes als „nicht nur wichtig, sondern lebenswichtig“. Seitens des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland lobte dessen Bundesvorsitzender Bernd Fabritius die Deutsche Sendung als „Plattform, über welche unser längst selbstbewusstes Sein sich der ganzen Gesellschaft im Staate Rumänien präsentieren kann“.

Auf der DFDR-Festveranstaltung wies man stolz auf die außergewöhnlichen politischen Erfolge des Forums hin. So wurde bei den rumänischen Kommunalwahlen im Juni 2008 in Hermannstadt Klaus Johannis trotz des minimalen Bevölkerungsanteils der deutschen Minderheit in der 170000-Einwohner-Stadt mit 83 Prozent für eine dritte Amtszeit bestätigt. Im Kreis Hermannstadt amtiert seither mit Martin Bortesch erstmals ein Deutscher als Präfekt. Insgesamt gibt es in Rumänien heute über 40 Deutsche, die auf der Liste des Forums in Kommunalparlamenten sitzen. In keiner anderen Region der Erde existiert eine ethnische Minderheitenpartei, die von der Mehrheitsbevölkerung an den Wahlurnen derart großes politisches Vertrauen zugebilligt bekommt.

> Seit 40 Jahren gibt es die »Deutsche Sendung« im rumänischen Fernsehen

Gastgeber Klaus Johannis begrüßte anlässlich des Gründungsjubiläums die zahlreichen Anwesenden und betonte, dass das Erreichte nur möglich geworden sei, weil Rumänien eine offene Minderheitenpolitik betreibe. Der Vorsitzende des Hermannstädter Forums, Stadtrat Hans Klein, stellte einen Jubiläumsband zum 20. Geburtstag der Minderheitenvertretung vor. In rund 35 Beiträgen werden darin das Forum und seine Einrichtungen vorgestellt, aber auch andere deutschsprachige Institutionen wie beispielsweise die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien, die Evangelische Akademie Siebenbürgen, das Deutsche Generalkonsulat oder die Brukenthalschule.

Auf dem Fest waren aber auch nachdenkliche Stimmen wie die des Ehrenvorsitzenden Paul Philippi zu hören: „War das, so wie wir es damals wollten, der Auftakt für eine neue Zukunft rumäniendeutscher Existenz im Hause Europa – oder war es das verspätete Aufbäumen einer unwiederbringbaren Vergangenheit, angefacht nur von dem Aufruhr auf den Straßen, der eben dabei war, das Joch des Kommunismus abzuschütteln? War, was wir damals anstießen, Zukunftsperspektive oder war es Vergangenheitsbeschwörung? Die Antwort auf diese Frage hat weder die Gründungsversammlung des Forums gegeben, die am 27. Dezember 1989 stattfand ..., noch werden wir sie eindeutig geben können, die wir heute auf 20 Jahre ziemlich erfolgreicher Entwicklung dankbar zurückblicken – und gespannt nach vorne Ausschau halten.“

> Vor 20 Jahren wurde das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien gegründet

Philippi schloss seine Festrede mit einem Appell: „Um in diesem Land Zukunft zu haben, müssen wir eine solche Zukunft wirklich gemeinsam wollen. Wir müssen sie wollen als ein Wir rumäniendeutscher Gemeinschaften, die geschichtlich zu diesem Land gehören; und zwar nicht weniger zum geschichtlichen Bestand dieses Landes gehören als dessen ethnische Mehrheitsbevölkerung und als manche andere ethnische Gruppe oder Nationalität. Wir Rumäniendeutschen wollen für dieses europäische Land Rumänien ein integrierender, ein aufbauender Faktor sein und bleiben; und wir wollen das bleiben als politisch profilierte Gemeinschaften deutscher Sprache und Kultur. 1989 waren die Rumäniendeutschen seit 50 Jahren ein passives Objekt geworden – das Objekt von Entscheidungen, die ohne uns gefasst wurden, in europäischen Hauptstädten, für welche wir eine verhandelbare Verfügungsmasse waren. Wir haben das Forum gegründet, weil wir wieder zum aktiven Subjekt werden wollten, zu einem Subjekt, das sich zwar seiner sehr begrenzten Möglichkeiten bewusst bleibt, das, um zu wirken, starker Freunde bedarf, das darum auch Augenmaß behält, das sich den europäischen Hauptstädten trotzdem anbietet als ein Partner, der dem Lande Rumänien nützt und der europäischen Integration dieses Landes förderlich ist.“ *Martin Schmidt*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es geschieht immer wieder, dass ich, wenn ich in einer Gesprächsrunde auf die Ostpreußische Familie und ihre Erfolge zu sprechen komme, auf Ungläubigkeit und sogar Unverständnis stoße. Die Frage steht dann im Raum: Was soll die Suche nach so langer Zeit? Und die daraus gezogene Konsequenz: Lasst doch die Vergangenheit ruhen. Gut, das kann jeder für sich entscheiden. Die vielen Zuschriften, die ich von jüngeren Schreibern erhalte, beweisen das Gegenteil. Sie suchen bewusst ihre Wurzeln, vielleicht gerade deshalb, weil sie aus Familien stammen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Hab und Gut, oft in Jahrhunderten erarbeitet und bewahrt, ging verloren, die Familien wurden auseinander gerissen – aber ist man deshalb entwurzelt? Auch wenn Eltern und Großeltern nicht darüber sprechen konnten oder wollten, die Fragen blieben bestehen und werden drängender. Und verwirrender. Wie bei Frau Dr. **Marianne Jessen** aus Mainz-Kastel, die auf der Suche nach den Spuren ihres Großvaters **Paul Freitag** ist. Von dem sie erst spät erfahren hat, weil er in ihrer Kindheit einfach nicht vorhanden war. „Ich wusste nicht, dass ich einen richtigen Großvater habe. Erst nach dem Tod meiner Großmutter wurde mir gesagt, dass er den Krieg überlebt hatte und ein Jahr vor meiner Geburt verstarb. So weit, so gut. Nun möchte ich mehr über ihn erfahren und stoße an bürokratische Hürden, die ein Weitersuchen unmöglich machen.“ Und deshalb wendet sich Frau Dr. Jessen an unsere Ostpreußische Familie, denn „ich will nicht einfach aufgeben. Das hat mein Großvater nicht verdient und mein Vater auch nicht. Können Sie helfen?“

Ja, können wir? Zumindestens die Suchfrage weitergeben und hoffen, dass sich brauchbare Spuren finden, die ihre Großmutter getilgt hatte. Denn die gravierenden Ereignisse jener Zeit – Krieg, Flucht und Gefangenschaft – hatte das ostpreußische Ehepaar nicht bewältigen können, die Ehe wurde 1948 geschieden. Beide heirateten erneut und hatten wohl trotz ihrer drei gemeinsamen Kinder keinen Kontakt mehr zueinander. Als die Großmutter verstorben war, tauchte auf einmal der Name ihres ersten Mannes auf. Und da es sich ja um ihren leiblichen Großvater handelte, den Vater ihres Vaters, begann Marianne Jessen intensiv zu forschen. Die Gestalt des bis dahin nicht existierenden Großvaters nahm langsam Konturen an, aber sie sind noch sehr verschwommen. Und das betrifft schon seine Herkunft. Paul Freitag soll in Langenau, Kreis Rosenberg am 3. April 1908 geboren sein. Es gibt aber im Taufbuch keine Hinweise, wie Pfarrer **Rafinski** aus Langenau (Legewo) Frau Jessen bestätigt hat. Auch in der Sterbeurkunde des Großvaters steht, dass Geburtsdatum und -ort nicht beurkundet seien. Der Pfarrer hat in älteren Kirchenbüchern in Langenau beziehungsweise Rosenberg eine Familie Freitag/Freytag gefunden, ob hier Verbindungen bestanden haben, konnte nicht geklärt werden. 1934 heiratete Paul Freitag die aus Hirschberg, Kreis Osterode stammende **Anna Marie Sottke**. Im Familienbuch des Ehepaares ist als Mutter des Mannes eine **Martha Freitag** eingetragen, ein Vater wird nicht genannt. Das Ehepaar bekam drei Kinder – **Horst**, **Willi** und **Edeltraut** –, als Wohnort wird bis 1945 Gröben, später Osterode genannt. Paul Freitag war bereits 1939 eingezogen worden und wahrscheinlich in Königsberg stationiert. Belegt ist seine Einheit: 2.Komp.H.Pl.745, aufgestellt 1941 in Prag, aufgerieben im Februar 1944 beim Unternehmen „Zitadelle“. Er kam in russische Gefangenschaft, wurde erst 1948 in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Nach seiner noch in jenem Jahr erfolgten Scheidung lebte Paul Freitag in Hildesheim. 1953 heiratete er die aus dieser Stadt stammende **Ursula Komor** geborene **Krages**, für beide Partner war es die zweite Ehe. Sie währte nicht lange: Paul Freitag verstarb bereits im März 1963, seine Frau Ursula 1974. Aus dieser Ehe muss ein Sohn stammen, wie nun die Enkelin in akribischer Suche ermitteln konnte. Sie machte nämlich die Todesanzeigen der Eheleute ausfindig, in denen sich ein **Wilfried Freitag** bei Vater und Mutter bedankt. „Das heißt also, dass ich einen Onkel habe“, schreibt Frau Dr. Jessen. Nur – sie kann ihn nicht finden, obwohl sie alle im deutschen Telefonbuch verzeichneten Teilnehmer dieses Namens angerufen hat. Auch eine Bewohnerbefragung in Hildesheim erbrachte nichts. Es könnte sein, dass Wilfried Freitag, Geburtsdatum unbekannt, zeitweilig in der Steinbergstraße 65 in Hildesheim gewohnt hat. Weitere Angehörige ließen sich weder beim Einwohnermeldeamt noch bei anderen Behörden ermitteln.



Eine ostdeutsche Stadt: Wer kann etwas über diese Stadt und die Stelle sagen, die den Künstler zu dieser handkolorierten Radierung angeregt hat? Bild: privat

Nun ist also unsere Ostpreußische Familie gefragt! Wer kennt einen Wilfried Freitag aus Hildesheim, dessen Vater aus Westpreußen beziehungsweise Ostpreußen stammte? Wer von ehemaligen Bewohnern von Langenau, Kreis Rosenberg kann etwas über eine dort wohnhaft gewesene Familie Freitag sagen? Wer kannte das Ehepaar Paul und Anna Marie Freitag aus Gröben, Kreis Osterode? Wer war mit Paul Freitag während des Krieges oder in Gefangenschaft zusammen? Hier liefen alle Nachforschungen über die zuständigen Infostellen wie die WASt ins Leere. Auf Informationen aus Moskau über die Kriegsgefangenschaft wartet Frau Dr. Jessen bereits ein Jahr. Vom Standesamt 1 in Berlin wurde ihr mitgeteilt, dass das Ermitteln der Daten mit Randvermerken mindestens zweieinhalb Jahre dauert! „Das hinterlässt ein Gefühl der Ohnmacht“, sagt Frau Dr. Jessen. Ich habe diesen Suchwunsch deshalb so eingehend behandelt, weil er deutlich macht, warum unsere Ostpreußische Familie für viele bisher vergeblich Suchende der letzte Hoffnungsträger ist. (Dr. Marianne Jessen, An der Helling 12a in 55252 Mainz-Kastel, Telefon 06134 / 556852.)

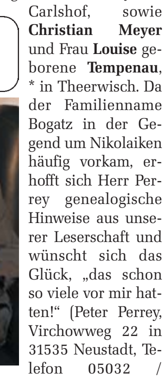
Das veranlasst auch Frau **Ursula Gehlhaar** an uns zu schreiben, denn auch die Suche ihrer Pflegeschwester nach deren leiblicher Mutter war bisher vergeblich. „Da ich die Zusammenführung suchender Ostpreußen, die oft gelingt, wöchentlich im Ostpreußenblatt verfolge, keimt in meiner Schwester und mir der Gedanke auf, dass Sie vielleicht helfen könnten“, schreibt Frau Gehlhaar und übermittelt uns ihre knapp und klar formulierte Suchfrage, die ich fast wörtlich übernehmen kann.

„**Ingrid Hartlehnert** wurde am 14. August 1941 in der Universitätsklinik Königsberg als Ingrid **Sabine Heise** geboren. Ihre Mutter ist **Erna Heise**, * 1919 laut Angaben aus dem Geburtsregister der Klinik, in dem auch deren Heimatadresse – Königsberg, Tragheimer Pulverstraße 27 – eingetragen ist. Frau Heise war damals ledig. Den Vater des Kindes habe ich einmal kurz gesehen, er hieß **Walter Manus** und war ehemaliger Soldat bei der Flak. Er hatte die Vaterschaft anerkannt. Der 1915 in Königsberg Geborene hat nach Kriegsende bis zu seinem Tod in Bielefeld gewohnt. Erna Heise war in einer Konditorei auf dem Steindamm beschäftigt. Ich habe sie selber dort einmal aufgesucht, der Name ist mir aber entfallen. Ingrid kam im Dezember 1941 als Pflegekind zu meinen Eltern **Max** und **Therese Funk** in Königsberg, Speichersdorferstraße 121B. Vielleicht hat jemand Erna Heise gekannt und weiß etwas über ihren Verbleib? Wir hoffen, keine Fehlbitte getan zu haben.“

Das hoffen wir auch, liebe Frau Gehlhaar. Vielleicht erinnern sich ehemalige Bekannte oder Nachbarn an Erna Heise, haben mit ihr in einer Konditorei auf dem Steindamm (Alhambra, Alt-Wien, Café Dreblow, Erich Steiner?) zusammen gearbeitet, können wenigstens über einige Strecken des Lebensweges von Erna Heise, der von Krieg, Flucht, russischer Besatzung, Gefangenschaft, aber auch von Heirat markiert sein könnte, etwas aussagen. Die Tochter wartet sehr darauf. (Ingrid Hartlehnert, Hebelweg 7 in 79771 Klettgau-Erzingen, Telefon 07742 / 6971.)

Die Erinnerungen an die Musiklehrerin des Bismarck-Oberlyzeums in Königsberg, **Eva Maraun**, hat weitere geweckt, so bei unserm Landsmann **Peter Perrey**. Zwar ist er als Junge nicht von ihr unterrichtet worden – ich weiß auch nicht, ob das bei dieser sehr eigenwilligen Musikpädagogin auch gut gegangen wäre –, aber seine Mutter **Charlotte** Perrey, die sogar bei ihr Klavierunterricht gehabt haben soll. Was mir eher unwahrscheinlich erscheint, denn Eva Maraun war Gesanglehrerin, die in Zusammenarbeit mit **Hugo Hartung** junge musikalische Talente förderte und forderte. Herr Perrey nimmt diese Erinnerungen zum Anlass, um nach ehemaligen Mitschülerinnen seiner Mutter und ihrer Cousinen zu suchen, um alte Klassenfotos zu finden, auf denen sie abgebildet sind. Seine 1914 geborene Mutter hieß damals **Lotti Bogatz**, die Cousinen **Käte**, **Hildegard** und **Selma Reck**. Zu ihnen gehörte auch die im Hause Reck aufgewachsene **Gerda Reimer**. In Zusammenhang mit der Familie Bogatz gibt es noch weitere Fragen. Charlotte Bogatz war die einzige Tochter des Regierungsoberinspektors **Franz Bogatz**, * 1883 in Groß Stürlack, Kreis Lötzen, und seiner Ehefrau **Martha** geborene **Jaeckel**, * 1890 in Pillau. Die Familie wohnte in ihrem Haus Gottschedstr. 36a in Juditten. Dort hat auch Peter Perrey die ersten vier Jahre seines Lebens verbracht. Die Urgroßeltern **Johann Borgatz**, * 1857 in Carlsdorf/Nikolaiken, und **Elisabeth** geborene **Meyer**, * 1860 in Theerwisch, Kreis Ortelsburg, bewirtschafteten nach 1910 einen Bauernhof in Pötschendorf-Abbau, Kreis Rastenburg. Da es dort mehrere Abbauten gab, würde Herr Perrey gerne wissen, welcher im Besitz der Familie war. Johann Bogatz hatte noch einen Bruder **Friedrich**, * 1852 in Grabnick, es dürften aber mehrere Geschwister gewesen sein. Deren Eltern waren **Gottlieb Bogatz** und Frau **Mine** geborene **Nadolny**, * in Carlshof, sowie **Christian Meyer** und Frau **Louise** geborene **Tempenau**, * in Theerwisch. Da der Familienname Bogatz in der Gegend um Nikolaiken häufig vorkam, erhofft sich Herr Perrey genealogische Hinweise aus unserer Leserschaft und wünscht sich das Glück, „das schon so viele vor mir hatten!“ (Peter Perrey, Virchowweg 22 in 31535 Neustadt, Telefon 05032 / 94670.)





Ruth Geede Foto: Pawlik

Das so anheimelnde Bild einer ostdeutschen Stadt, mit dem unsere Kolumne diesmal bebildert ist, wird bei manchen Leserinnen und Lesern Erinnerungen erwecken, vor allem, wenn es sich um deren Heimatstadt handelt. Es ist mit einer Frage verbunden, die sich nicht auf den Künstler bezieht, sondern auf das Sujet: Wer kann etwas über diese Stadt und die Stelle sagen, die den Künstler zu dieser handkolorierten Radierung angeregt hat? (Traute Grensing, Langstücken, 24358 Ascheffel, Telefon 04353/484, Fax 04353 / 565, E-Mail: t.grensing@gmx.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hoth, Sabine, geb. **Hoth**, aus Goldbach, Garbeningken, Kreis Wehlau, jetzt Feldstraße 1, 63329 Egelsbach, am 6. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baumgartner, Annemarie, geb. **Weber**, aus Wehlau, jetzt Im Tiergarten 15, 78465 Konstanz, am 6. März

Kletzing, Helene, geb. **Symanzik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Schillerstraße 11a, Ortsteil Seebad Warnemünde, 18119 Warnemünde, am 4. März

Ursat, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Händelweg 3a, 31785 Hameln, am 7. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ubländer, Lenchen, geb. **Kukler**, aus Kehlen, Kreis Angerburg, jetzt Vincenzhaus, Seniorenwohnanlage, Grenzstraße 156, 46045 Oberhausen

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kellner, Käthe, aus Lyck, jetzt Brambusch 280, Ortsteil Rolfshagen, 31749 Auetal, am 7. März

Rosinski, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Eskenshof 13, 45277 Essen, am 1. März

Wehrmann, Frieda, geb. **Garstka**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Verbindungsstraße 15, 41334 Nettetal, am 5. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Johnke, Charlotte, geb. **Schubert**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlweg 12/1, 71577 Großerlach, am 5. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grasteit, Willy, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, jetzt Doktor-Johannes-Heidenhain-Straße, 83301 Traunreut, am 6. März

Landt, Erika, geb. **Grade**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenstraße 43, 09217 Burgstädt, am 5. März

Pinske, Else, geb. **Krause**, aus Kuglacken, Neu Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Am Harzenberg, 29579 Emmendorf, am 1. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baltrusch, Erna, geb. **Polzien**, aus Braunsberg, jetzt Peterstraße 21a, 23701 Eutin, am 2. März

Heinrich, Frieda, geb. **Kochowski**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Querstraße 8, 30952 Ronnenberg, am 5. März

Rauscher, Edith, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Schlüterstraße 8, Rot-Kreuz-Heim, 90480 Nürnberg, am 2. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ehlert, Erich, aus Seedranken, Kreis Treuburg, Westpreußenstraße 9, 31275 Lehrte, am 7. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Czychon, Elfriede, geb. **Geyer**, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Frankfurter Straße 15, 48529 Nordhorn, am 3. März

Nickel, Gertrud, geb. **Mross**, aus Ortelsburg, jetzt Boehläckerstraße 6, 67435 Neustadt, am 5. März

Schmetzer, Marta, geb. **Steppukat**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Barlach-Straße 12, 34414 Warburg, am 7. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bock, Dr. Herbert, aus Prostken, Bahnhofstraße 1, Kreis Lyck, jetzt Forstbann 12, 44229 Dortmund, am 2. März

Gober, Heinz, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Schweriner Straße 4c, 25563 Wrist, am 6. März

Klowerza, Ruth, geb. **Tautorrus**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Sensburger Allee 17f, 14055 Berlin, am 3. März

Leppert, Heinz, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenstraße 18a, 31698 Lindhorst, am 4. März

Morgenstern, Hildegard, geb. **Jortzik**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Wolfgangstraße 7, 06366 Köthen, am 2. März

Neumann, Lieselotte, geb. **Untermann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelm-Gisberz-Straße 10, 31319 Sehnde, am 5. März

Niedzkowski, Gertrud, aus Rogallen, Kreis Lyck, jetzt Südring 11, 31275 Lehrte, am 2. März

Ott, Hildegard, geb. **Dziedzitz**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Karlsbader Straße 31, 91459 Markt-Erlbach, am 4. März

Samland, Victor, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Krahnenburgstraße 14, 40472 Düsseldorf, am 2. März

Stein, Paul, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, jetzt Königsberger Straße 9, 37242 Bad Sooden-Allendorf, am 7. März

Sternberg, Frieda, geb. **Kühn**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Altenbacher Weg 3, 04828 Altenbach, am 3. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Liesbeth, geb. **Sankat**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, jetzt Lahnstraße 18, 35260 Stadtallendorf, am 2. März

Becker, Waltraud, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Brägelmannstraße 16, 49377 Vechta, am 5. März

Bruweleit, Karl-Ernst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Damaschkestraße 31, 23560 Lübeck, am 3. März

Daniel, Otto, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Schwartzenbrink 6, 32457 Porta Westfalica, am 6. März

Daudert, Erich, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Blaufuß 54, 46485 Wesel, am 2. März

Deichen, Elly, geb. **Schneider**, aus Ortelsburg, jetzt Katzenwiesenring 123, 38259 Salzgitter, am 7. März

Dzudzek, Elisabeth, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Gelbingstraße 17, 70565 Stuttgart, am 3. März

Fallet, Elisabeth, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Koldingstraße 10, 24539 Neumünster, am 7. März

Friedrich, Günter, aus Königsberg, jetzt Tulpenstraße 1, 86551 Aichach, am 5. März

Grünewald, Elsbeth, geb. **Wolff**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelmshöhe 4/76, Seniorenresidenz, 23701 Eutin, am 1. März

Holle, Erna, geb. **Brenke**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, jetzt Wickeder Hellweg 93, 44319 Dortmund, am 1. März

Holst, Gertrud, geb. **Zylla**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 10, 17217 Mallin, am 1. März

Jankowski, Erich, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Neustraße 21, 46147 Oberhausen, am 1. März

Kloss, Paul, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Birkenstraße 32, 75217 Birkenfeld, am 7. März

Kremser, Luise, aus Natzau, Kreis Samland, jetzt Badweg 3, 74523 Schwäbisch Hall, am 2. März

Krüger, Ursula, geb. **Schmidt**, aus Lixainen, Kreis Mohrungen, jetzt Klara-Zetkin-Straße 53, 17033 Neubrandenburg, am 6. März

Kussat, Elisabeth, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Poststraße 122, 95192 Lichtenberg, am 6. März

Lankeit, Charlotte, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Haus St. Johannnes, Bei St. Johannes 10, 20148 Hamburg, am 9. März

Messidat, Arno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Paradeisstraße 34, 82362 Weilheim, am 1. März

Müller, Lieselotte, geb. **Voigt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Zum Vogelherd 3, 91241 Kirchensittenbach, am 7. März

Neumann, Erhard, aus Beringen, Kreis Ebenrode, jetzt Oststraße 23, 48291 Warendorf, am 6. März

Neuschel, Irmgard, geb. **Szusdziara**, aus Tilsit, jetzt Seestraße 6, 18279 Vietgest, am 4. März

Piaszinski, Georg, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Kastanienallee 1, Ortsteil Bülow, 17166 Schorssow, am 3. März

Porath, Edeltraut, aus Lyck, jetzt Friedenstraße 43, 71672 Marbach, am 1. März

Redinger, Gerda, geb. **Riechert**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Naupliastraße 39, 81547 München, am 1. März

Schmidt, Herta, geb. **Weiß**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Untere Siedlungsstraße 3, 08056 Zwichau, am 5. März

Semler, Anneliese, geb. **Swiedesky**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Thelengasse 35, 53859 Niederkassel, am 6. März

Sywottek, Heinrich, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt Herresthal 48, 54294 Trier, am 1. März

Tschoppe, Herbert, aus Königsberg, Altrossgarten, Predigerstraße 39a, jetzt Nordmarkstraße 26, 25980 Westerland/Sylt, am 6. März

Wenzel, Anneliese, aus Lyck, jetzt Karl-Russell-Straße 10, 56070 Koblenz, am 4. März

Wondzinski, Erna, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Straße 28, 23701 Eutin, am 1. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Axen, Edith, geb. **Meyer**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Droste-Hülshoff-Straße 92, 45772 Marl, am 6. März

Bartsch, Ruth, geb. **Radtke**, aus Klein-Ruden, Kreis Schloßberg, jetzt Wieselstraße 9, 50259 Pulheim, am 4. März

Bauerdorf, Erika, geb. **Frank**, aus Allenburg, Siebenbrüderplatz, Kreis Wehlau, jetzt An der Berner Au 89, 22159 Hamburg, am 2. März

Draheim, Manfred, aus Krefelder Siedlung, Kreis Pillkallen, jetzt Finkenweg 11, 15732 Schulzendorf, am 6. März

Jelonnek, Siegfried, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Calwinstraße 18, 45479 Mülheim, am 6. März

Kalnassy, Erhard, aus Plauen, Klein Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Salzeck 5, 39418 Staßfurt, am 1. März

Karow, Brunhild, geb. **Unruh**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 8, 17322 Ramin, am 1. März

Kries, Günter, aus Dirschau, jetzt Hackländer Straße 28, 49074 Osnabrück, am 7. März

Loges, Hannelore, geb. **Soyka**, aus Lyck, Freystraße 8, und Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Mozartweg 7, 31552 Rodenberg, am 6. März

Mallunat, Dietward, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt An den Eichhölzern 11, 30459 Hannover, am 4. März

Muth, Edith, geb. **Muth**, aus Preußwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Piccoloministraße 315, 51067 Köln, am 5. März

Nicklas, Lucie, geb. **Kowalewski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Odenwaldstraße 4a, 64342 Seeheim-Jungenheim, am 2. März

Oberüber, Erwin, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Halkettstraße 3, 30165 Hannover, am 5. März

Pohl, Paula, geb. **Ceranski**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Weserstraße 22, 31275 Lehrte, am 6. März

Reuter, Edith, geb. **Herzog**, aus Barnen, Kreis Treuburg, jetzt Pützdrichstraße 56, 52477 Alsdorf, am 2. März

Runge, Elisabeth, geb. **Bastek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Nordweg 36, 38820 Halberstadt, am 6. März

Sadowski, Helmut, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Tecklenburger Straße 95, 49525 Lengerich, am 6. März

Schaaf, Margarete, geb. **Balbach**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Nach der Holle 1, 06179 Teutschenthal, am 1. März

Schwittay, Heinz, aus Wacholderaus, Kreis Ortelsburg, jetzt Hertastraße 34, 45888 Gelsenkirchen, am 13. Februar

Sieg, Gerhard, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Simonswaldstraße 52, 79261 Bleibach, am 5. März

Stauber, Hildegard, geb. **Hofmann**, aus Königsberg-Ponarth, Karschauer Straße, jetzt Thurwieserstraße 13, 80933 München, am 3. März

Völlmann, Ruth, geb. **Hellmann**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Iggelheimer Straße 52, 67373 Dudenhofen, am 5. März

Wengorz, Horst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, und Babeck, Kreis Treuburg, jetzt Holzwickeder Straße 33, 59427 Unna, am 4. März

Wierutsch, Horst, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Heidestraße 10, 32257 Bünde, am 1. März



Mallas, Erich, und Frau Ursula, geb. **Kühn**, aus Modgarben, Kreis Rastenburg, jetzt Sonnenhoehe 14, 24223 Raisdorf/Kiel, am 4. März



Käppel, Siegmund, aus Wriezen/Oder und Frau Gerda, geb. **Damerau**, aus Alt-Passarge, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hauptstraße 41, 06132 Halle, am 5. März

Naujoks, Willi, aus Perwelk Kreis Memel, und Frau Wally, geb. **Schwarz**, aus Horosedel, Kreis Podersam/CS, jetzt Bertholt-Brecht-Straße 18, 39218 Schönebeck, am 27. Februar

Sudau, Hans-Dieter, aus Lindental, Kreis Elchniederung, und Frau Dr. Lore, geb. **Bassow**, aus Stettin, jetzt Bülowstraße 6a, 49074 Osnabrück, am 24. Februar

»Wir gratulieren« auch unter www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Ermländische Begegnungstage



Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010“ im „Haus Düsse“, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Telefon (02945) 9890 statt. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind“. Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenübergestellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, das sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 26. Februar, 23.15 Uhr, Dmax: Feuer und Eis – Der finnische Winterkrieg. Am 30. November 1939 marschiert die Rote Armee in Finnland ein.

Sonnabend, 27. Februar, 17 Uhr, 3sat: vivo – Mutig gegen Gewalt.

Sonntag, 28. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 28. Februar, 32.05 Uhr, N24: N24 History – Die Geschichte der Deutschen.

Montag, 1. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers nützliche Idole – Heinz Rühmann.

Montag, 1. März, 21 Uhr, ARD: Der Krieg – Hitlers Angriff in Europa (1/3).

Dienstag, 2. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers nützliche Idole – Heinz Rühmann.

Dienstag, 2. März, 22.15 Uhr, ZDF: Kein Schritt ohne Risiko – Als Soldat in Afghanistan.

Dienstag, 2. März, 22.30 Uhr, NDR: Glückliches Biotier?

Mittwoch, 3. März, 20.15 Uhr, Arte: Aus heiterem Himmel. Die Royal Air Force verteidigt die Heimat (1/4).

Mittwoch, 3. März, 21 Uhr, Arte: Aus heiterem Himmel. Die Royal Air Force verteidigt die Heimat (2/4).

Donnerstag, 4. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Unter kaiserlicher Flagge – die Karawane der Matrosen; Hetzjagd vor Kap Horn.

Donnerstag, 4. März, 23.45 Uhr, RBB: Eisenfresser – Das Leben der Schrottarbeiter von Bangladesch.

Freitag, 5. März, 20.15 Uhr, 3sat: Trümmerjahre am Rhein, Ruhr und Weser – Zeit der Frauen.

Freitag, 5. März, 23.20 Uhr, Arte: Die Agentur – Macht und Ohnmacht der IAEA.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 2. März, 15 Uhr, Treffen im „Amtsstübel“ in Mosbach. Bringfriede Jung berichtet: „Aus meiner Zeit als junge Lehrerin in Ostpreußen“. Mitfahrgelegenheiten: 14.20 Uhr in Hainstadt, 14.25 Uhr in Buchen.

Reutlingen – Sonnabend, 6. März, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6, Reutlingen. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit, Folgendes steht auf dem Programm: Mit Kaffee und Kuchen wird die Veranstaltung eingeleitet, Begrüßung durch die Erste Vorsitzende, Gedenken der verstorbenen Mitglieder, Jahresbericht der Ersten Vorsitzenden, Bericht der Frauengruppenleiterin Frau Orthmann, Bericht der Schatzmeisterin Frau Praß sowie der Kassenprüferin Frau Stoller, des Weiteren Vorschau auf 2010. Die Frauen der Gruppe haben ein Grützwurst- und Sauerkrautessen vorbereitet. Der Vorstand freut sich über ein zahlreiches Erscheinen zur ersten Veranstaltung des Jahres.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 11. März, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“. Thema: „Erinnerungen an Agnes Miegel“.

Weinheim – Mittwoch, 10. März, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Zu Ehren der verstorbenen Schriftstellerin Hildegard Rauschenbach ist dieser Heimatnachmittag gewidmet.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bad Wörishofen – Die Gruppe der Königsberger Ostpreußen-Gemeinschaft in Bad Wörishofen macht eine gewünschte Reise in die Heimat. Dazu sind alle heimattreuen Landsleute und Freunde Ostpreußens herzlich eingeladen mitzufahren. Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und Masuren warten auf die Heimatverbundenen. Die Fahrt geht mit dem bekannten Reiseunternehmen Busche. Termin: 15. bis 26. Juni 2010, Ausgangspunkt: Hannover sowie Königsberg (Franken / bei Schweinfurt – Bamberg in Süddeutschland). Das Programm sieht wie folgt aus: Am Vortag (14. Juni) von Hannover kommend Treffen in Königsberg (Bayern) und Zwischenübernachtung. Dienstag, 15. Juni: Abfahrt Richtung Hof, Leipzig, Frankfurt/Oder, Grenzübergang, weiter in den Großraum Posen. Eine Übernachtung im Großraum Posen. 16. Juni: Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Braunsberg zur Grenze bei Heiligenbeil/Grunau. Am Abend kommt die Gruppe in Rauschen an. Dort bleibt man sechs Tage. Die Ausflugsfahrten gehen mehrmals nach Königsberg. Dort erwartet die Reisenden unter anderem ein wunderbares Orgelkonzert im Königsberger Dom, oder zum Beispiel eine Bootsfahrt auf dem Pregel. Tapiau, Insterburg, das Gestüt Georgenburg und andere gewünschte Orte können besucht werden, Taxifahrten für Jedermann sind möglich. Von Rauschen aus geht es für drei Nächte nach Sensburg ins schöne Masuren. Heiligelinde, Nikolaiken, Lötzen, eine Bootsfahrt und vieles Altostpreußische wird zu sehen sein. Gedenkstunden vor Kirchen und Friedhöfen – um der Toten der ostpreußischen Heimat zu gedenken – gehören dazu. Auskünfte erteilt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Landshut – Dienstag, 2. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem gemütlichen Kaffeeklatsch.

München – Sonnabend, 6. März, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Es stehen Neuwahlen an sowie die Verabschiedung von Hansjürgen Kudczinski aus dem Amt des Ersten Vorsitzenden. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Weiden – Sonntag, 7. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Heimgarten“.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 7. März, 13 Uhr, Besuch der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird die Komödie „Sturmgeselle Sokrates“ von Hermann Sudermann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld; 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee, gegenüber Hamburg Hauptbahnhof; 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang; 16 Uhr, Theateraufführung; 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 10. März, 15 Uhr, Kulturnachmittag, Jahreshauptversammlung und Entlastung des Kassierers in den ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, U-Bahnstation Christuskirche. Mit Musik, frohen Liedern und Vorträgen will man an die Heimat denken und den harten Winter vertreiben. Der Eintritt kostet 2 Euro. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 27. März, 14 Uhr, Frühlingsfest der Gruppe im AWO Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen will man einige fröhliche Stunden in geselliger Runde miteinander verbringen. Dazu gibt es auch einen Film über Ostpreußen. Den Seniorentreff erreicht man mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 26. März.



Insterburg – Mittwoch, 3. März, 13 Uhr, Frühlingsfeier mit heimatlichen Gedichten und gemeinsamen Liedern im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Königsberg – Donnerstag, 18. März, 14.30 Uhr (Einlass 14 Uhr), Treffen der Königsberger zum traditionellem Klopse-Essen im „Rosengarten“, Alsterdorfer Straße 562, 22337 Hamburg-Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Anmeldungen bis zum 12. März an Ursula Zimmermann, Klärchenstraße 21, 22299 Hamburg, Programm wird vorbereitet. Anreise mit U- oder S-Bahn bis Ohlsdorf, Ausgang Friedhof, rechtsherum bis zur Fußgängerampel, diese überqueren und dann gleich rechts.



Osterode – Sonnabend, 27. Februar, 15 Uhr, Kappenfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Bei Musik zum Mitsingen soll in fröhlicher Runde in den Karneval geschunkelt werden. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gäste mit und auch ohne Kappe sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 14. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anregungen und Bedenken schriftlich oder telefonisch an Kurt Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 72767.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. März, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 6. März, 13 Uhr, Treffen der Salzburger im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg. Pastor Heye Osterwald, vormals Probst in Königsberg und Gumbinnen, hält einen Diavortrag zu dem Thema: „Erfahrungen in der Arbeit der Evangelischen Kirchen im heutigen russischen nördlichen Ostpreußen“. Gäste und Mitglieder sind herzlich willkommen.



Hessen

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel zeigt Gerhard Schröder Dias von einer Reise nach Nordostpreußen im September 2009.

Frankfurt am Main – Nach einer satzungsgemäßen Neuwahl kann die reguläre Verbandsarbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen werden. Ende Januar standen nun Neuwahlen an, die, unter der Aufsicht des vom Amtsgerichtes Frankfurt am 20. September 2009 alleinvertretungsberechtigten bestellten Notvorstandes des Erich Högn, durchgeführt wurden. Zur Ersten Vorsitzenden wurde durch Wiederwahl Gerlinde Groß, zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Gertrud Kuczik und Ursula Küster gewählt. Das Amt des Kassierers wird verantwortungsvoll Marianna Werthmann führen. Silvia Fischer übernahm die Aufgabe der Schriftführerin. Auch die Positionen der Kassenprüfer, der Beisitzer und des Schiedsgerichtes wurden satzungsgemäß besetzt. Somit wäre das „Kohnke“ (Schiffchen) Frankfurt/Main wieder auf den Weg gebracht.

Kassel – Dienstag, 2. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr berichtet Alfons Kuhn über: „Die letzten Kriegsmonate in Nordostpreußen“.

Wetzlar – Montag, 8. März, 18.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen in den Wetzlarer Grillstuben. – Einstimmig für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt hat die Mitgliederversammlung ihren bisherigen Vorstand mit Kuno Kutz (Vorsitzender), Hildegard Hennig (Stellvertreterin und Schriftführerin), Karla Weyland (Kulturbeauftragte) und Horst Koschinski (Schatzmeister). Anschließend stellte Mitglied Joachim Albrecht sein autobiografisches Buch „Katjuschas und ihre Folgen – Königsberg im Januar 1945“ vor. Darin beschreibt der Autor die Flucht seiner Familie nach Rügen im Januar 1945 und deren spätere Umsiedlung nach Neubrandenburg. Der 256 Seiten umfassende, reich bebilderte Bericht ist im Selbstverlag erschienen und kostet 14.80 Euro. Kontakt: Joachim Albrecht, Elsa-Brändström-Straße 41, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 73440, oder Hildegard Henning, Fuchskaut 20, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 770512.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 6. März, 10 Uhr (Ende 17 Uhr) Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt). Es ist zugleich das Jubiläum: „Zehn Jahre Volkshaus Anklam“. Die Ostpreußen waren die ersten Nutzer der Halle mit inzwischen über 50 Großveranstaltungen und nicht nachlassenden Besucherzahlen. Das Jubiläums-Programm „Wir kommen aus Königsberg“ gestalten der Posaunenchor Bansin/Usedom, das Pfarrer-Ehepaar Erhard und Luise Wolfram und die ostpreußische Folkloregruppe Wandersleben/Thüringen. Für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze ist wie immer gesorgt. Alle Landsleute und Interessenten von fern und nah sind herzlich willkommen.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 9. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5, Göttingen. Hartwig Fischer, MdB, referiert: „Meine Aufgaben in Afrika“. – Donnerstag, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer Kaffeerunde mit Gedankenaustausch und Plauderei im Café Valentin, Adolf-Ellissen-Weg 1a, Göttingen-Weende. Die Buslinien 2 und 3 halten direkt vor dem Café. – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZZ) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Schriftliche Anmeldungen bis zum 31. März an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 4. März, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 11. März, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 11. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4.

Oldenburg – Mittwoch, 10. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Dr. Hans-Ulrich Minke berichtet von seiner Gruppe: Was macht eigentlich die „Arbeitsgruppe Vertriebene“ bei der Oldenburgischen Landschaft? Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Rinteln – Donnerstag, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Ralf-Peter Wunderlichs Reisebericht: Sizilien – einzigartige Kunst- und Kulturlandschaft“. Gäste sind herzlich willkommen. weitere Informationen zum Programm und zur landsmannschaftlichen Arbeit bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386. – Die Reise „Königsberger Provinz“ im Mai 2010 ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung Adresse und Telefonnummer an Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rintel, Telefon (05751) 5386, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 1. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 4. März, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 11. März, 15 Uhr, ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 2. März, 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Nach einem langen erfüllten Leben in Treue zu seiner geliebten und schicksalsreichen Heimat Ostpreußen und seinen Menschen verstarb unser langjähriger Landesvorsitzender

Günter Petersdorf

* 17. 6. 1920 † 11. 2. 2010
Königsberg (Pr) Kiel

Landesvorsitzender von 1960 – 2005
Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes
Träger des Preußenschildes
Träger des Goldenen Ehrenzeichens
Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Bundes der Vertriebenen
Träger der Schleswig-Holstein-Medaille
Träger der Bismarck-Medaille in Gold
Träger der Wenzel-Jaksch-Medaille

Alle Ostpreußen, nicht nur im nördlichsten Bundesland, haben ihm unendlich viel zu verdanken und verneigen sich in Ehrerbietung vor dem Verstorbenen.

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein

Edmund Ferner – Landesvorsitzender
Dieter Schwarz – Stellv. Landesvorsitzender

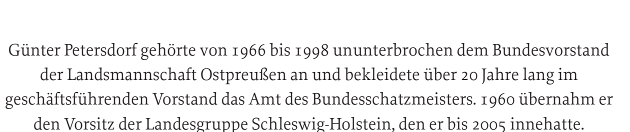


In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Günter Petersdorf

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

* 17. Juni 1920 in Königsberg (Pr) † 11. Februar 2010 in Kiel



Günter Petersdorf gehörte von 1966 bis 1998 ununterbrochen dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen an und bekleidete über 20 Jahre lang im geschäftsführenden Vorstand das Amt des Bundesschatzmeisters. 1960 übernahm er den Vorsitz der Landesgruppe Schleswig-Holstein, den er bis 2005 innehatte.

Der politische Lebensweg des Verstorbenen war von Standhaftigkeit und Prinzipientreue geprägt. Für die Verständigung mit den östlichen Nachbarn auf der Grundlage des Rechts und der geschichtlichen Wahrheit setzte er sich mit Nachdruck ein.

In Würdigung seiner in überzeugender preußischer Gesinnung und Haltung erbrachten Leistungen für Ostpreußen sowie seines unermüdlichen Einsatzes für die Rechte der Vertriebenen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Günter Petersdorf 1970 das Goldene Ehrenzeichen und 1998 ihre höchste Auszeichnung, den Preußenschild, verliehen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Dr. Wolfgang Thüne – Stellv. Sprecher
Wilhelm v. Gottberg – Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld – Schatzmeister



Die Kreisgemeinschaft Schloßberg trauert um

Hildegard Rauschenbach

geb. Mischke

geb. 15. 3. 1926 Dickschen, Kr. Schloßberg – gest. 7. 2. 2010 Berlin

Ihre Auszeichnungen:
Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland
Goldenes Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen
Ostpreußischer Kulturpreis für Publizistik

Durch ihre zahlreichen Veröffentlichungen von Büchern, Gedichten und Tonträgern in ostpreußischer Mundart hat Hildegard Rauschenbach ihre geliebte Heimat, den Kreis Schloßberg und ganz Ostpreußen in die weite Welt getragen und damit für immer unvergessen gemacht! Ihr Wahlspruch: Vergeben ja – vergessen nie!

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren!

Kreisgemeinschaft Schloßberg (Ostpreußen)

Michael Gründling – Kreisvertreter
Renate Wiese – Geschäftsführerin

Joachim Löwe, Christian-Jörg Heidenreich
Stellvertretende Kreisvertreter

Ein lieber Mensch ist von uns gegangen

Waltraut Wagner

geb. Albrecht
* 4. Februar 1923 in Grünhoff / Ostpreußen
† 15. Februar 2010 in Bad Aibling

In Liebe und Dankbarkeit:
Monika Reisenauer mit Familie
Renate Wagner mit Familie
Meta Beck
Ottokar Wagner mit Familie
Agnes Albrecht mit Familie

Mühldorfstraße 39, 81671 München

Trauerfeier mit anschließender Beerdigung fand am Montag, dem 22. Februar 2010, um 14.00 Uhr im Friedhof Lohhof an der Nelkenstraße statt.



Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist Erlösung eine Gnade.

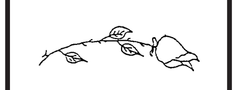
Friedlich entschlief am 2. Februar 2010

Wilhelm Griegereit

geb. 19. 7. 1918
Alt Sussemilke

Udo und Monika
Edgar
Kai und Daniela mit
Finn und Nils

Weiterstadt, im Februar 2010



Traurig nehmen wir Abschied von meiner lieben Mutter, unserer Oma und Uroma

Margarete Ballnus

geb. Müller

die am 17. Februar 2010 im Alter von 80 Jahren friedlich eingeschlafen ist.

In Liebe und Dankbarkeit
Elke Lüthke geb. Ballnus
Anja Lüthke mit Lisa-Maria
Jens-Peter Lüthke und Christine Köhler mit Sebastian

Selbitzer Straße 27 A, 14089 Berlin

Die Trauerfeier hat bereits auf dem Spandauer Friedhof „In den Kisseln“ stattgefunden.

Der HERR ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln.
Er weidet mich auf einer grünen Aue und führet mich zum frischen Wasser.
Er erquicket meine Seele und führet mich auf rechter Straße um seines Namens willen.
Und ob ich schon wanderte im finstern Tal,
fürchte ich kein Unglück;
denn Du bist bei mir, dein Stecken und Stab trösten mich.
Psalm 23

Gertraut Domnowsky

* 20. 5. 1922 Königsberg / Ostpreußen
† 6. 2. 2010 Bonn

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Ulrike Perband
im Namen aller Angehörigen und Freunde

Traueranschrift: Ulrike Perband, 45239 Essen, Leanderbank 1

Der Trauergottesdienst fand statt am Dienstag, dem 16. Februar 2010, um 12.00 Uhr in der Schlosskirche, Bonn, Am Hof 1 / An der Schlosskirche. Die Beerdigung erfolgte am Mittwoch, dem 17. Februar 2010, um 11.00 Uhr auf dem Städtischen Friedhof in St. Goarshausen.



Es hat alles seine Zeit,
das Kommen und das Gehen,
das Aufblühen und Verwelken.

Hildegard Rauschenbach

geb. Mischke
* 15. März 1926 † 7. Februar 2010

Die Landsleute der Heimatkreise Pillkallen/Schlossberg und Stallupönen/Ebenrode trauern um Hildchen.

Sie war viele Jahre stellv. Kreisbetreuerin und belebte die Heimatnachmittage stets mit Sketchen und musikalischer Unterhaltung.

Wir werden sie nie vergessen.

Helga Rieck – Kreisbetreuerin Pillkallen/Schlossberg
Edith Greilich – stellv. Kreisbetreuerin
Günter Kropp – Kreisbetreuer Stallupönen/Ebenrode

Ostpreußen – Schleswig-Holstein
Berchtesgadener Land

Nach einem langen, erfüllten Leben in 68 glücklichen Ehejahren nehmen wir in Dankbarkeit Abschied von meinem geliebten Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater und Opa



Ernst Viehöfer

* 10. 5. 1916 in Gumbinnen † 5. 2. 2010 in Piding

83451 Piding, Bahnhofstraße 39

Ursula Viehöfer, geb. Leber
Dr. Lothar Viehöfer und Familie
im Namen aller Angehörigen

Schweren Herzens, aber dankbar für die schöne lange gemeinsame Zeit, müssen wir Abschied nehmen von meinem geliebten Eheman, treu sorgenden Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel



Walter Danielzik

* 18. 12. 1919 † 10. 2. 2010
Klein Lasken/Lyck – Karlsruhe

In Liebe: deine Elsbeth
Hans-Joachim und Annelie mit Anke, Stefanie und Alexandra
Martina und Roland mit Niclas
und alle Angehörigen

Kondolenzanschrift:
Martina Danielzik, Josef-Schofer-Straße 9, 76187 Karlsruhe

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Uhr, Jahreshauptversammlung im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74. – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 985 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düsseldorf – Mittwoch, 3. März, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 4. März, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch im Raum 412, GHH. – Donnerstag, 11. März, 19.15 Uhr, Eröffnung der Ausstellung Karl Leo H. Guttmann „Ostpreußische Impressionen“ im Ausstellungsraum, GHH. – Freitag, 12. März, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Gütersloh – Montag, 1. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonntag, 7. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Güteslober Brauhaus, Unter den Ulmen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Anträge sind an den Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403871 zu richten. Weitere Informationen auch unter Telefon (05241) 29211. – Montag, 8. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln“, die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 4. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Köln – Freitag, 26. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der VHS-Köln im Bezirksrathaus Nippes, Neusser Straße 450, 50733 Köln. Thema: „Wilna nach Memel – Kurische Nehrung“. – Dienstag, 2. März, 14 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Kolpinghotel International, St. Apern, Helenenstraße 32, Köln. Diavortrag von Frau Neuman zur Vorbereitung auf die Ostpreußenreise vom 18. bis 25. Juli 2010.

Leverkusen – Sonnabend, 13. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Ratibor. Die Gruppe veranstaltet schon seit vielen Jahren in den ersten drei Monaten des neuen Jahres einen Nachmittag mit Videovorführungen. So erlebten die Mitglieder bei Kaffee und Kuchen noch einmal, was im zurückliegenden Jahr gemeinsam unternommen wurde. Bruno Pelke sei Dank gesagt für die Aufnahmen. Gäste sind herzlich willkommen.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Mönchengladbach – Sonntag, 28. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer „Quizveranstaltung“. Es wird nach Geschichte, Kultur, Erdkunde, Landwirtschaft und nach ostpreußischer Mundart gefragt. Es gibt ein paar Preise zu gewinnen. – Sonntag, 21. März, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Nach dem offiziellen Teil wird Lm. Schiemann mit lustigen und interessanten Anekdoten an „Ostpreußen vor 100 Jahren“ zu erinnern.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 9. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Wahlen der Gruppe im „Handelshof“.

Wuppertal – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Victoria-Haus, Neumarkt 2, Wuppertal-Elberfelde.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 26. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 5. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 6. März, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag mit Filmvortrag in der „Mundus Residenz“, Große Bleiche 44.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 27. März, 10 Uhr (Ende 16 Uhr), 10. Kirchentag der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen im Gemeindehaus der Christuskirche, Elsa-Brändström-Straße 1, Dresden-Stecklen. Thema: „Glaubensflüchtlinge in Ost- und Westpreußen (Mennoniten, Hugenotten, Salzburger)“. Anmeldungen werden bis zum 22. März erbeten bei Elfriede Rick, Telefon (0351) 4713086.

Chemnitz – Sonnabend, 27. März, 13 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Treffen der Gruppe im „Platnerhof“. Gerhard Hopp, bekannt aus Funk und Fernsehen (Sachsenländer), vereint mit Ingrid Labuhn und dem „Kulturkreis Simon Dach“ mit den Liedern, Geschichten und Gedichten der ostdeutschen Dichterin Erne Unangst werden eine lebendige Fülle an Heimatverbundenheit bieten. – Das Programm der ersten Veranstaltung in diesem Jahr stand ganz im Zeichen der Erinnerung an die ostpreußische Erzählerin Frieda Jung sowie an die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ am 30. Januar 1945. Zu Beginn gab Hilli Bartkowiak mit der Begrüßung die personellen Veränderungen im Vorstand der Gruppe bekannt. Alexander Schulz, der als Gast herzlichst begrüßt wurde, war auf Grund seiner neuen Funktion als Landesvorsitzender aus dem Vorstand der Gruppe ausgeschieden. Ihm wurde viel Dankbarkeit für seine bisher geleistete Arbeit entgegengebracht. In Verbundenheit und Treue zur Heimat hatte Gertrud Altermann den Vorsitz übernommen. Eingedenk der Verpflichtung, die kulturelle und geistige Substanz des heimatlichen Erbes mit den Traditionen und dem Brauchtum zu pflegen, sowie die Wurzeln zur Heimat stark zu halten, trug Ingrid Labuhn Werke Frieda Jungs vor, begleitet wurde das mit Darbietungen vom „Kulturkreis Simon Dach“. Jung wurde vor über 80 Jahren in Kiaulkehmen geboren. Der Bogen ihrer Lebensgeschichte, die von Flucht und Ängsten geprägt war, spannte sich vom Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart hinein. Gertrud Altermann erinnerte in dem Zusammenhang an Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen im Januar 1945. Ihre mordende, grausame Visitenkarte hatte die Rote Armee im Herbst 1944 in Nemmersdorf hinterlassen. So konnte es, nach dem Durchbruch der Sowjetarmee Januar 1945, nur lauten: Rette sich wer kann. Sie erinnerte an einen Vortrag zum Januar 1945. Damals schilderte der Zeitzeuge Erwin Heft, mit zu Herzen gehenden Worten den Untergang der Gustloff, Er gehörte damals – als Obermatrose – zu der Mannschaft eines Torpedobootes, das zahlreiche Überlebende der Gustloff-Katastrophe aus den eisigen Ostseefluten retten konnte. Die Zeitzeugen dieser Zeit fühlen sich verpflichtet, Solidarität zu beweisen, wenn die 700jährige deutsche Geschichte der deutschen Ostgebiete negiert werden soll.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2010!



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“. – Donnerstag, 11. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus“. Es gibt eine Lesung über das Leben von Helene Schweitzer.

Magdeburg – Dienstag, 9. März, 16.30 Uhr, Frauentag der Gruppe in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Neumünster – Mittwoch, 10.März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Restaurant am Kantplatz. Anschließend gemeinsames Singen und lustige Geschichten.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Zehntägige Frühlingsfahrt mit Partner-Reisen nach Nord- und Südostpreußen: Elchniederung-Tilsit-Königsberg-Masuren vom 28. Mai bis 6. Juni 2010. Reiseleitung: Peter Westphal – 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache und in Berlin bis nach Danzig zur Zwischenübernachtung in einem Hotel an der Altstadt. 2. Tag: Führung durch die sehr schön restaurierte Altstadt von Danzig mit dem Langen Markt, dem Artushof, der Marienkirche und dem Krantor am Motlau-Ufer. Besonderes Danziger Flair hat die Mariengasse mit den typischen Danziger Beischlägen, in denen heute kleine Bernsteinboutiquen und Straßencafés zum Verweilen einladen. Danach Weiterreise bis zum polnisch-russischen Grenzübergang und weiter nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im zentral gelegenen Hotel „Rossija“ beziehen. 3. Tag: Fahrt in die Elchniederung nach Heinrichswalde mit Möglichkeit zur Teilnahme am evangelischen Gottesdienst. Danach Fahrt nach Rauterskirch an der Gilge. Hier sind ein offizieller Empfang sowie ein Treffen mit der örtlichen Bevölkerung vorgesehen. Anschließend Ortsbesichtigung mit Besuch der historischen Kirche Rauterskirch und der mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation. Am Nachmittag Rundfahrt durch die Elchniederung über Seckenburg, Neukirch, Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit. 4. Tag: Tag zur freien Verfügung. Unser Taxiservice bietet wieder die Möglichkeit für gezielte Einzelfahrten und Unternehmungen, einschließlich des Gebietes nördlich der Gilge. Am Abend erleben Sie ein stimmungsvolles Folklorekonzert. 5. Tag: Fahrt nach Königsberg. Nach der Stadtführung in Königsberg ist in der Propstei der evangelischen Kirche ist der Tisch zum Mittagessen für Sie gedeckt. In einem anschließenden Treffen erfahren Sie etwas über die Arbeit der Kirche im Kaliningrader Gebiet. Zum Abschluss des Königsbergbesuches steht noch ein besonderer Höhepunkt auf dem Programm: Sie besuchen den wiedererrichteten Dom und hören hier ein kleines Anspiel der neu eingebauten, in Deutschland gefertigten Orgel. Anschließend Fahrt zum russisch-polnischen Grenzübergang und weiter in den südlichen Teil Ostpreußens nach Masuren, Hotelübernachtung in Lötzen. 6. Tag: Masurenrundfahrt: Bei Steinort passieren Sie einen der schönsten Orte Masurens an der Engstelle zwischen Mauersee und Dargainensee und machen einen Fotostopp am Gut der Familie Lehndorff. Danach besichtigen Sie bei Görlitz die „Wolfsschanze“, Hitlers Hauptquartier in Ostpreussen. Anschließend Besichtigung der bekannten Barockkirche in Heilige Linde und in Rössel kurze Außenbesichtigung der beeindruckenden Ordensburg. Weiter über Sensburg zum Kaffeetrinken auf einem ostpreußischen Bauernhof in Zondern. Übernachtung in Lötzen. 7. Tag: Schiffsfahrt über die Masurischen Seen von Lötzen nach Nikolaiken. Nach einem Ortsrundgang durch Nikolaiken mit seiner schönen Seeuferpromenade und einer neuen großen Marina Weiterfahrt in Richtung Eckertsdorf mit Besuch des Philliponenklosters. An der Kruttina wird ein Zwischenstopp für eine Stakenkahnfahrt eingelegt, und anschließend besuchen Sie Peitschendorf und die Försterei Kleinort mit dem Geburtshaus des deutschen Schriftstellers Ernst Wiechert. Weiterreise in das Ermland und Übernachtung in Allenstein. 8. Tag: Besuch des ostpreußischen Freilichtmuseums in Hohenstein (Olsztynek). Die Gebäude im Museumskomplex repräsentieren die Architekturbesonderheiten der historischen Regionen Ostpreußens: Ermland, Masuren, Oberland, Samland und Memelland. Anschließend Fahrt auf dem Oberländer Kanal. Hier überwinden die Schiffe auf der Strecke zwischen Buchwalde und Elbing den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das so genannte Aufschleppen über Rollberge. Am Abend erleben Sie auf einem Gestüt in einer Umgebung von Allenstein eine zünftige „Bauernhochzeit“ mit einem leckeren Abendessen, Musik, Tanz und Folklore, ein heiterer Ausklang unseres Aufenthaltes im südlichen Ostpreußen. Übernachtung in Allenstein. 9. Tag: Stadtführung in Thorn und Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 10. Tag: Rückreise nach Deutschland. Preis pro Person 979 Euro, EZ-Zuschlag 185 Euro, Visagebühr: 55 Euro. Das genaue Reiseprogramm kann angefordert werden bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon, Fax und Anrufbeantworter (05324) 798228.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Gratulation Dr. Siegfried Pelz – Am 25. Februar jährt sich zum 80. Mal der Geburtstag von Dr. Siegfried Pelz. Es ist mir eine Herzensangelegenheit, im Namen des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil zu diesem Ehrentag zu gratulieren. Landsmann Siegfried Pelz hat sich durch sein über Jahrzehnte währendes persönliches Engagement in der Kreisgemeinschaft sehr verdient gemacht. In der bisher turbulentesten Zeit der Vereinsgeschichte – im Jahr 2008 – unterstützte er den Notvorstand im Allgemeinen und die Kreisvertreterin im Speziellen mit Herz und Verstand. Siegfried Pelz wurde in Heiligenbeil geboren als Sohn der Eheleute Hermann Pelz und Elisabeth, geborene Grohnert. Zuletzt besuchte er die Oberschule in Braunsberg. Im Februar 1945 musste er mit seiner Familie, wie auch Millionen anderer Ostpreußen, seine geliebte Heimat für immer verlassen. Die Flucht endete in Wyk auf Föhr. Dort besuchte Siegfried Pelz die damals neu gegründete Internatsschule, an der er später auch sein Abitur ablegte. 1956 schlug er die Offizierslaufbahn bei der Bundeswehr ein. Im Laufe der Jahre, die er in verschiedenen Garnisonen als aktiver Offizier erlebte, stieg er die Karriereleiter vom jungen Leutnant zum Oberstleutnant auf. Seine letzte Dienststelle war in Hamburg. An der Bundeswehrführungsakademie in Blankenese unterrichtete er als Dozent den Offiziers-Führungsnachwuchs der Bundeswehr sowie Offiziere aus zahlreichen anderen Nationen. In dieser Zeit in Hamburg nahm er noch das Studium im Fach Rechtswissenschaften auf, das er 1979 mit anschließender Promotion abschloss. 1986 verabschiedete ihn sein Dienstherr, die Bundeswehr, mit einer Ehrenformation in den Ruhestand. Auch in seinem Ehrenamt als Kreisvertreter von 1980–1989 hat Siegfried Pelz stets die Belange der Landsleute vertreten. Davor war er bereits neun Jahre Erster stellvertretender Kreisvertreter. Sein Lieblingsthema ist und bleibt wohl die preußische Geschichte. Die Goldene Ehrennadel, die ihm 1980 durch Kreisvertreter Georg Vögerl verliehen wurde, trägt er heute noch voller Stolz. Mit großer Hingabe verfolgt Siegfried Pelz das politische Tagesgeschäft. Denn eins ist ihm persönlich wichtig, das ist die Gerechtigkeit!

Im Februar vollendeten ebenfalls zwei Landsleute ihr 75. Lebensjahr – Kirchspielvertreter von Bladiau Konrad Wien am 15. Februar und Kirchspielvertreter Heiligenbeil-Land Martin Coch am 22. Februar. Der Vorstand gratuliert herzlich zum Geburtstag und wünscht alles erdenklich Gute für das neue Lebensjahr!



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Klaus-Arno Lemke: Winterreise-Ostpreußen zu Jahresbeginn – Bei moderaten winterlichen Temperaturen von rund minus sieben Grad sowie einer leichten Schneedecke erfolgte die Anreise über Marienburg, Elbing, Cadinen, Frauenburg bis zum Grenzübergang Heiligenbeil. Die Grenzpassage verlief problemlos, so dass wir uns nach einer knappen halben Stunde im russischen Teil Ostpreußens befanden. Die erste Anlaufstelle befand sich in Brandenburg (Uschakowo) am Frischen Haff. Hier wurde ein Kinderheim aufgesucht. Die Leiterin des Hauses, Alla, war bis vor zwei Jahren Leiterin eines Kindergartens in Kaimen. Von Ilse Hunger konnte Kinderkleidung abgegeben werden, die dankend in Empfang genommen wurde. Unser nächster Anlaufpunkt: das Kinderhilfswerk geleitet von Ulrich Ruske in Labiau. Mit Herrn Ruske wurden Informationsgespräche bezüglich der aktuellen Lage im Gebiet sowie deren Auswirkungen auf das Kinderhilfswerk geführt. Wie bereits andere im humanitären Bereich wirkende Organisationen leidet das Kinderhilfswerk daran, notwendige Mittel nicht in ausreichendem Rahmen zur Verfügung zu erhalten. Wobei unter Mitteln auch die eher zurückhaltende Unterstützung durch die russische Verwaltung zu sehen ist. Im Januar soll ein Gespräch stattfinden, in dem Herr Ruske zu erreichen erhofft, dass Anreisende, die das Kinderhilfswerk unterstützen wollen, neben ihren erlaubten 35 Kilogramm Privatgepäck weitere Gepäckstücke ohne zusätzliche Zollgebühren für Übergewicht einführen dürfen. Die aktuelle Zahl der Patenschaften sei zum Jahreswechsel auf ca. 80 gesunken, die Außenstelle in Tilsit-Ragnit sei wieder geschlossen worden. Herr Ruske will für das Kalenderjahr 2010 einen monatlichen Auszahlungsbetrag je Patenkind von 350 Rubel vornehmen, um die Folgen der Wirtschaftskrise für die Patenkinder abzumildern. Während unseres Aufenthalts wurden eine Reihe Besuche und Gespräche geführt. Das offizielle Labiau befand sich in den russischen Weihnachtsferien, die bis zum 11. Januar andauern. **Russische Weihnachtszeit in Labiau** – Schnee, zugefrorene Deime, Friedrichsgraben und Haff. Die Deime ist ein Paradies für die zahlreichen Eislochangler, in manchen Bereichen, ist das Eis vor lauter Menschen nicht zu erkennen. Schlittschuhläufer im Hafenbereich vor Koppetsch, geschmückter Weihnachtsbaum auf dem Marktplatz, Weihnachtsdekoration im Bereich der alten Marktstraße. Das Schloss – im Winterschlaf – noch? Rinderort / Labagienen: Das Haff ist weitestgehend zugefroren. Wir konnten so auf dem Haff spazieren gehend, und einige Eindrücke nun von der Haffseite mitnehmen. In der Fluchtlinie vom Leuchtturm zur Deimemünde sah man, dass das Eis sich leicht aufschob – keine großen Eisberge eher kleine Hügelchen (vielleicht 50 Zentimeter Meter hoch). Ähnlich auch das Bild auf das Haff hinaus – kleine Hügelchen. Völlig überraschend für uns: Motorengeräusch auf dem Haff – und schon raste ein alter Lada vorbei. Es folgten andere Fahrzeuge, die in Ufernähe auf dem Eis entlangfuhren, in der Ferne konnte man Fahrzeuge erkennen, die weit auf das Haff hinausfuhren (Eislochangler). Der Kreis Labiau lag ebenfalls unter einer geschlossenen Schneedecke. Die Straßen waren gut geräumt und insofern problemlos befahrbar. Die Baumschulen in Zanderlacken und Gründen sowie in Liebenfelde im Winterschlaf, Friedrichsburg und Bärwalde winterlich verträumt. Gut sichtbar die Reste des Ehren-Denkmals an der Straße von Goldbach über Friedrichsburg nach Labiau. Der Türbogen ist im Sommer kaum von der Straße auszumachen. Der Türbogen war Einlass zu einem kleinen etwa drei mal drei Meter großem Innenraum, soweit dies anhand der heute noch sichtbaren Fundamente auszumachen ist. **Der Sterneberger Forst** – ein Winterwald. Die Kirchen in Groß Baum sowie in Liebenfelde / Mehlauken stehen in unverändertem Zustand. Eine Aussage, dass die evangelische Kirche einen Einsturzschaden erlitten habe, bewahrheitete sich nicht. Legitten – die Kirche steht und trotzt der Kälte, Wind und Schnee. Das Pfarrhaus strahlt etwas weihnachtliche Stimmung, mittels eines Sterns im Giebelbereich, aus. Eine Kindermusikergruppe soll die Weihnachtsfeier mit Liedern und Musik unterstützt haben. Ein Besuch bei Ulla Plikauskiene in Kreutzingen erfolgte ebenso, überbracht wurden Neujahrsgrüße und Wünsche. Ulla geht es den Umständen entsprechend so leidlich. Die Winterzeit ist eine spezielle Zeit – kurze Tage und lange Nächte mit Dunkelheit. Hier ist jeder froh, ein Zeichen zu erhalten, dass er nicht vergessen ist – dies trifft auf Ulla sicherlich besonders zu. Sie würde sich sicherlich über den einen oder anderen Telefonanruf oder Besuch freuen. Ulla hat den Heimatbrief Dezember 2009 erhalten – natür-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

lich mit Freude. Wie jeder von uns, sind wir doch gespannt, was wir neues lesen dürfen. In Gesprächen, die in Labiau geführt wurden, erhielten wir die Information, dass zwischen der katholischen Kirche und der Mittelschule bei Arbeiten an einer Gasleitung, die Grabstätten von zwölf Personen gefunden wurden. Nach Erkundigungen von russischer Seite mittels Mitarbeiter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, soll es sich vermutlich um Gräber aus der Kriegszeit handeln. Die Toten wären aufgenommen worden und würden entweder in Interburg bzw. in Pillau bestattet werden. In Labiau sei man nun interessiert mehr zu erfahren. Man vermutet, dass es in diesem Bereich möglicherweise weitere Tote geben könnte. Wir haben uns die bezeichnete Stelle angesehen, und gehen davon aus, dass mit „Mittelschule" nicht die Schule an der Königsberger Straße gemeint ist, sondern wohl die Schule gegenüber dem heutigen Krankenhaus (Berufsschule).



LÖTZEN

Kreisvertreter: Siegfried Koyro, Hachmeisterstraße 20, 31139 Hildesheim, Telefon / Fax: (05121) 924096, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@ freenet.de

Informationsreise nach Masuren – Für die interessante und abwechslungsreiche Informations- und Kulturreise nach Lötzen/Masuren sind noch Plätze frei. Die Fahrt beginnt am 25. Mai 2010 in Nortorf und führt über Hamburg und Hannover nach Breslau (zwei Übernachtungen). Über Thorn geht es nach Lötzen, dort sechs Übernachtungen. Die Rückreise führt über Marienburg und Elbing (eine Zwischenübernachtung) und Stettin (Stadtführung und Zwischenübernachtung) zurück nach Nortorf, wo die Reise am 5. Juni endet. Alles in allem eine vielversprechende Tour! Näheres erfahren alle Interessierten bei Paul Trinker, Kleine Mühlenstraße 3 in 24589 Nortorf, Telefon und Fax (04392) 4351.

Verdienstmedaille für Erhard Kawlath – Für herausragende Verdienste im sozialen Bereich hat Bundespräsident Horst Köhler die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Erhard Kawlath verliehen. Der stellvertretende Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Dr. Heiner Garg, überreichte die Auszeichnung. Erhard Kawlath hat sich mehr als fünf Jahrzehnte für die Bewahrung des geschichtlichen und kulturellen Erbes Ostpreußens sowie um die deutsch-polnische Aussöhnung verdient gemacht. Es ist seit der Gründung 1954 Mitglied in der Kreisgemeinschaft Lötzen. 1971 wurde er zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt, zehn Jahre später zum Vorsitzenden. Schon damals unterstützte er die die Deutschen Vereine in der Heimat. Kawlath baute viele vertrauensvolle Beziehungen zwischen Polen und heimatverbliebenen Deutschen auf und gilt als Mitbegründer eines dauerhaften Freundschaftsverhältnisses zwischen Neumünster und Lötzen (Gizycko). 2003 ernannte ihn Lötzen zum Ehrenbürger. Die Wiederherstellung des deutschen Soldatenfriedhofes ist ebenso sein Verdienst wie die Eröffnung der Begegnungsstätte des Deutschen Vereins in Lötzen. Erhard Kawlath kümmerte sich auch um den Aufbau des Krankenhauses in Lötzen, organsierte Krankenbetten und machte sich dafür stark, dass die Klinik mit Einwegspritzen der Firma Transcoject versorgt wurde. Außerdem führte er die von seinem Schwiegervater gegründete Lötzener Heimatstube in Neumünster weiter. Er war auch Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Neumünster und ist dort seit dem Jahre 2005 Ehrenmitglied.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg trauert um ihre Heimatdichterin Hildegard Rauschenbach – Unser „Marjellchen" ist am 7. Februar 2010 in einem Krankenhaus in Berlin von ihren schweren Leiden erlöst worden! Hildegard Rauschenbach, geb. Mischke, wurde am 15. März 1926 in Dickschen (Lindbach), Kreis Schloßberg, geboren, wo sie eine unbeschwerte Kindheit erlebte. Viele von ihr verfasste Geschichten handeln aus dieser Zeit. Nach dem Besuch der Dorfschule war es ihr Wunsch, Musiklehrerin zu werden und daher holte eine in Königsberg lebende Tante das junge Mädchen 1942 in die Provinzhauptstadt. Nachdem jedoch ihr Bruder im Krieg gefallen war, musste Hildchen im Januar 1944 nach Dickschen zurück, um auf dem elterlichen Hof mitzuhelfen. Im Oktober 1944 begann dann der Leidensweg zusammen mit vielen anderen Ostpreußen – die Flucht vor der herannahenden Roten Armee. In der Nähe von Danzig gefangen genommen, erlitt sie das Schicksal unzähliger Frauen in dieser Zeit und wurde im Alter von neunzehn Jahren nach Sibirien verschleppt. Sie kehrte erst dreieinhalb Jahren später aus der harten Zwangsarbeit zurück und fand ihre Eltern in Klein-Machnow bei Berlin wieder. Am 24. Juni 1950 ging sie mit Heinz Rauschenbach den Bund der Ehe ein. Im Juli 1952 wurde Sohn Bernd geboren. Die Zeit der harten Zwangsarbeit im Arbeitslager 6437 von Schadrinsk mit unvorstellbaren Entbehrungen, mit Hunger und Durst, Kälte und Ungeziefer, Heimweh und Hoffnungslosigkeit, hat Hildegard Rauschenbach in ihrem 1993 erschienenen Buch „Von Pillkallen nach Schadrinsk", auch mit einem Bericht über ihren ersten Besuch im Jahre 1991 in Schadrinsk – aufgearbeitet. Dieser Bericht macht das wahre Gesicht der Roten Armee und des damals in Russland herrschenden Systems deutlich.

Hildegard Rauschenbach begann aber bereits 1984 mit dem Schreiben von Büchern über ihre ostpreußische Heimat. „Marjellchens verzwickte Verwandtschaft" war ihr erstes Buch. Im Jahre 1988 erschien „Zuhause in Pillkallen", eine in Ostpreußen erlebte Dorfgeschichte. In „Marjellchen wird Berlinerin", erschienen 1990, beschreibt sie, wie nach der Heimkehr aus Sibirien der Neuanfang begann und sie zum Großstadtmenschen wurde. 1995 folgte „Koddrich und lustig", ostpreußische Originale in einem Pungel. Ihre Bücher „Von Pillkallen nach Schadrinsk", erweitert heute heraus-



gegeben unter dem neuen Titel „Vergeben ja – vergessen nie", und „Zuhause in Pillkallen", wurden auch in die russische Sprache übersetzt. Neben den Büchern schrieb sie gut 100 Gedichte, textete und vertonte rund 50 Lieder, die sie als zu Veranstaltungen gefragte Alleinunterhalterin alle selbst sang. Im Jahre 2005 folgte das Buch „Marjellchen plachandert wieder" mit Erzählungen, Kochrezepten und Sprichwörtern. Daneben wurden unzählige Beiträge in der Presse, insbesondere auch im Ostpreußenblatt, von ihr veröffentlicht. Bald nach dem Fall des Eisernen Vorhangs reiste Hildegard Rauschenbach mit ihrem Mann 1991 nach Schadrinsk, um den Ort wieder zu sehen, in dem sie unter großen Entbehrungen dreieinhalb Jahre schwere Zwangsarbeit leisten musste, aber auch, um Kontakte mit den russischen Bewohnern und offiziellen Stellen aufzunehmen, als ihren persönlichen Beitrag zur Völkerfreundschaft und -verständigung. Im Jahre 2000 folgte dann das Ehepaar Rauschenbach einer Einladung durch den Direktor der Fabrik in Schadrinsk, in der sie damals nach dem Krieg nach dem Willen der Sieger ihren Teil zur Wiedergutmachung zu leisten hatte. Das Ostpreußenblatt berichtete damals ausführlich über diesen Besuch.

Über ihre Erfahrungen und Erlebnisse im Arbeitslager in Sibirien sprach Hildegard Rauschenbach anlässlich einer zentralen Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag 2001, in Anwesenheit einer Delegation aus Schadrinsk, im Berliner Reichstag. Im gleichen Jahr wurde Dank ihrer Initiative durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Berliner Stadtfriedhof an der Lilienthalstrasse ein Mahnmal für die verschleppten deutschen Frauen und Mädchen errichtet. Dieser Gedenkstein ist einer Stele aus Granit nachempfunden, die die Bürger der sibirischen Stadt Schadrinsk am dortigen Gemeinschaftsgrab deutscher Frauen und Mädchen errichtet haben. Die Gründung der Gruppe „Ostpreußisch Platt" in Berlin war ihr ein Herzenswunsch, um ihr heimatliches, ostpreußisches Platt, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und für die Nachwelt festzuhalten.

Für ihre Arbeiten und Verdienste für ihr Vaterland, für ihr Ostpreußen und für ihre Heimat, den Kreis Schloßberg/Pillkallen mit ihrem Geburtsort Dickschen, wurden Hildegard Rauschenbach zahlreiche Ehrungen zuteil, darunter das „Verdienstkreuz am Bande" des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und das „Goldene Ehrenzeichen" der Landsmannschaft Ostpreußen im Jahre 2002 sowie der „Ostpreußische Kulturpreis" für Publizistik im Jahre 2008.

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg dankt Hildegard Rauschenbach für ihr Lebenswerk, das Ostpreußen und den Kreis Schlossberg in aller Welt bekannt gemacht hat und so unsere Heimat unvergessen bleiben lässt! Die Kreisgemeinschaft Schloßberg wird ihrer Heimatdichterin Hildegard Rauschenbach für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren!

Ch.-Jörg Heidenreich

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?" auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

---

Kreuzworträtsel (Begriffe):

mit der Axt, dem Beil zerkleinern; Ausruf des Verstehens; Scheuerbesen; Oberbekleidungsstück; durch die Nase sprechen; Kurzhalsgiraffe; Trieb, Schössling; rügender Beurteiler; Staat der USA; vordringlich; stark basische Verbindung; poetisch: Löwe; deutsches Mittelgebirge; Laubbaum

griechischer Buchstabe; munter vor sich hin singen (ugs.)

Truppenvorbeimarsch; Mutter (Kosename); Serie, Folge; Durchsichtsbild (Kzw.); vor Insekten verwahren; Bremsklotz; Spaltwerkzeug; Himmelsrichtung

je, für (lateinisch); kleiner Lachsfisch; geschichtetes trockenes Gras

Zimmerschmuck; Wüsteninsel; Pökelflüssigkeit; engstirniger, kleinl. Mensch; Blütenstand; große Warenausstellung; lichte Glut, Flamme; griechische Friedensgöttin

Ziel beim Golfspiel; Halbinsel im Adriat. Meer; amerik. Schriftsteller (Henry)

Müll, Kehricht; sportliches Jackett; Transportfahrzeug; Additionsergebnis; Untereinheit von Euro u. Dollar; Angehöriger eines arktischen Volkes

Schmuckkugel; würfeln; rätseln; aufgebrühtes Heißgetränk; süddt.: Lohn, Gehalt; Schneidegerät

starke Abneigung; Krankenbescheinigung; niedersächs. Stadt am Harz

Ärger, Verdruss; Luft einziehen und ausstoßen; Popmusikstil Jamaikas; auf einem religiösen Brauch beruhend

Fakultätsvorsteher; Ausgussröhrchen; Vorrichtung zum Heizen, Kochen; Stadt an der Mosel

argentin. Gesellschaftstanz; Gesuch, schriftliche Bitte; Stück vom Ganzen

Flaumfeder; menschenähnliches Säugetier; Holzblasinstrument in Basslage

seelischer Schock; Klares im Hühnerprodukt; baumlose Kältesteppe; schmal; begrenzt; bayrisch, österreichisch: Alm

Honigwein; Vorstellungskraft

göttliches Gesetz; Opernsologesang; Rast; Unterbrechung; Handwärmer; wundertätige Schale der Sage; echt; ehrlich

farbiges, oft schildförmiges Abzeichen; Drama von Ibsen; Begeisterung, Schwung; Nachlassempfänger; kegelförmiges Indianerzelt

Staatsoberhaupt, Monarch; Verkehrsmittel

weitersagen, preisgeben; Kfz-Zeichen Ludwigsburg; englisch: oder; Schmuckstein; Antrieb, Verlockung

Brot-, Käseform; chem. Zeichen für Plutonium

umgeknickte Heftecke; eine Anhöhe hinunter; erforderlich

So ist's richtig:

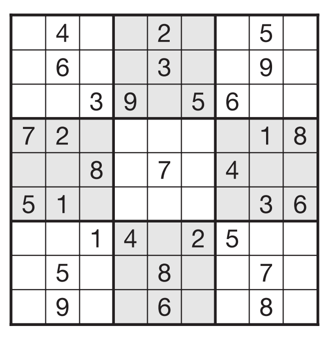
Diagonalrätsel: 1. Sieger, 2. Betrug, 3. Bagdad, 4. ideell, 5. Brille, 6. Norden – Segeln, Rudern

Kreiskette: 1. mental, 2. Renate, 3. Tauber, 4. Urania, 5. Iraner – Entertainer

Sudoku:

9	4	7	8	2	6	3	5	1
1	6	5	7	3	4	8	9	2
2	8	3	9	1	5	6	4	7
7	2	4	6	5	3	9	1	8
6	3	8	1	7	9	4	2	5
5	1	9	2	4	8	7	3	6
8	7	1	4	9	2	5	6	3
4	5	6	3	8	1	2	7	9
3	9	2	5	6	7	1	8	4

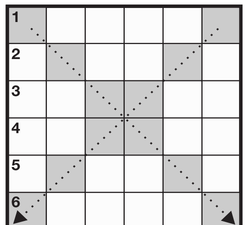
Sudoku



	4			2			5	
	6			3			9	
		3	9		5	6		
7	2						1	8
		8		7		4		
5	1						3	6
		1	4		2	5		
	5			8			7	
	9			6			8	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



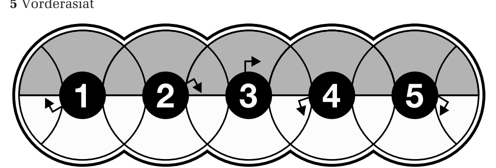
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wassersportarten.

1 Gewinner
2 Täuschung, Straftat
3 Hauptstadt des Irak
4 nur geistig vorhanden
5 Sehhilfe
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein englisches Wort für Alleinunterhalter.

1 den Geist betreffend, **2** Frauenname, **3** Fluss zum Main, **4** eine der Musen, **5** Vorderasiat



Erfüllter Lebensabend in der Fremde

An Alzheimer erkrankte Deutsche und Schweizer haben in Thailand hervorragende Pflege gefunden

Bedingt durch die sich verändernde Altersstruktur in Deutschland wird die Zahl der Demenzkranken bis zum Jahr 2050 von heute 1,1 Millionen auf zirka 2,6 Millionen steigen, sofern kein Durchbruch in Prävention und Therapie gelingt. Jahr für Jahr treten mehr als 250 000 Neuerkrankungen auf.

Als Pflegeparadies für alte, hilfsbedürftige Menschen aus Europa ist Thailand eigentlich nicht bekannt. Und doch gibt es in Chiang Mai, der Provinzhauptstadt im bergigen Norden, eine Einrichtung, in der Alzheimerpatienten aus Deutschland und der Schweiz liebevoll bis zu ihrem Lebensende betreut werden.

Aufgenommen im »Haus zur Begleitung der Herzen«

„Baan Kamlangchay", das „Haus zur Begleitung der Herzen", wurde vor knapp acht Jahren von Martin Woodtli gründet.

Als der aus Münsingen in der Schweiz stammende Sozialarbeiter seine Mutter nach Thailand brachte, war sie 73 Jahre alt und noch nie zuvor in diesem Land gewesen; sie beherrschte dessen Sprache nicht und kannte sich mit dessen Sitten nicht aus. Ärzte und Freunde hatten ihm von diesem Vorhaben abgeraten. Man bringt einen Menschen, der sich schon nicht mehr in seinem ihm vertrauten Umfeld zurechtfindet, nicht dahin, wo er sich überhaupt nicht auskennt, hatten sie gesagt.

„Im Pflegeheim", erklärt Woodtli, „hätte man sie sicherlich mit Medikamenten ruhig stellen müssen, weil sie sehr aktiv war, das wollte ich nicht. Die Pflegerinnen und Pfleger haben ja kaum Zeit für die Patienten. In Thailand ist eine bessere Betreuung möglich – zu einem günstigeren Preis, deshalb bin ich mit meiner Mutter nach Chiang Mai gezogen", so Woodtli. Hier hatte er bereits einige Jahre zuvor gelebt und für „Ärzte ohne Grenzen" Hilfsprojekte aufgebaut. Er wusste, dass in Thailand mehrere Generationen unter einem Dach wohnen und die Jungen wie selbstverständlich für alte und gebrechliche Familienmitglieder sorgen.

Ursprünglich wollte er nur einen Monat bleiben, um zu sehen, wie seine Mutter reagiert. Als er Bekannten in der Schweiz von der positiven Entwicklung berichtete, erzählten sie es weiter. So ist das Unternehmen entstanden. „Wir haben 40 Angestellte und beherbergen zur Zeit zehn Patienten, acht aus der Schweiz und zwei aus Deutschland", erklärt Woodtli. „Auf einen Patienten kommen drei Pflegerinnen, die sich abwechseln. Die Demenzkranken werden rund um die Uhr betreut, machen Ausflüge, sitzen auf der Terrasse oder betätigen sich kreativ", fährt er fort. Nachts schläft die jeweilige Pflegeperson auf einer Matratze vor dem Bett. Die große Nähe zu den Patienten ist für die Pflegerinnen normal. Auch Körperkontakte, die bei den Patienten ein zentrales Bedürfnis darstellen, sind selbstverständlich. „Das Wichtigste aber ist, dass die Betreuung von Herzlichkeit geprägt ist. Das hängt nicht zuletzt mit der Religion zusammen. Nach buddhistischem Glauben wird Aufopferung für andere Menschen im nächsten Leben belohnt, und das hat gesellschaftliche Auswirkungen: Der Pflegeberuf ist in Thailand angesehen und wird verhältnismäßig gut bezahlt. Die Pflegerinnen sind entsprechend motiviert und üben ihren Beruf mit Freude aus", weiß Woodtli.

Der Aufenthalt in „Baan Kamlangchay" kostet rund 2000 Euro im Monat, und natürlich ist das weniger, als ein solcher Platz in der Schweiz oder in Deutschland kostet. Um das Personal kümmert sich vor allem seine Frau Nid, die er in einem Friseursalon kennengelernt hat.

Nid steht gerade im Haupthaus und schneidet den Patienten die Haare. Gerade ist Phillippina an der Reihe. Unaufhörlich redend, das rechte Bein an den Körper gezogen, sitzt die 67-Jährige mit dem bunten Umhang auf dem Stuhl. Wenn sie während ihrer Erzählung darüber bekümmert wirkt, dass sie nicht weiter weiß, nimmt Nid sie in den Arm. Wenn sie schimpft, legt Nid ihr sanft die Hand auf die Schulter.

An einem Punkt der Geschichte lacht Philippina laut auf, und Nid lacht mit. Als sich Philippina nach dem Friseurtermin mit der Hand durch ihre Haare fährt, beugt sich Nid hinab, so dass sie auch ihr durch die Haare streichen kann. Es ist die Art von Konversation, die Nid und Philippina miteinander führen können.

Die Sprache nicht zu verstehen, kann zu Beginn ein Problem sein. „Bei zunehmendem Verlust der kognitiven und verbalen Fähigkeiten ist die Sprache aber unbedeutend", erklärt Woodtli, „der Demenzkranke sucht nach anderen Kommunikationsformen. Auch für die Pflegerinnen gibt es einen Vorteil: Demenzkranke beschimpfen einen manchmal, und man gerät in Versuchung, mit ihnen zu streiten. Ohne Sprache passiert das nicht", so Woodtli. Und was die Herausnahme aus dem vertrauten Umfeld betrifft, denkt er nicht, dass Demenzkranke ihre Heimat vermissen: „Sie leben in der Welt der bleibenden Erinnerungen, die sie atmosphärisch einordnen. Wo sie sich befinden, spielt dabei keine Rolle." Auch seine Mutter lief damals über den Marktplatz von Chiang Mai, als sei es der von Münsingen, und einmal deutete sie scheinbar willkürlich auf ein Haus und sagte, dort sei sie als Kind zu Schule gegangen. Im Fluss von Chiang Mai sehen manche den Rhein. Für Bertha war es der Bodensee: „Ach, der Bodensee ist heute wieder friedlich", pflegte die 82-Jährige zu sagen, wenn die Sonne über dem Fluss Ping unterging. Ähnlich verhält es sich mit Bezugspersonen: Demenzkranke im fortgeschrittenen Stadium erkennen Angehörige nicht und vermissen sie somit wohl auch nicht. „Unsere Patienten erleben in der letzten Lebensphase schöne Momente, und darauf kommt es an", meint Woodtli. *C. Weinert*



Andere Welt: Der demenzkranke Patient genießt das bunte Treiben in Thailand. Bild: Kathrin Harms, Zeitenspiegel

Iglus auf der Zugspitze

In 2600 Metern Höhe wird eine Übernachtung zu einem ganz besonderen Erlebnis: Jeden Winter entsteht auf der Zugspitze ein Hoteldorf aus Schnee. Die Gäste schlafen in Iglus und erleben bei Minustemperaturen im Freiluft-Pool bei plus 39 Grad Wassertemperatur Sternstunden unter freiem Himmel. Im Iglu liegt man in einem dicken Schlafsack etwas erhöht auf einem Podest aus Schnee, das von Matten und Fellen bedeckt ist. Die dicken Wände aus Schnee isolieren erstaunlich gut. Allein durch die Körperwärme und die vielen Kerzen kann es vier bis fünf Grad „warm" werden.

Zum Bau der Iglus verwendet man in der Regel große Ballons, die aufgeblasen und solange mit Schnee aus der Schneefräse berieselt werden, bis nach ein paar Tagen das Gebilde so fest ist, dass man die Luft aus den Ballons lassen und diese aus den Iglus herausziehen kann. Das klingt nicht allzu romantisch, geht aber zehnmal schneller als die klassische Methode. Und Zeit ist ein wichtiger Faktor, denn die Saison ist kurz, meist von Weihnachten bis April, und der Bau von solch einem Iglu-Dorf sehr aufwendig.

Dicke Schneewände isolieren gut

Jedes Jahr muss alles komplett neu gemacht werden – die Aufenthalts- und Schlaf-Iglus, die Eingänge, die Küche, die Toilette und die Tunnelsysteme. Die Wände im Inneren sind mit Tierfiguren und Ornamenten verziert, Schnitzereien und Skulpturen aus Eis verleihen dem Iglu-Dorf ein kunstvolles Ambiente. Pro Dorf fallen im Schnitt 2700 Arbeitsstunden an. Die Übernachtung gibt es ab 80 Euro pro Person und Nacht, je nach Komfort und Zeitraum.

Iglu-Hotels gibt es mittlerweile auch in Österreich und in der Schweiz. Weitere frostige Unterkünfte finden sich in Skandinavien, Grönland, Kanada und sogar Andorra. *C. W.*

FÜR SIE PROBIERT

Heidi kann auch kochen

Man kennt das Mädchen mit den neugierig blickenden Kulleraugen meist als ausgesprochenen Wildfang durch die heimatliche Natur toben. Begleitet von ihrem Freund, dem Geißenpeter, erlebt die Heidi aus dem Buch von Johanna Spyri allerhand Abenteuerliches. Dass sie allerdings auch Kochen mag, das erfährt der Leser eines Kochbuchs mit rund 70 Rezepten aus der Schweiz. Die Rezepte sind einfach, doch noch lange nicht weniger schmackhaft. Und wenn ein „Fischkopp" (Norddeutscher) sich erst einmal an die speziellen Schweizer Ausdrücke gewöhnt hat, dann munden auch ihm Härdöpfel-Tatschli (Kartoffelpuffer), Hörnli und Chackets (Nudeln mit Hackfleischsoße). Nicht nur Kinder (ab 8 Jahren) werden ihren Spaß haben. *os*



Dorothea Binder: „Das Heidi-Kochbuch – Schweizer Rezepte" (Illustriert von Hannes Binder, Nagel & Kimche, München 2010, gebunden, 80 Seiten, 10,90 Euro

Vor- und Nachteile des Lebens im Altenstift

Liselotte Vogel schrieb einen Erfahrungsbericht über den Umgang mit dem eigenen Alter

Solange ich wenigstens noch kriechen kann, bleibe ich hier." Mit diesen Worten macht der 89-Jährige seiner Enkelin unmissverständlich klar, was er von den Hochglanzprospekten von verschiedenen Seniorenheimen in ihren Händen hält. „Aber Carla", wendet diese ein und erinnert an seine gehbehinderte Lebensgefährtin, doch der trotzige Blick zeigt an, dass diese entweder mit dem dreistöckigen Reihenhaus weiter klarzukommen hat – immerhin hat er ihr einen Treppenlift einbauen lassen – oder eben alleine ausziehen muss. Alle Argumente verhallen unbeantwortet, denn seine Selbständigkeit, sein Eigentum, die Möglichkeit, im Garten graben zu können, und seine Garage als Bastel- und Rückzugsort will er sich auf keinen Fall nehmen lassen.

»Solange ich kriechen kann, bleibe ich hier«

Liselotte Vogel, Ehefrau des SPD-Politikers Hans-Jochen Vogel, reagierte ähnlich abwehrend, als ihr Mann ihr im Alter von 66 Jahren mitteilte, sie sollten sich überlegen, in welches Wohnheim sie ziehen wollten. Doch Stück für Stück freundete sie sich mit dem Gedanken an und da die Warteliste ihres Wunschwohnstiftes lang war, hatte sie auch noch einige Jahre Zeit, sich seelisch auf die Veränderung einzustellen. 2006 war es dann so weit und die 1927 Geborene bezog mit ihrem Mann eine Wohnung in einem Münchner Altenstift.

In „Ich lebe weiter selbstbestimmt – Für einen Umgang mit dem eigenen Alter" teilt Liselotte Vogel ihren Lesern ihre Erfahrungen mit. Sie führt Vor- und Nachteile an und erzählt immer wieder aus ihrem eigenen Leben. Von ihrer Mutter, die ihre eigene Mutter gepflegt hat, und von sich selbst, die sie ihren Kindern nicht die Last der Altenpflege aufbürden möchte. „Die Zeiten haben sich geändert. Im Haushalt meiner Eltern gab es außer einer Putzhilfe kein Personal, aber meine Mutter war nicht berufstätig und hatte Zeit, sich um die Großmutter zu kümmern. Heutzutage gibt es das kaum mehr, die Frauen sind selbst beruflich eingebunden und leisten viel mit ihren zahlreichen Pflichten. Kaum jemand verfügt über genügend Wohnraum, um auch noch die Eltern unterzubringen."

Als ihre eigene Mutter in einem von ihr selbst gewählten Wohnheim starb, sagte sich Liselotte Vogel, nicht in ein Heim zu wollen. „Damals unterschied ich, wie viele Menschen, noch nicht zwischen den verschiedenen Wohnformen, die es für Senioren gibt. Ich wusste noch nichts vom Unterschied zwischen Betreutem Wohnen in einem Stift oder in anderen Einrichtungen und einem Pflegeheim." Allein der Begriff „Altenheim" löste bei ihr negative Assoziationen aus.



Liselotte Vogel, die bereits kurz nach der Hochzeit von ihrem Mann mit einem Testamentsentwurf und später auch mit einer Patientenverfügung „überrascht" wurde, konnte sich jedoch nicht sofort mit seinem Vorschlag, sich ein passendes Heim auszusuchen, anfreunden. Doch dann: „Wir wollten selbst entscheiden, was mit den vielen Büchern geschehen sollte, wo die Möbel einmal hinkommen. Mir wurde klar, wenn ich zu lange warte, vielleicht so lange, bis ich möglicherweise ein Pflegefall bin, dann muss ich mich darauf verlassen, dass andere alles so gestalten und regeln, wie es mir dann auch recht ist."

Die Aufgabe des Hauses war schwer

Die schöne, aber unpraktische Altbauwohnung in der Münchner Innenstadt zu verlassen, war noch erträglich, so Vogel, doch die Aufgabe des Hauses auf dem Land, den Verlust des geliebten Gartens empfand sie als sehr schmerzhaft. Allerdings hatte sie sich mit der frühzeitigen Entscheidung des Rückzuges auch die Zeit für den Abschied gegönnt.

Schwer fiel es ihr, plötzlich so viele alte, hinfällige Menschen um sich herum zu haben. Allerdings erkannte sie auch früh die Vorteile, stets jemanden zum Reden in der Nähe zu wissen. War sie früher manchmal bei den Reisen ihres Mannes über Tage allein zu Hause, kann sie nun ins heimeigene Restaurant gehen oder die vielen Freizeitangebote nutzen, wo sie immer auf Gesprächspartner trifft. Zwar stünde man als bekanntes Politiker-Paar auch unter verstärkter Beobachtung, doch das würde man zu nehmen lernen. Auch habe es sie anfangs genervt, sich für das Mittagessen im Restaurant rechtzeitig abmelden zu müssen, wenn sie mal keine Lust hatte, die eigenen vier Wände zu verlassen, aber früh wurde ihr bewusst, dass diese Art der sozialen Kontrolle auch Vorteile für sie hatte. „Wenn jemand nicht zum Essen kommt, wird nachgehört, ob alles in Ordnung ist."

Am Ende zieht Liselotte Vogel eine positive Bilanz: „Man muss nicht meinen, dass wir alle automatisch weiser würden im Alter ... Dass unser Haus ständig erweitert wird, zeigt den enormen Zulauf dieser Art des Wohnens im Alter: die ständigen Möglichkeiten eines interessanten und vielfältigen sozialen Umfelds – ohne jede Verpflichtung, es auch pausenlos in Anspruch zu nehmen." *Rebecca Bellano*

***Liselotte Vogel: „Ich lebe weiter selbstbestimmt – Für einen Umgang mit dem eigenen Alter"**, Fackelträger, Köln 2009, gebunden, 190 Seiten, 17,95 Euro*

Warten auf Befreiung

Jüdin hofft vergeblich

Sándor Márai, einer der bedeutendsten ungarischen Lyriker, Schriftsteller und Dramatiker des 20. Jahrhunderts, begann Weihnachten 1944 mit seinem Roman „Befreiung“. Damals hatte die sowjetische Armee seine Heimatstadt Budapest besetzt und zwei Dutzend Rotarmisten waren in das Haus, in dem Márai und seine Frau Lola lebten, einquartiert worden. Als die Sowjets die Deutschen vertrieben hatten und große Teile der Armee wieder abzogen, war das Haus der Márais bis auf die Grundmauern abgebrannt. Márais über 6000 Bände zählende Bibliothek und all sein Hab und Gut waren dem Erdboden gleichgemacht worden. Dass ein Mann, der mit Leib und Seele Schriftsteller ist, dies durch Schreiben zu verarbeiten suchte, ist nicht verwunderlich. Und so verarbeitete er seine Erlebnisse in Form eines Romans, den er in sein Tagebuch schrieb und der erst nach seinem Selbstmord 1989 darin entdeckt wurde.

Im Tagebuch Roman entdeckt

Er erzählt die Geschichte der jüdischen Studentin Erzsébet, die in der Dezemberkälte des Jahres 1944 in einem Luftschutzkeller in Budapest Schutz sucht. Inmitten vieler anderer, ihr völlig fremder Menschen, hofft sie auf die Befreiung durch die Rotarmisten der von Deutschen besetzten Stadt.

Ihren Vater, einen verfolgten ungarischen Schriftsteller, hat sie vorher – in einem Kellerversteck eingemauert – zurücklassen müssen. Sobald die Deutschen fort wären, hofft sie, ihn wieder zu sich holen zu können.

Wie in Trance harrt Erzsébet der Befreiung entgegen. Sie zweifelt nicht daran, dass sie kommen wird, nur sie weiß eben nicht genau wann.

Sachlich schildert Autor Sándor Márai, was Erzsébet in diesem Luftschutzkeller erlebt, was sie beobachtet und wahrnimmt. Mit stoischer Gelassenheit erlebt die Jüdin menschliche Not, Leid und Tod. Auch dass ihr Partner Tibor sie verlassen hat, scheint die junge Frau nicht sonderlich zu berühren, denn sie glaubt fest an seine Rückkehr und an die Befreiung – doch Befreiung wovon eigentlich genau?

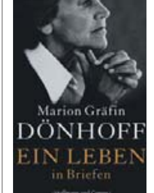
„Die Belagerung und der Krieg sind nur Folgen. Aber was nicht mehr lange andauern kann, was bald zu Ende sein wird, was tatsächlich unerträglich ist und deshalb nicht ewig andauern kann, ist der Hass. Das Funkeln in den Augen der Menschen. Der Hass, mit dem sie einander ansehen, im dunklen Keller und auf der noch dunkleren Straße oder tagsüber über die mit braunem Pakkpapier abgedeckten Leichen hinweg. Dieser Blick, in dem ein dunkles Licht brennt. Alle haben diesen Blick in den Augen. Hass, Angst, Schuldbewusstsein, Erbarmungslosigkeit, wahnsinnige Wut, zähneknirschende Gier funkeln in diesem Blick. Das ist es, was nicht mehr lange verweilen darf ... “

Die Ironie der Geschichte: Am Ende betritt ein junger Russe den Keller und Erzsébet begrüßt ihn überglücklich. Doch der Rotarmist „befreit“ sie gleich darauf genauso, wie seine Kameraden so viele deutsche Frauen „befreit“ haben. *A. Ney*

***Sándor Márai: „Befreiung“**, Piper Verlag, München, 2010, gebunden, 194 Seiten, 16,95 Euro*

Konservierte Emotionen

Briefesammlung der Marion von Dönhoff dokumentiert ein Stück Zeitgeschichte



Am 2. Dezember 2009 wäre Marion Gräfin Dönhoff (gestorben am 11. März 2002 auf Schloss Crottorf) 100 Jahre alt geworden. Zeitnah ist eine Sammlung von 100 erstmals veröffentlichten Briefen, Aufzeichnungen sowie Fotos der „Grande Dame“ der Wochenzeitung „Die Zeit“ unter dem Titel „Marion Gräfin Dönhoff – Ein Leben in Briefen“ erschienen. Herausgeber sind ihr Großneffe, der Autor Friedrich Dönhoff, und Irene Brauer, ihre ehemalige Sekretärin. Die ausgewählten Selbstzeugnisse aus acht Jahrzehnten erhellen in chronologischer Reihenfolge den Lebensweg von Marion Dönhoff, die keine Autobiografie verfasst hat. Wie in Stein gemeißelt treten ihre schon frühzeitig gefestigten Grundüberzeugungen hervor, wenn sie sich entschieden zu Werten wie persönliche Freiheit und Toleranz bekannte. Unterhaltsame Einlagen sind die humoristisch gefärbten Reisenotizen. Die Texte der Herausgeber dienen jeweils als Überleitung und liefern Hintergrundinformation.

Bekanntlich war die dem ostpreußischen Adel entstammende Publizistin, die in der Bundesrepublik eine Person der Zeitgeschichte wurde, eine brillante Briefschreiberin. Bis ins hohe Alter unterhielt sie Kontakte zu bedeutenden Persönlichkeiten des

Bis ins hohe Alter Kontakte zu bedeutenden Persönlichkeiten

In- und Auslands, die – leider gibt es kein Personenregister – sämtlich männlichen Geschlechts waren, darunter Willy Brandt, Helmut Schmidt, Henry Kissinger und Michail Gorbatschow. Die weiblichen Adressaten waren, wie diese Auswahl zeigt, jedenfalls nicht berühmt, es waren zumeist Angehörige oder Freundinnen aus alter Zeit, oder, wie sie selbst es nannte: aus ihrem „ersten Leben“, nämlich der Zeit bis zu ihrer Flucht aus Schloss Friedrichstein bei Königsberg im Januar 1945. Dort kam Marion Dönhoff 1909 als jüngstes von sieben Kindern ihrer Eltern zur Welt. Als erste Frau in der Familie durfte sie ein Studium aufnehmen, nachdem sie einem Wunsch ihrer Mutter entsprochen und eine Haushaltsschule im Engadin besucht hatte. 1939 bis 1945 fiel ihr die Verwaltung eines Familiengutes zu. Zuvor hatte sie ausgedehnte Reisen durch Europa, nach Afrika und in die USA unternommen.

Ein schwerer Schicksalsschlag traf sie mit der Hinrichtung mehrerer Freunde sowie ihres geliebten Cousins Heinrich Graf Lehndorff nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944. Sie war in die Attentatspläne eingeweiht worden und geriet durch Verrat aus der eigenen Familie in die Fänge der Gestapo, konnte sich jedoch der Haft entziehen. Später hat sie Eindrücke ihrer Flucht aus dem „Gelobten Land“, wie sie Ostpreußen nannte, in dem Artikel „Ritt gen Westen“ festgehalten, von dem ein Auszug vorliegt. Am 21. Januar, kurz vor dem Räumungsbefehl, war sie mit ihrem Pferd „Alarich“ aufgebrochen, Mitte März erreichte sie Westfalen.

Ihr weiterer Lebenslauf ist allgemein bekannt. Seit 1946 stieg sie innerhalb von nur wenigen Jahren zu einer der bedeutendsten politischen Publizistinnen der Bundesrepublik auf. Als Herausgeberin der „Zeit“ galt sie international als politische und moralische Instanz. Mehrfach hat sie sich in ihren Büchern ihrer ostpreußischen Heimat zugewandt. Die Vertriebenenverbände haben ihr allerdings nicht nachgesehen, dass sie, nachdem sie 1968 Chefredakteurin der „Zeit“ und danach Anhängerin von Willy Brandts Ostpolitik geworden war, auch noch ihren Widerstand gegenüber allen Verzichtsleistungen aufgegeben hatte. *Dagmar Jestrzemski*

***Irene Brauer/Friedrich Dönhoff (Hrsg.): „Marion Gräfin Dönhoff – Ein Leben in Briefen“**, Hoffmann und Campe 2009, gebunden, 303 Seiten, 20 Euro*

Überzogene Erwartungen

Im Leben läuft nicht alles nach Plan – ein Ratgeber der anderen Art



Wer träumt nicht von einer Karriere, perfekter Familienidylle, absoluter Unabhängigkeit, Geld im Überfluss, strahlender Schönheit, ewiger Jugend und berauschendem Sex? In einem Interview verurteilt Christian Ankowitsch solche Wunschvorstellungen zum Scheitern: „Es sind ja schon halbfertige Pläne kaum zu realisieren. Wir sollten uns das Leben durch überzogene Erwartungen nicht zusätzlich erschweren.“ Zu oft machen uns das Schicksal und der Zufall einen Strich durch die Rechnung. Sein neues Buch „Dr. Ankowitschs kleiner Seelenklempner“ ist ein Plädoyer gegen die moderne „Tschaka, du schaffst es!“-Maxime und den übertriebenen Perfektionswahn. Stattdessen rät der in Berlin lebende Österreicher zu mehr Spontaneität und Gelassenheit im Alltag. „Durchwursteln“ nennt Ankowitsch, der weder Arzt noch Psychologe, sondern Schriftsteller ist, diese Mittelweg-Strategie zwischen Selbstüberforderung und Selbstgenügsamkeit.

Egal ob man Ärger mit dem Chef hat, die Beziehung an der Routine einzuschlafen droht, die eigenen Kinder einem auf der Nase herumtanzen oder die x-te Diät wieder nicht zum Erfolg geführt hat und man frustriert erneut zur Zigarette greift – Ankowitschs Devise lautet „Alles halb so schlimm!“. Es sei ganz normal, wenn nicht alles im Leben nach Plan laufe. Nichts sei verheerender als Eltern, die ihr Kind schon vor der Geburt in die richtigen Bahnen lenken wollen, zum Beispiel durch pränatale Englischstunden: „Dem Bauch der Mutter werden große Kopfhörer übergestülpt, damit das Ungeborene, von dem wir offensichtlich annehmen, es paddle untätig im Fruchtwasser herum, schon mal mit den unregelmäßigen Verben loslegen kann.“

Manchmal sollten wir den Dingen einfach ihren Lauf lassen. Beim ständigen Blick auf das große Ganze verlieren wir schnell die scheinbar unspektakulären Teilerfolge aus den Augen. Der Mensch ist nach Ankowitsch vom Glück abhängig wie von Drogen. Da nützen kleine Portionen im Alltag mehr als die Überdosis einmal im Jahr. Die Aneinanderreihung kleiner Freuden gepaart mit gelegentlicher Schicksalsergebenheit à la „Es ist passiert und ich bin nicht schuld daran“ sowie der Bereitschaft, sich neuen Situationen anzupassen – das sei das Geheimnis für mehr Zufriedenheit. *Sophia E. Gerber*

***Christian Ankowitsch: „Dr. Ankowitschs kleiner Seelenklempner – Ein Handbuch über die Kunst des Durchwurstelns“**, Rowohlt, Berlin 2009, 320 Seiten, geb., 19,90 Euro*

»Ma Ellen« brachte Liberia Frieden

Präsidentin Johnson Sirleaf berichtet über die Jahre des Bürgerkrieges und ihre eigene Vita



Anfang des Jahres sorgte Liberias Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf für internationales Aufsehen, indem sie verkündete, doch für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Dabei hatte sie genau das zuerst nicht gewollt. „Ich weiß, wo wir gestern waren und wo wir heute stehen“, sagte sie jedoch bei ihrer Neujahrsansprache. „Ich weiß, wo wir morgen sein sollten, und wie wir dorthin gelangen.“ Die nahe Vergangenheit gibt der 71-Jährigen Recht. „Ma Ellen“ hat sich in ihrem Land seit Jahrzehnten Feinde gemacht, doch sie hat auch viele Anhänger, da sie dafür gesorgt hat, dass in Liberia nach Jahren des Bürgerkrieges so etwas wie Ruhe einkehrt. Zwar herrscht immer noch eine Arbeitslosigkeit von rund 80 Prozent, die Analphabetenrate liegt vor allem auf dem Land bei rund 75 Prozent und eine Infrastruktur ist so gut wie nicht vorhanden, doch sie hat 2006 auch ein von fast zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg zerrüttetes Land übernommen. Hundertausende Soldaten, unter ihnen viele Kinder, hatten nur das Handwerk des Mordens und Plünderns erlernt und waren von verschiedensten als Präsidenten getarnten Diktatoren und Rebellenführern benutzt worden.

In „Mein Leben für Liberia – Die erste Präsidentin Afrikas erzählt“ beschreibt Ellen Johnson Sirleaf nun ihre Sicht auf die letzten Jahrzehnte liberianischer Geschichte, die sie mit geprägt hat. Ihr Buch ist auch eine Art Entgegnung auf die Vorwürfe ihres durch ihr Engagement mit zu Fall gebrachten Amtsvorgängers Charles Taylor. Diesem wird seit 2007 in Den Haag wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen der Prozess gemacht. Er wirft ihr nun vor, in manche seiner dubiosen Machenschaften verstrickt gewesen zu sein. Tatsächlich hat Johnson Sirleaf ihn zeitweise unterstützt, das bekennt sie offen in ihrem Buch. Doch sie erklärt auch, dass sie anfangs nicht ahnte, dass Taylor noch schlimmer als seine ebenfalls durch Putsch und Mord ins Amt gelangten Vorgänger sein würde.

Die Präsidentin beginnt ihre Memoiren mit der Geschichte ihres Landes. Im 19. Jahrhundert von ehemaligen Sklaven aus den USA gegründet, begann der junge Staat schon mit einer schweren Hypothek, denn er war von Beginn an gespalten. Die gebildeteren Ex-Sklaven und die in den Grenzen Liberias lebenden Ureinwohner fanden bis heute nicht wirklich zueinander. Lange regierten die Amerikoliberianer das Land. Johnson Sireleafs Vater saß als einer der ersten Einheimischen im Parlament. Das war jedoch nur möglich, weil ihn eine amerikoliberianische Familie als Pflegekind aufgenommen und zur Schule geschickt hatte. Auch ihre Mutter wuchs bei einer wohlsituierten Pflegefamilie auf, da

Ihr Großvater war ein deutscher Kaufmann

ihre eingeborene Mutter nach Fortgang ihres Mannes, einem deutschen Kaufmann, die Tochter nicht alleine aufziehen konnte. Während der Jahre des Bürgerkrieges hätte ihre hellere Hautfarbe der Autorin mehrmals beinahe das Leben gekostet. Doch die Hautfarbe stellte keineswegs die größte Gefahr dar.

Ellen Johnson Sirleaf hatte bereits vor dem Bürgerkrieg im Finanzministerium gearbeitet. Obwohl Mutter von vier Söhnen hatte sie mit ihrem Mann 1962 dank eines Stipendiums im US-Bundesstaat Wisconsin studieren können. Später, inzwischen geschieden, folgte ein Harvard-Studium, für das sie erneut ihre Söhne in der Obhut von Verwandten lassen musste. Danach arbeitete sie in verschiedenen verantwortlichen Positionen bei der Weltbank und wurde 1979 von Präsident William Tolbert trotz ihrer steten Kritik an seiner Regierungsführung wohl aufgrund ihrer guten US-Kontakte zur Finanzministerin ernannt. Doch 1980 putschte der von Eingeborenen abstammende Soldat Samuel Doe und ließ den amerikoliberianischen Tolbert und fast alle Minister ermorden. Johnson Sirleaf sprang dem Tod von der Schippe, wohl auch, weil sie sich bedingt zur Zusammenarbeit bereiterklärte. 1982 flüchte sie aber und arbeitete unter anderem für die Citibank in Nairobi und für die UN. Immer wieder versuchte sie, sich in die Politik in ihrem Heimatland einzumischen. Dabei ließ sie sich mit einigem Gesindel ein, nutzte ihre Kontakte aus Weltbank und UN-Zeiten zu anderen afrikanischen Staatschefs und in die USA, um die falschen Präsidenten zu entmachten. Sie reiste auch immer wieder nach Liberia und kann von Glück reden, dass diese Reisen ihr nur Gefängnisaufenthalte einbrachten.

Am Ende ihrer die eigene Person leicht idealisierenden, aber trotzdem aufrichtig erscheinenden Ausführungen gibt die Autorin an, weder überlebt zu haben noch Präsidentin geworden zu sein, wäre sie nicht eine Frau. Offenbar hatten selbst mordende, ungebildete Rebellenführer wie Doe und Taylor Hemmungen, eine Frau zu lynchen. Und die Stimmen der weitgehend ungebildeten, unterdrückten liberianischen Frauen waren es, die ihr bei der Wahl 2005 den Weg in den von Kugeln durchsiebten Präsidentenpalast ebneten. Kaum dort angekommen, entließ sie Teile des von Korruption zerfressenen Behördenapparats und holte sich ausländische Experten ins Land. „Eiserne Lady“ wird Johnson Sirleaf von Anhängern wie Kritikern genannt. Doch ihr fester Wille hat sie in ihr Amt geführt und dafür gesorgt, dass zumindest einige Teile der Hauptstadt Monrovia wieder ohne Gefahr begehbar sind. Es gibt inzwischen sogar fließend Wasser in der Hauptstadt. *Rebecca Bellano*

***Ellen Johnson Sirleaf: „Mein Leben für Liberia – Die erste Präsidentin Afrikas erzählt“**, Krüger, Frankfurt/Main 2009, geb., 431 Seiten, 19,95 Euro*

Weitere Neuerscheinungen

***Dieter Grau: „Quick–Quick–Slow – Gedanken und Geschichten über den vergnüglichsten Sport der Welt, das Tanzen“**, bod, 2009, brosch., 96 Seiten, 7,80 Euro*

***Gerhard Kasten: „Ein Rittergut im Wandel der Zeit – Erinnerungen an das pommersche Dorfleben und an die Zeit bis 1957“**, bod, 2009, broschiert, 371 Seiten, 29,90 Euro*

***Klaus Krech: „Unser Leben in Krieg und Frieden – Ein Ostpreuße findet im Westen seinen Weg“**, bod, 2009, geb., 345 Seiten, 29 Euro*

***René Kuhn: „Zurück zur Frau – Weg mit den Mannsweibern und Vogelscheuchen – ein Tabubruch“**, QuickPrinter, Luzern 2010, geb., 232 Seiten, 21,40 Euro*

***Jochen Mai: „Die Büro Alltags Bibel – Alle Regeln und Gesetze für den Job“**, dtv premium, München 2010, kartoniert, 367 Seiten, 14,90 Euro*

***Dirk W. Oetting: „Kein Krieg wie im Westen – Wehrmacht und Sowjetarmee im Russlandkrieg 1941 bis 1945“**, Osning Verlag, Bonn 2009, geb., 336 Seiten, 24 Euro*

***Günter R. Scherer: „Kant, die Handschrift und das Bild“**, epubli Verlag, Berlin 2009, broschiert, 227 Seiten, 14,50 Euro*

MELDUNGEN

Selbstbewusste Sprachpolitik

Paris – Passend zum Internationalen Tag der Muttersprachen wurden die Gewinner eines „Francomot“-Wettbewerbs verkündet. Die vom französischen Staatssekretär für Zusammenarbeit und Frankophonie verliehenen Preise gingen an jene, die Alternativen für fünf gängige Anglizismen vorlegten (chat, talk, tuning, buzz, newsletter). Mit Wettbewerben wie diesem hat es Frankreich bisher geschafft, für Anglizismen wie Computer, Software und E-Mail eigene Begriffe durchzusetzen (ordinateur, logiciel und courriel). *M. Schmidt*

Land voller Lesemuffel

Moskau –„Wir haben in den letzten 15 Jahren ein Land der Idioten erzogen“, grollt Sergej Kapiza (*1928), weltweit angesehener Nestor der russischen Physik. Ähnlich kommentieren andere russische Intellektuelle die jüngste Umfrage russischer Meinungsforscher, wonach 2009 35 Prozent aller Russen kein Buch gelesen haben. 1996 bekannten sich nur 20 Prozent als Lesemuffel. *W. O.*

ZUR PERSON

Ex-Islamist für Menschenrechte?

Als **Moazzam Begg** Mitte Februar in Berlin weilte, um dort mit der Menschenrechtsorganisation Amnisty International (AI) für die Aufnahme von ehemaligen Guantánamo-Häftlingen zu werben, bahnte sich in seiner Heimat England bereits ein Skandal um seine Person an. Während deutsche Medien noch die Versöhnungsbereitschaft des 1968 in Birmingham Geborenen lobten, der von 2002 bis 2005 im US-Gefangenlager saß und nun seine Bewacher zu sich zum Tee eingeladen hatte, suspendierte AI seine langjährige Mitarbeiterin Gita Sahgal.

Die Urgroßnichte des ersten indischen Premiers Pandit Nehru hatte kritisiert, dass Begg zwar Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sei, sich aber aufgrund seines islamistischen Hintergrunds nicht als Galionsfigur zur Verteidigung der Menschenrechte eigne. Das sah die Leitung von AI in London nicht so, schließlich habe Begg, Mitbegründer der aus Ex-Guantanámo-Häftlingen bestehenden Organisation „Cage Prisoners“, auf gemeinsamen Veranstaltungen nie Einwände gegen Rechte anderer erhoben.



Der britisch-indische Schriftsteller Salman Rushdie, selbst Opfer islamistischer Verfolgung, will Beggs Reisen nach Afghanistan, seine islamistische Buchhandlung und seine Verhaftung 2000 wegen Terrorverdachts nicht einfach verdrängen. Beggs spätere Übersiedlung nach Afghanistan und seine Äußerung, die Taliban seien das Beste, was dem Land in den letzten 20 Jahren passiert sei, sind für Rushdie unvereinbar mit der Zusammenarbeit mit der AI, die damit ihren „moralischen Bankrott“ erklärt habe. Gita Saghar, die für AI die Abteilung für Frauenrechte leitete, tritt für die Distanzierung von „Cage Prisoner“ ein, da hier Islamisten unterstützt und Diskriminierung befürwortet würde. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Burkhard Mohr hat den europäischen Karikaturenpreis (Press Cartoon Europe) gewonnen. Der mit 10 000 Euro dotierte Preis wird am 26. Juni im Rahmen einer Ausstellung in Knokke/Heist in Belgien durch den Präsidenten des PCE, Karel Anthierens, verliehen.

Der Sommer ist da!

Wovor uns Denglisch schützt, wo die echten Südländer wohnen, und wie Westerwelle die Parlamentsferien vorgezogen hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenn du nur sehr wenig zu sagen hast, dann sag's auf Englisch, lautet die Devise der Wichtigtuer. Dann klingt alles viel schicker und nach mehr, glauben sie. Darunter zu leiden haben vor allem die Englischkundigen, weil sie das Geplapper besonders schmerzhaft heraushören. Da wird dann geworben für ein „Ereignis mit Event-Charakter“ (Event = Ereignis), das auf einem „Höhepunkt gipfelt, der ein echtes Highlight ist“ (Highlight = Höhepunkt), wobei sich der Gast nicht mal anstrengen müsse. Im Gegenteil könne er dort sogar „richtig entspannen und relaxen“ (to relax = sich entspannen).

Doch längst wird die trübe Sprachbrühe als „Denglisch“ verhöhnt und gilt als Ausdruck einer niederen Kulturstufe, was sich bis zur Deutschen Bahn herumgetratscht hat. Die will nun wieder zu den alphabetisierten Mitteleuropäern aufschließen und den Sprachmatsch in den Mülleimer für gescheiterte Angeberei stopfen. Das wird Folgen haben: Ausländische Reisende blieben den „Countern“ bislang fern, weil sie sich unter einem „Service Point“ alles Mögliche, also gar nichts vorstellen konnten. So hatten die Bahnangestellten Ruhe vor ihnen. Die demnächst so genannten „Informationsstellen“ hingegen werden sie problemlos als Auskunft erkennen und mit Fragen nerven.

Das ist es doch: Denglisch reden wir am liebsten, wenn wir gar nicht wollen, dass die anderen herausbekommen, was wir sagen. Es bietet jedermann einen Schutz vor dem Verstandenwerden, den früher nur gebildete Leute genossen, die sich umständlicher Fachvokabeln bedienen konnten, um uns an der Nase herumzuführen. Denglisch dagegen kann jeder, der sich nicht schämt.

Parteien schämen sich eher selten, verbergen indes gern mal etwas, wie beispielsweise ihre „Parteispenden“. Das Wort allein hat einen geradezu neapolitanischen Klang. Wir denken an geheime Einflussnahme, an Briefumschläge und schwarze Koffer und merkwürdige Konten und so was alles. Schweinkram eben. Deshalb haben die Parteien beschlossen, lieber von „Parteitags-Sponsoring“ zu denglischen. Das hat sowas Dynamisches, es klingt nach Sport und jungen Talenten. Das heißt: Es klang so, bis die Woche kam, in welcher der Generalsekretär der NRW-CDU gehen musste. Nun ist auch diese Schöpfung den Weg alles Denglischen gegangen: Sobald die Leute raushaben, was es wirklich bedeutet, ist das Wort verbrannt.

Nun wird wieder allerorten die Furcht geäußert, die Affäre, die wie alle Affären natürlich gar keine war, könne das „Vertrauen in die Politik untergraben“. Das ... was? Na, na – jetzt nicht zickig werden! Und überhaupt: Es ist doch ein ganz außergewöhnlicher Vertrauensbeweis, wenn Unternehmer Zigtausende hinblättern, nur um ein paar Minuten mit einem Ministerpräsidenten zu plaudern! Wobei es ihnen nicht etwa um materielle Vorteile für ihre Firma geht, wie ja alle Beteiligten versichern, sondern nur darum, der weisen Eingebungen ihres Landesvaters teilhaftig zu werden. Das hat doch was. Und was hat es? Den strengen Geruch von Pizza Napolitana.

> Wie gern wären die Deutschen ein bisschen »mediterran« – die Kölner haben es geschafft!

Aber was haben wir denn gegen Neapel? Wunderschöne Gegend, nette, temperamentvolle Menschen. So etwas mögen wir doch eigentlich. Und grämen uns immer, wenn wir bemerken, dass wir so ganz anders sind, so spießig, so pedantisch, so hektisch. Das trifft aber nicht auf alle Teutonen zu, es gibt heitere Ausnahmen. Das schöne Köln brüstet sich ob seiner rheinischen Frohnatur damit, die „nördlichste Stadt Italiens“ zu sein. Das übrige Deutschland schmunzelte bislang über diese pittoreske Selbstbeschreibung. Aus der U-Bahn-Perspektive betrachtet erkennen wir jedoch, wie ernst es die Kölner damit meinten.

Anders als jene peinlichen deutschen Touristen, die im Süden ungelenk einen auf Südländer machen, haben es die Kölner wirklich drauf mit der mediterranen Lebensart. Selbst nach der Katastrophe mit dem Stadtarchiv und dem Anblick eines Kirchturms, der sich bedenklich neigte, ließen die Verantwortlichen der Domstadt munter weiter schludern und pfuschen. Soviel Sorglosigkeit kann man gar nicht spielen, die muss echt sein. Rispetto!

Deshalb machen wir ja so gern Urlaub am Mittelmeer. Möge die Gelassenheit der Menschen dort auf uns übergreifen. Alles mal ganz locker auf sich zukommen lassen, statt jede Sache voller Ungeduld voranzutreiben und straff durchzuorganisieren. Morgen? Ach, sehen wir mal.

Wieder zu Hause indes schlägt die Stimmung jäh um. Was wir eben noch erhofften, macht uns plötzlich Angst. Unser Quadratschädel fürchtet, dass der südliche Schlendrian unser Land schon infiziert hat: „So was gab es hier früher nicht!“, bemäkeln wir jede Abweichung von der preußischen Norm. Da ist sie wieder, die Ungeduld, die Hast, die Pedanterie.

Ist die Furcht berechtigt? Zumindest was Hast und Ungeduld angeht, brauchen wir keine Bange zu haben, solange Guido Westerwelle unter uns weilt. Der kann keine Sekunde still sitzen, ohne in Panik zu geraten. Da schmilzt gerade erst der Schnee weg, und der FDP-Chef lüftet schon den Vorhang zum Sommertheater.

Er hat alle Requisiten mitgebracht: Das Aufreger-Thema, den bellenden Text, selbst das aufgebrachte Publikum hat sich der Außenminister höchstpersönlich organisiert. Er wusste, wie gierig sich die Opposition auf das Stück „Hartz-IV-Schmarotzer“ stürzen würde. Nun tanzt das ganze Land vor seiner Bühne.

Wobei sich auf unsere Begeisterung ein kleiner Schatten legt. Natürlicherweise startet das Sommertheater erst zum Beginn der Parlamentsferien und endet abrupt, wenn alle wieder da sind. Die Westerwelle-Aufführung hält sich beim Starttermin offensichtlich nicht an das traditionelle Datum. Was, wenn auch der Schlusstag unbestimmt ist? Wenn der Schwank gar überhaupt kein Ende nehmen sollte? Da werden die stärksten Koalitionsbeine lahm. Die CSU stöhnt in allen Tonlagen, von kollegial bis gallig. Und die CDU? Die vertritt, wie in letzter Zeit immer häufiger, alle Meinungen gleichzeitig. Man sei halt eine „lebendige Partei“, verteidigen schwarze Spitzenpolitiker die Zustände bei Merkels unterm Sofa, wo die Atomkraftwerke lustig an- und ausgeknipst werden.

Wir wollen hoffen, dass sich die Deutschen nicht allzu sehr für Politik interessieren und ihre Wahl allein danach treffen, wer ihnen sympathisch ist. Politische Wähler wollen nämlich nicht nur wissen, für wen sie stimmen, sondern obendrein, was sie sich damit einhandeln.

Nervige Leute sind das, unter denen sich, was die „CDU-Klientel“ angeht, jede Menge Kernkraft-Befürworter tummeln. Die gucken über die deutschen Grenzen und sehen, dass überall neue Meiler gebaut oder geplant werden. Warum steigen wir dann so schnell es geht aus? Nun will sogar Venezuelas Hugo Chávez ein eigenes Atomprogramm anleiern. Sein Grund: Der Marxist hat es tatsächlich geschafft, sein ölreiches Land in eine Energiekrise zu stürzen.

Nein, nein, das waren nicht er und seine atemberaubende Misswirtschaft, das waren die USA und der Kapitalismus, wie Chávez sagt. Und zwar weil die Amis erstens viel zu viel Öl verbrauchten, was die Klimakatastrophe ausgelöst habe, deretwegen die Stauseen seiner Wasserkraftwerke leer seien. Und zweitens, weil die Amis immer weniger Öl verbrauchten, was die Einnahmen Venezuelas beim Ölexport (Hauptabnehmer: USA) habe einbrechen lassen, weshalb jetzt neben Energie auch alles andere knapp werde. Ja, diese Teufel!

Was da ein Atomprogramm nützen soll, weiß keiner genau. Vielleicht hat Chávez auch nur in die Zukunft geblickt und dabei entdeckt, wie sein Land aussehen wird, wenn er in 20 Jahren fertig ist mit seinem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – nämlich so ähnlich wie Nordkorea. Da ist so ein bisschen Nuklearzeugs ganz nützlich, um sich Hilfslieferungen zu erpressen.

ZITATE

Heinrich Alt, *Vorstand der* **Bundesagentur für Arbeit**, *kritisiert im „Spiegel“ vom 13. Februar Fehlentwicklungen bei Hartz IV:*

„Es gilt, eine Debatte zu führen, wie man die Menschen in Arbeit bringt, ihnen die Möglichkeit zur Teilhabe gibt. Gelingt dies nicht, unterstützt der Staat übergangsweise Sozialtransfers. Jetzt vermitteln wir den Eindruck, es gebe quasi ein Grundeinkommen, die Bemühungen um Ausbildung und Arbeit rücken in den Hintergrund.“

In einem ***offenen Brief an die Griechen*** *appelliert „Stern“-Autor Walter Wüllenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:*

„Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins? Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?“

Der Börsenspezialist ***Friedhelm Busch*** *beschreibt in „n-tv online“ das* ***Dilemma***, *in dem sich die* ***Euro-Staaten*** *hinsichtlich der Krise ihres Partners Griechenland befinden:*

„Die Eurogruppe steckt in einer verzweifelten Situation: Hilft sie den Griechen nicht, gerät der Euro innerhalb kürzester Zeit ins Rutschen. Hilft sie, lässt der Verfall etwas länger auf sich warten, wird dann aber umso schneller vonstattengehen. Es ist die Wahl zwischen Pest und Cholera.“

Obama und der Klima-Lama

Wie bei Menschen so bei Sachen
ist es manchmal ein Problem,
drauf sich einen Reim zu machen –
manchmal aber geht's bequem.

Leicht ist's etwa mit Obama,
denn Osama reimt sich gut,
und man sieht, dass Dalai-Lama
das in gleicher Weise tut.

Sonst jedoch ist diesen beiden
selbstverständlich nichts gemein,
und sie strikt zu unterscheiden
muss daher ein Auftrag sein.

Auf den einen setzt deswegen
man ein hohes Kopfgeld aus,
und den zweiten, dementgegen,
lädt man gar ins Weiße Haus!

Anders als Besucher immer
führt man rücksichtsvoll den Gast
nicht mal ins ovale Zimmer –
weil's mit Karma dort nicht passt?

Nun, das wäre überzogen,
denn der Dalai-Lama ist
längst schon bei den Klimagogen
wie manch aufgeklärter Christ.

So ist Karma nun als Klima
wissenschaftlich definiert,
und die Herde findet's prima,
wie sich alles arrangiert.

Wütend sind nur die Chinesen –
klar, sie haben unbedacht
Geld geliehn für all die Spesen,
die Obama laufend macht!

Pannonicus